

Geschäftsbericht 2011



Wichtige Kennzahlen

Einzelabschluss HGB

Aus der Bilanz in Mrd. €	2011	2010
Bilanzsumme	81,3	78,5
Forderungen an Kreditinstitute	51,8	49,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25,2	26,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,8	3,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	62,8	62,1
Eigenmittel in Mio. €	3 639,0	3 074,6
Aus der GuV in Mio. €	2011	2010
Zinsüberschuss	417,2	409,2
Verwaltungsaufwendungen	40,5	39,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	369,8	366,2
Risikovorsorge/Bewertung	320,8	319,2
Jahresüberschuss	49,0	47,0
Bilanzgewinn	12,3	11,8
Ausgewählte Kennziffern in %	2011	2010
Cost-Income-Ratio	11,8	11,5
Gesamtkennziffer (SolvV)	25,7	24,5
Mitarbeiter	240	229

Konzernabschluss IFRS

Aus der Bilanz in Mrd. €	2011	2010
Bilanzsumme	88,9	83,8
Forderungen an Kreditinstitute	51,4	49,3
Finanzanlagen	24,7	26,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,1	2,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	68,2	65,1
Bilanzielles Eigenkapital	1,7	2,1
Aus der Gesamtergebnisrechnung in Mio. €	2011	2010
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	361,9	350,9
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	15,6	5,0
Verwaltungsaufwendungen	48,0	49,2
Betriebsergebnis vor Fair Value- und Hedge-Bewertung	283,1	296,2
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-352,4	-144,4
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-359,8	-230,0
Konzerngesamtergebnis	-429,1	-78,2
Konzernbilanzgewinn	12,3	11,8

Rating

	Langfrist-Rating	Kurzfrist-Rating	Ausblick
Moody's Investors Service	Aaa	P-1	stabil
Standard & Poor's	AAA	A-1+	stabil
Fitch Ratings	AAA	F1+	stabil

Geschäftsbericht 2011

Inhaltsverzeichnis

Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank	4
Vorwort des Vorstandes	5
Treiben Spekulanten die Lebensmittelpreise?	11
Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2011	27
Informationen zum Geschäftsjahr 2011	
Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft	37
Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung	43
Refinanzierung der Rentenbank	49
Aktiv-Passiv-Steuerung	52
Weitere Aktivitäten	54
Nachhaltigkeit	55
Corporate Governance	57
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	60
Einzelabschluss HGB	
Bilanz und GuV	65
Jahresbilanz	66
Gewinn- und Verlustrechnung	68
Konzernlagebericht	71
Konzernabschluss	
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	98
Konzernbilanz	99
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	100
Konzern-Kapitalflussrechnung	101
Konzernanhang (Notes)	103
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	148
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	149
Organe	150
Bericht des Verwaltungsrates	154
Glossar	155

Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft und der ländliche Raum sehen sich durch den permanenten Strukturwandel vor Herausforderungen gestellt, die einen speziellen Finanzierungsbedarf und hohe Anforderungen an das Liquiditäts- und Risikomanagement mit sich bringen.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank zinsgünstige Kredite für vielfältige agrarbezogene Investitionen bereit. Unser Angebot richtet sich sowohl an Produktionsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus als auch an Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel sowie Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die mit der Landwirtschaft in enger Verbindung stehen. Wir finanzieren darüber hinaus Vorhaben der Ernährungswirtschaft sowie sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen. Außerdem fördern wir Investitionen von Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts im ländlichen Raum sowie privates Engagement für die ländliche Entwicklung. Unsere Kredite vergeben wir wettbewerbsneutral über andere Banken.

Die Refinanzierung unseres Kreditgeschäfts erfolgt überwiegend an den nationalen und internationalen Kapital- bzw. Interbankenmärkten durch die Emission von Wertpapieren und die Aufnahme von Darlehen. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Bank werden mit der jeweils höchsten Bonitätseinstufung AAA bzw. Aaa und stabilem Ausblick bewertet.

Die Rentenbank wurde 1949 durch Gesetz als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main errichtet. Die Bank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem gesetzlichen Förderauftrag. Sie steht unter der Aufsicht der Bundesregierung, der Bund trägt die Anstaltslast. Die Rentenbank ist Mitglied des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., Berlin.

Der Grundstock des Eigenkapitals ist in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht worden. Deshalb kommt unser Bilanzgewinn durch vielfältige Fördermaßnahmen der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung zugute.

Vorwort des Vorstandes

Wir alle sind es gewohnt, dass der Wert eines Produkts, einer Dienstleistung oder eines Unternehmens mit einem Preis beziffert wird, der sich durch Angebot und Nachfrage am Markt ergibt. Viele Diskussionen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft zeigten im vergangenen Jahr, dass der Wert eines Gutes sich jedoch nicht in seinem Marktpreis ausdrückt. Deshalb debattiert die Gesellschaft darüber, warum viele Lebensmittel in Deutschland einfach weggeworfen werden. Im Fokus der Diskussion steht ebenfalls der Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor Versiegelung, aber auch die „Tank oder Teller“-Frage. In einer Welt, in der sich Preise an Werten orientieren, wären allerdings nachhaltige Produktionsbedingungen und verantwortlicher Tier- und Verbraucherschutz selbstverständlich.

In jüngster Zeit wird die Preisbildung bei Lebensmitteln immer häufiger vor dem Hintergrund des Zusammenspiels zwischen Agrar- und Finanzmärkten diskutiert. Vor allem der Derivatehandel wird als Preistreiber ausgemacht, der Nahrungsmittel durch Bildung von Spekulationsblasen angeblich verteuert und durch die hohen Preise den Hunger in der Welt vergrößert. In unserem diesjährigen Sonderthema versuchen wir, diesem Vorwurf auf den Grund zu gehen. Dabei beleuchten wir die komplexen Hintergründe der Preisvolatilität, würdigen aber auch die hohe Bedeutung liquider Terminmärkte für die Landwirtschaft.

Bleibt am Schluss die Frage nach dem „Wert“ der Rentenbank, unserem Förderbeitrag im vergangenen Geschäftsjahr. Wir haben auch 2011 unser Bestes gegeben, um die deutsche Agrarwirtschaft verlässlich mit günstigem Kapital zu versorgen. Unser Programmkreditvolumen lag mit 27 Mrd. € erneut auf Rekordniveau. Der hohe Anstieg bei der Förderung von erneuerbaren Energien und der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen zeigt, dass wir mit unserer Arbeit einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft leisten konnten. Eine detaillierte Beschreibung und Erläuterung unserer Aktivitäten finden Sie auf den folgenden Seiten. Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre.



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt

Das Bildkonzept „Marktplätze“

Ein aktuelles Thema in diesem Geschäftsbericht sind die Zusammenhänge zwischen Agrarrohstoffpreisen und Finanzmärkten sowie die damit verbundene Frage, wie viel Regulierung in diesem Bereich notwendig ist. Und weil diese Verknüpfungen zum Teil sehr abstrakt sind, versuchen wir sie etwas greifbarer zu machen, indem wir sie symbolhaft verbildlichen. Dies geschieht mittels Fotografien, in denen Agrarrohstoffe und -produkte auf ungewöhnliche Weise mit bestimmten Orten verbunden werden. Wir assoziieren sozusagen einen „Marktplatz“ mit einem Rohstoff oder umgekehrt und deuten damit die komplexen Verbindungen von Agrarrohstoffen, Nahrungsmitteln und Finanzmärkten an.







Der gleichzeitige Anstieg von Weltbevölkerung und Wohlstand lässt eine wachsende Nachfrage nach Nahrungsmitteln erwarten. Ob das Angebot damit Schritt halten kann, ist fraglich. Höhere Preise oder stärkere Preisschwankungen können in ärmeren Regionen der Welt schnell zu Versorgungsengpässen führen. Andererseits können steigende Preise investives Kapital in den Sektor lenken und so Produktivitätsfortschritte fördern.

Treiben Spekulanten die Lebensmittelpreise?

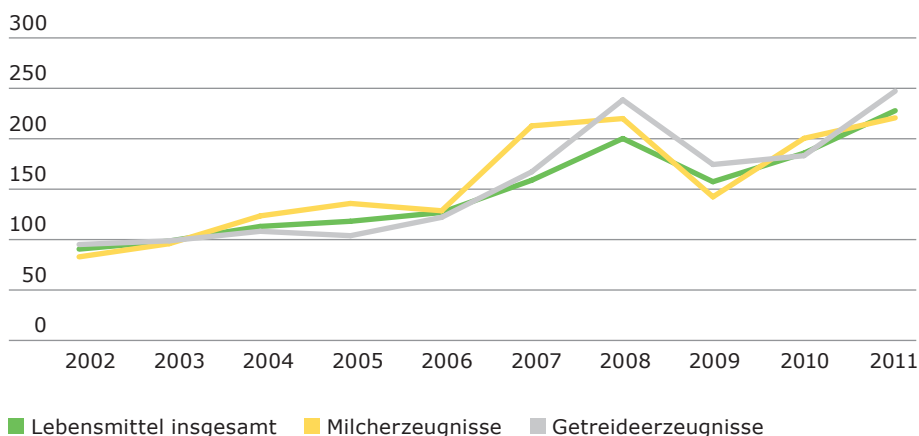
Rohstoffpreise zwischen Agrar- und Finanzmärkten: Schwierige Gratwanderung für die Regulierung

Der Vorwurf wiegt schwer: Finanzinvestoren treiben die Preise für Agrarrohstoffe, verursachen damit große Preisschwankungen auf den Agrarmärkten und fördern mittelbar Armut und Hunger in der Welt. Eine einfache Lösung scheint hierfür auch schon bereitzustehen: Durch strikte Regulierung soll die ethisch fragwürdige Spekulation mit Agrargütern gestoppt werden. Doch sind die Rollen im komplexen Zusammenspiel zwischen Agrar- und Finanzmärkten wirklich so klar verteilt, dass Spekulation pauschal verurteilt und zurückgedrängt werden muss? Was in der öffentlichen Diskussion klare Zustimmung erfährt, verlangt von den Entscheidern in Politik und Finanzwelt Fingerspitzengefühl und Augenmaß. Denn gerade die hohe Verantwortung für die Ernährung der Weltbevölkerung gebietet einen differenzierten Blick auf die Ursachen der Preisvolatilität und vor allem ein sorgfältiges Abwägen der Risiken und Nebenwirkungen, bevor in den Markt eingegriffen wird.

Seit einigen Jahren fahren die Preise für Lebensmittel Achterbahn. Dies zeigt zum Beispiel das Auf und Ab des „FAO Food Price Index“, den die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) monatlich veröffentlicht. Aber auch die Preise der Agrarrohstoffe verzeichneten in den letzten Jahren eine hohe Volatilität. Das erschwert Preisprognosen im gesamten Agrarbereich oder macht sie unmöglich und stellt dadurch die deutsche Agrarwirtschaft vor große Herausforderungen.

Deutlich weitreichender sind die Folgen allerdings für die ärmeren Regionen der Welt. Plötzliche und unerwartete Preissteigerungen führen in der Bevölkerung schnell zu Versorgungsengpässen, zu Fehlernährungen und im schlimmsten Fall sogar dazu, dass mehr Menschen an den Folgen des Hungers sterben. Die weltweite Preishausse für Nahrungsmittel in den Jahren 2007 und 2008 löste in vielen Ländern der Erde Unruhen und Hungerrevolten aus und zeigte so: Nahrungsmittel sind kein Gut wie jedes andere.

FAO-Preisindex für Lebensmittel (2002 bis 2004=100)



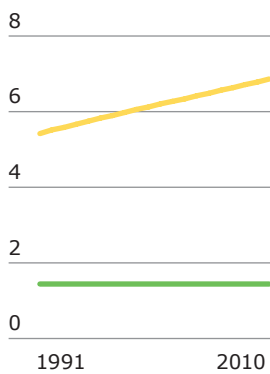
Quelle: FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations – Welternährungsorganisation)

Die Ursachen für diese Preisschwankungen sind komplex und werden sowohl auf politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene kontrovers diskutiert – umstritten ist vor allem der Einfluss der Finanzinvestoren auf die Lebensmittelpreise. Da die Verwerfungen auf den Agrarmärkten und auf den internationalen Finanzmärkten zeitlich zusammenfallen, sehen viele Marktbeobachter auch einen kausalen Zusammenhang.

Vielfältige Gründe für volatile Agrarpreise

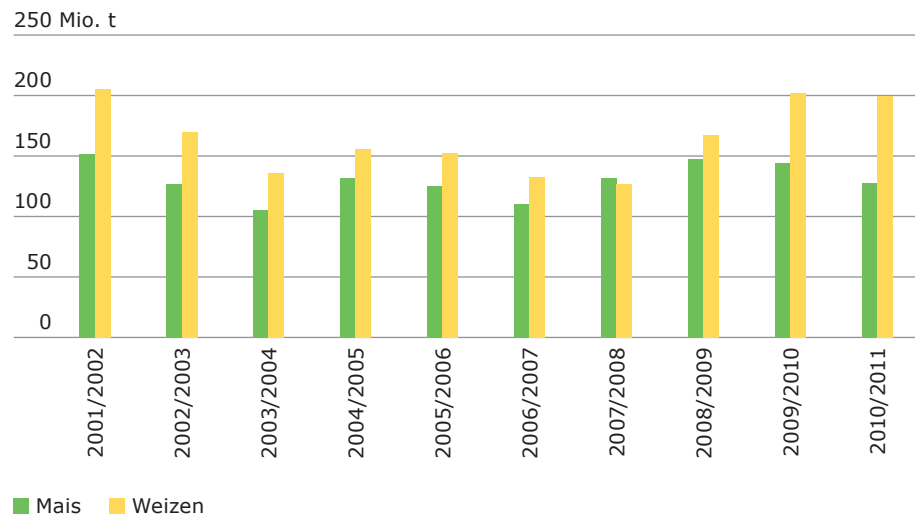
Die meisten Experten sind sich darüber einig, dass die Gründe für steigende und stark schwankende Agrarpreise auch in den Agrarmärkten selbst zu finden sind. Agrarmärkte zeigen seit jeher eine strukturelle Neigung zur Instabilität, da die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht nur stark saisonal geprägten Produktionsmustern, sondern auch jährlichen Angebotschwankungen unterliegen. Sofern eine Lagerung der Ware möglich ist, können Lagerbestände hier stabilisierend wirken. Eine Ursache für den starken Anstieg der Getreidepreise in den Jahren 2006 bis 2008 waren zum Beispiel die weltweit niedrigen Lagervorräte. Denn schon in den Jahren zuvor konnte die zum Teil witterungsbedingt rückläufige Produktion mit den wachsenden Konsumwünschen nicht mehr mithalten.

Weltbevölkerung (in Mrd.) und Ackerflächen in der Welt (in Mrd. ha)



■ Ackerland
 ■ Weltbevölkerung
 Quellen: FAO Statistics Division, USDA

Weltweite Lagerbestände an Weizen und Mais (Ende des Wirtschaftsjahres)



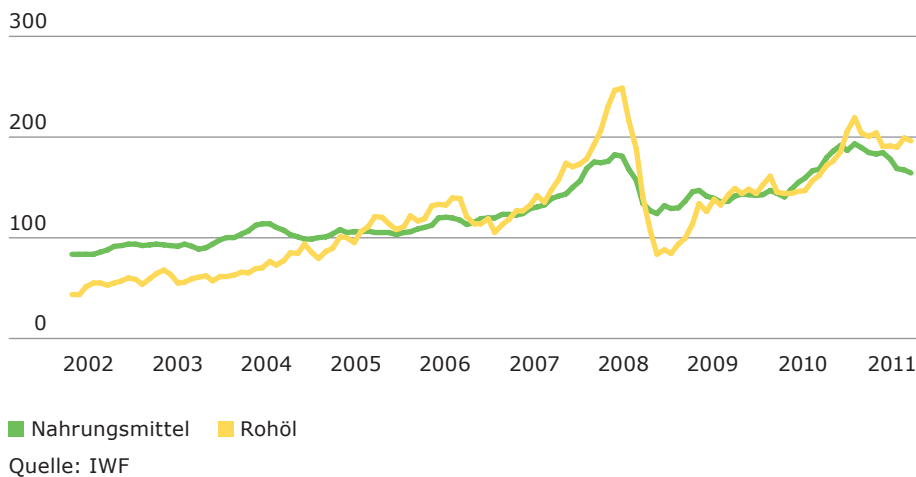
■ Mais ■ Weizen
 Quelle: USDA (United States Department of Agriculture)

Die Gründe hierfür sind einleuchtend und auch heute noch relevant: Denn der gleichzeitige Anstieg von Weltbevölkerung und Wohlstand lässt auch in Zukunft eine weiter ansteigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen erwarten. Insbesondere der zunehmende Fleischkonsum in den Schwellen- und Entwicklungsländern treibt dabei die Nachfrage. Ob das Angebot in gleichem Maße Schritt halten kann, trotz Ausweitung der Anbaufläche oder Produktivitätssteigerungen, ist fraglich. Denn allein in Deutschland werden täglich ca. 90 ha Grün- und Ackerland versiegelt und aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen. Bis 2050 wird außerdem die Weltbevölkerung auf voraussichtlich 9 Milliarden Menschen wachsen. Mit dem derzeitigen Pro-

duktionswachstum in der Landwirtschaft kann die Welternährung laut FAO aber nicht gesichert werden. Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass nachhaltig steigende Preise für Agrarrohstoffe auch positive Folgen haben können, denn sie lenken investives Kapital in den Sektor und induzieren technischen Fortschritt.

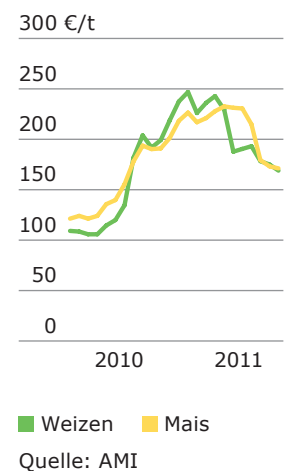
Die Agrarmärkte reagieren im Übrigen aufgrund der allgemeinen Knappheitslage besonders empfindlich auf zusätzliche Angebotsschwankungen, wie sie zum Beispiel durch Wetterkapriolen ausgelöst werden können. Aber auch protektionistische Maßnahmen einzelner Länder können Verknappungen verschärfen und Preissprünge auslösen. Vor allem deshalb, weil diese meist dann ergriffen werden, wenn die Märkte ohnehin unterversorgt sind und der inländischen Inflation bei Lebensmitteln begegnet werden soll. Dies wurde zum Beispiel im Juli 2010 deutlich, als die russische Regierung einen Exportstopp für Weizen verhängte. In der Folge stieg der Weizenpreis auf dem Weltmarkt explosionsartig an – quasi über Nacht hatte sich einer der größten Exporteure aus dem Markt verabschiedet.

Preisentwicklung Nahrungsmittel und Rohöl (Index 2005=100)



Ein weiterer Grund für das steigende und stark schwankende Preisniveau bei Lebensmitteln ist die zunehmende Korrelation zwischen den Agrarmärkten und den ebenfalls volatilen Energiemärkten. Zum einen ist Energie ein wesentlicher Inputfaktor bei der Erzeugung von Agrarrohstoffen, dessen Verteuerung sich langfristig auch auf das Preisniveau von Lebensmitteln auswirkt. Zum anderen sind Agrarrohstoffe auch Bioenergieträger. Der politisch gewünschte Ausbau der Bioenergie, insbesondere durch klimapolitische Vorgaben auf internationaler Ebene, lässt damit auch in Zukunft eine engere Bindung beider Märkte erwarten.

Erzeugerpreise für Weizen und Mais in Deutschland



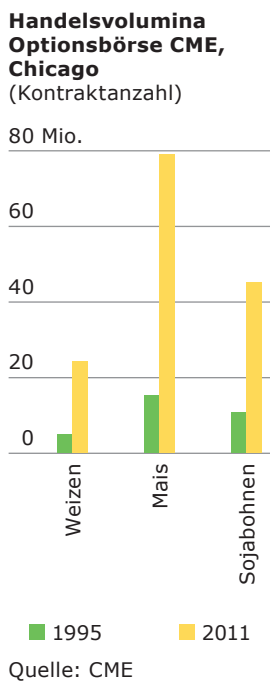
Auch der internationale Agrarhandel wird künftig weiter zunehmen. Schließlich sind Angebot und Nachfrage auf der Erde ungleich verteilt und weisen regional eine unterschiedliche Wachstumsdynamik auf. Dabei unterliegen Agrarexporte außerhalb der Eurozone und insbesondere außerhalb der EU ebenfalls hohen Schwankungen. Die wesentlichen Gründe hierfür sind Wechselkurseffekte und höhere Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach Lebensmitteln in diesen Ländern. Durch den im Trend steigenden Export werden daher künftig auch Erzeugerpreise innerhalb der Eurozone stärker von Wechselkursrelationen und der allgemeinen weltweiten Konjunktorentwicklung beeinflusst. Eine globale Rezession wie 2009 mit sinkenden Ölpreisen, rückläufiger Lebensmittelnachfrage oder Verwerfungen an den Devisenmärkten, die wiederum Handelsströme verändern, wirkt damit stärker auf das Agrarpreisniveau ein als noch vor einigen Jahren.

Zugleich ist diese Entwicklung eingebettet in eine weit vorangetriebene Liberalisierung der europäischen Agrarmärkte. Die EU-Agrarpolitik hat den Wechsel von einer „Preispolitik“ hin zu einer „Einkommenspolitik“ vollzogen. Damit fällt der nivellierende Einfluss der Agrarmarktornungen deutlich geringer aus. Dies konnte besonders während der Milchpreiskrise 2008/2009 beobachtet werden, als die Milchpreise in Deutschland bis auf den zuvor deutlich abgesenkten EU-Interventionspreis einbrachen. Die Reduzierung der Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver wurde zwar schon mit der Agrarreform im Jahr 2003 eingeleitet, spürbar wurde sie für die Milcherzeuger aber erst im Jahr 2008. Die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf dem Milchmarkt drückten das Preisniveau damals erstmals an die Interventionsgrenze heran.

Agrarwachstum lockt Anleger und kurbelt Derivatehandel an

Trotz zeitweise niedriger Preise für einzelne Produkte sind die Aussichten auf den Agrarmärkten insgesamt durch die weltweit steigende Nachfrage grundsätzlich positiv. Landwirtschaft ist „in“, gerade bei Kapitalanlegern. Dies gilt umso mehr angesichts der hohen Marktliquidität der letzten Jahre, die durch die Niedrigzinspolitik der wichtigsten Notenbanken aufgebaut wurde. Zudem sind einige klassische Anlageformen weggefallen - ob durch das Platzen der New-Economy-Blase Anfang des Jahrhunderts, die auf dem US-Immobilienmarkt ausgelöste Finanzkrise oder die aktuelle Staatsschuldenkrise in Europa. Auf der Suche nach neuen Anlageklassen haben Finanzinvestoren schließlich auch die Agrarrohstoffe für sich entdeckt und damit die Diskussion über den Einfluss von Spekulation auf die Agrarpreisentwicklung mit ausgelöst.

Im Zentrum der Kritik stehen Derivate, die auch als Termingeschäfte bezeichnet werden. Derivate sind Finanzinstrumente, deren Wert von Preisen oder Kursen anderer Güter, Vermögensgegenstände oder von Referenzgrößen wie z.B. Zinssätzen und Indizes abhängt. Sie können von Spekulanten genutzt werden, die sich von ihren Wetten auf künftige Entwicklungen Gewinne erhoffen, aber auch von Teilnehmern am realen Wirtschaftsgeschehen, die sich mit Derivaten gegen Preisschwankungen absichern. Vereinfacht können Derivate danach eingeteilt werden, ob sie an Terminbörsen gehandelt werden oder außerbörslich als sogenannter „OTC“-Handel, abgeleitet vom Englischen „over the counter“.

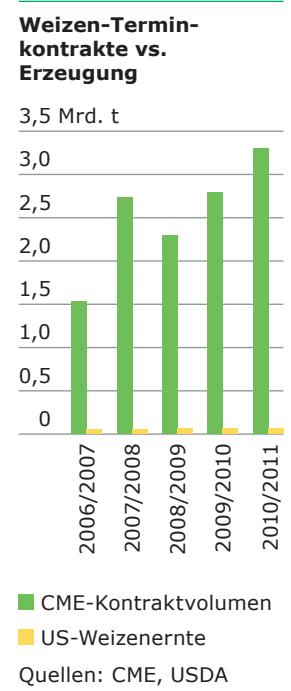


Die außerbörslichen OTC-Geschäfte werden in der Regel über Rahmenverträge abgewickelt, die an die individuellen Bedürfnisse der Kontrahenten angepasst werden. Gerade dieses Segment ist in den letzten Jahren am schnellsten gewachsen und wird deshalb besonders kritisch beäugt – nicht zuletzt, weil dieser große Markt auch noch durch eine hohe Intransparenz gekennzeichnet ist. Betrag der Nominalwert aller weltweit ausstehenden OTC-Derivate am 30.06.2000 noch rund 94 Billionen US-Dollar (USD), so waren es am 30.6.2011 schon rund 708 Billionen USD. Davon entfielen 2,6 Billionen USD auf Rohstoffderivate (Edelmetalle nicht eingerechnet).

An der Warenterminbörse werden hingegen standardisierte Lieferverpflichtungen, sogenannte Kontrakte, für Waren gehandelt. Der Handel findet dabei nicht direkt zwischen Käufer und Verkäufer statt, sondern wird über eine Clearingstelle abgewickelt. Käufer und Verkäufer müssen dort eine Sicherheitsleistung hinterlegen. Die Anzahl der an den Warenterminbörsen gehandelten Agrarterminkontrakte hat sich seit 2002 versechsfacht und entsprach im Jahr 2010 etwa 44 % der insgesamt an Börsen gehandelten Rohstoffterminkontrakte. Damit bilden Agrarrohstoffe gemessen an der Kontraktzahl die größte Anlageklasse unter den Rohstoffen. Ist die Erfüllung des Termingeschäfts nicht an die physische Lieferung des Basiswertes gebunden, kann das Handelsvolumen praktisch unbegrenzt ausgedehnt werden. Insbesondere diese theoretisch bestehende Möglichkeit wirft die Frage nach den für die Funktionsfähigkeit der Warenterminbörsen optimalen Relationen zwischen Finanz- und Realwirtschaft auf. Dabei ist die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit einer Warenterminbörse eine ausreichende Liquidität. Erst sie ermöglicht Akteuren mit physischen Warengeschäften die Preisabsicherung im Rahmen eines effektiven Risikomanagements. Gerade die sogenannten Spekulanten sorgen für die notwendige Liquidität zur Absicherung der Hedgegeschäfte. Je liquider eine Börse – so eine weit verbreitete Auffassung –, desto eher werden Preisschwankungen geglättet und Risiken so übertragen, dass Produzenten und Abnehmer von Agrarrohstoffen über mehr Planungssicherheit verfügen. Unzureichend liquide Terminmärkte können diese Planungssicherheit ebenso wenig gewährleisten wie Terminmärkte, die durch blasenartige Übertreibungen gekennzeichnet sind. Letztere leisten ebenfalls keinen Beitrag zur Glättung von Preisschwankungen und bleiben deshalb ohne gesamtwirtschaftlichen Nutzen.

Einfluss der Finanzmarktakteure auf lokale Preise bleibt umstritten

Ob die Finanzmarktakteure neben den Terminpreisen auch die Kassapreise beeinflussen können, wenn auch nur kurzfristig, ist bei Experten umstritten. Hier kommen verschiedene Studien nach wie vor zu unterschiedlichen Ergebnissen. Viele Agrarwissenschaftler und Ökonomen bezweifeln, dass Terminpreise die Preise für reale Güter treiben können. Termingeschäfte seien schließlich nichts anderes als Wetten auf zukünftige Preisentwicklungen. Die Terminmärkte könnten zwar durch übermäßige Spekulation verzerrt werden. Eine solche Situation löse sich aber schnell wieder auf, da Marktteilnehmer, die auf die falsche Karte gesetzt hätten, mit den entsprechenden Verlusten den Markt wieder verließen. Auf Terminmärkten seien die Gewinne des einen zudem immer die Verluste des anderen – ein klassisches Nullsummenspiel. Eine Rückkopplung zum Kassamarkt existiert nach diesen Einschätzungen nicht. Denn vor Ort machten die Handelspartner ohnehin nicht jeden Kursauschlag der Börsen mit. Die Börsenpreise in Chicago oder Paris seien zwar eine Orientierungshilfe, wirklich entscheidend seien aber nur die lokalen Angebots- und Nachfrageverhältnisse.



Dagegen gibt es aber auch kritische Stimmen, die die Preisleitfunktion der Terminmärkte für die Kassamärkte betonen. Die Kassapreise folgten demnach den Terminpreisen und nicht, wie es eigentlich sein sollte, die Terminpreise den Preiserwartungen für den Kassamarkt. Anbieter von Rohstoffen und Zwischenhändler könnten beispielsweise bei hohen Terminpreisen angehalten sein – in Erwartung höherer Preise auch vor Ort –, die Vermarktung hinauszuzögern. Überhitzte Terminpreise könnten dadurch zu einer spekulativen Lagerhaltung beitragen, die dann wiederum zu einem geringeren Angebot und zu höheren Preisen führen könnte. Aktuelle Studien betonen insbesondere diesen Zusammenhang. Außerdem könnte die übermäßige Aktivität von Finanzinvestoren auf den Warenterminmärkten zu einer stärkeren Koppelung dieser Märkte an die übrigen Finanzmärkte führen. Damit würden Bewegungen beispielsweise der Aktien- und Anleihemärkte oder auch der anderen Rohstoffterminmärkte auf die vergleichsweise kleinen Agrarterminmärkte übertragen, ohne dass sich hier fundamentale Faktoren, wie Lagerbestände oder Ernteaussichten, geändert hätten. Laut verschiedener Experten könnten Spekulanten Preistendenzen also auf jeden Fall beschleunigen und bei steigenden oder fallenden Preisen zumindest kurzfristige Übertreibungen auf den Terminmärkten verursachen. Spekulanten setzen dann zwar keinen Preistrend – oder kehren ihn gar um –, sie könnten ihn aber verstärken.

Weitgehende Einigkeit herrscht bei der aktuell immer wieder durch neue Studien gefütterten Diskussion über mögliche Zusammenhänge zwischen Termin- und Kassakursen erst dann wieder, wenn es um den langfristigen Zeitablauf geht. Hier sind viele Experten der Meinung, dass sich sicher niemand dauerhaft von den auf fundamentalen Daten beruhenden Preis-erwartungen lösen kann, ohne an den Terminmärkten viel Geld zu verlieren.

„Chocfinger“ – ein Sonderfall mit weitreichenden Folgen?

Ein Sonderfall der Spekulation mit Agrargütern liegt vor, wenn finanzkräftige Investoren auf hinreichend kleinen Märkten auch physische Lagerkapazitäten vorhalten und damit verzerrende Preiseffekte auslösen. Denn dann kann das Angebot tatsächlich verknappt werden, und das mit – im Vergleich zu anderen Rohstoffmärkten – relativ geringem Mitteleinsatz. Ein in diesem Zusammenhang oft zitiertes Beispiel ist der Kakaomarkt, den ein Hedge-Fonds im Sommer 2010 in Aufruhr versetzt hatte. Der auch als „Chocfinger“ bezeichnete Hedge-Fonds-Manager Anthony Ward ließ sich im Juli an der Londoner Börse 240 000 Tonnen Kakao liefern, also immerhin 7 % der weltweiten Jahresproduktion. In Verbindung mit einem knappen Angebot trieb die große Lieferung den Kakaopreis Mitte Juli auf ein 30-Jahres-Hoch. Danach ging der Kakaopreis jedoch schnell und kontinuierlich wieder zurück. Ob der Fonds letztendlich erfolgreich war, ist nicht bekannt. Zwar soll er dem Vernehmen nach hohe Verluste durch Absicherungsgeschäfte vermieden haben. Es blieben jedoch zumindest die Finanzierungs- und Lagerkosten, die in Finanzkreisen auf 7 bis 10 Millionen USD pro Monat geschätzt wurden. Schon allein diese Kosten zeigen, dass Fonds sich wohl nur im Ausnahmefall große physische Mengen beschaffen werden. Aber auch wenn es unrealistisch ist, dass nach „Chocfinger“ künftig „Coffeefinger“ oder „Cornfinger“ die Welt in Atem halten, hat dieses Beispiel sicher dazu beigetragen, das einseitige und negative Bild der Spekulation mit Agrarrohstoffen zu verbreiten und den Ruf nach Regulierungsmaßnahmen zu verstärken.

Höhere Markttransparenz ist Hauptziel der Regulierung

Bisher verfolgten alle Bestrebungen zur Marktregulierung zunächst das Ziel, für eine höhere Markttransparenz zu sorgen. Denn umfassende Informationen sind der erste Schritt hin zu einer transparenteren Preisbildung sowohl auf den Warenterminmärkten als auch auf den Agrarmärkten. Dies beginnt mit der Verfügbarkeit verlässlicher Marktdaten über Erzeugung, Lagerbestand und Verbrauch. Schließlich können durch unvollständige Informationen auch auf den physischen (Agrar-) Märkten spekulative Blasen entstehen – dafür braucht es keinen Terminhandel.

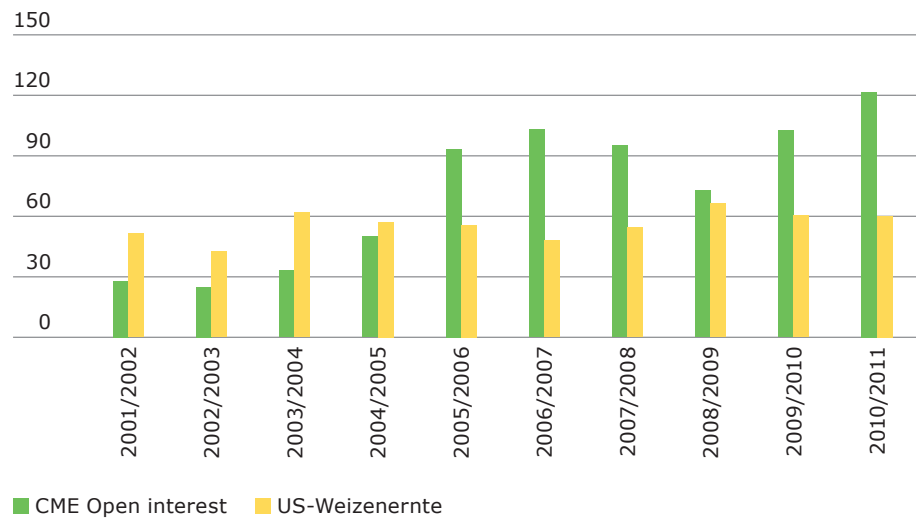
Wichtige Akzente setzte hierzu die G20-Staatengemeinschaft mit dem Mitte letzten Jahres verabschiedeten Aktionsplan „Preisschwankungen bei Lebensmitteln und Landwirtschaft“. Darin wurde unter anderem festgehalten, dass die weltweiten Marktdaten des United States Department of Agriculture (USDA) um eine weitere Datenquelle ergänzt werden. Der G20-Gipfel beschloss den Aufbau eines globalen Informationssystems über Lagerbestände und Erntemengen für die vier wichtigsten pflanzlichen Erzeugnisse, Weizen, Mais, Reis und Sojabohnen. Mit diesem Agrarmarkt-Informationssystem (AMIS), das bei der FAO angesiedelt ist und im Januar 2012 mit der Berichterstattung begonnen hat, können die Agrarmärkte künftig besser beobachtet werden.

Darüber hinaus hatten sich die G20-Staaten schon bei einem früheren Zusammentreffen verpflichtet, alle standardisierten OTC-Derivate bis Ende 2012 über zentrale Gegenparteien („Central Counter-Partys“) abzuwickeln. Zusätzlich sollen sie an ein Transaktionsregister gemeldet werden. Innerhalb der EU sollen Genehmigung und Aufsicht der zentralen Gegenparteien den nationalen Aufsichtsbehörden obliegen. Die Transaktionsregister fallen in den Verantwortungsbereich der EU-Aufsichtsbehörde ESMA. Auch hier ist also in Zukunft mehr Transparenz zu erwarten und eine Bewertung der Positionen durch die Aufsichtsbehörden möglich.

Derweil sind die USA insgesamt schon einen Schritt weiter als die EU. Berichtspflichten wurden bereits 2009 eingeführt. Somit liegen Daten über die Handelspositionen der anzeigepflichtigen Marktteilnehmer in Form einer Auflistung des „Open Interest“ vor. Dabei handelt es sich um die Summe aller zu einem gegebenen Zeitpunkt ausstehenden (offenen) Terminkontraktgeschäfte. Die Händler werden in drei Kategorien unterschieden, und zwar in „commercials“, „non-commercials“ und „non-reportables“. Die „commercials“ versuchen – als klassische Hedger – an den Warenterminbörsen ihre Preise abzusichern, die „non-commercials“ agieren mit spekulativem Hintergrund und bei den „non-reportables“ handelt es sich oft um kleinere Händler, deren Geschäfte nicht die meldepflichtige Schwelle erreicht haben.

Im Jahr 2010 wurden zudem mit der Verabschiedung des „Dodd-Frank-Act“ weitere Maßnahmen in den USA eingeführt. Hierbei handelt es sich um Positions-Limite, die überwiegende Abwicklung des OTC-Handels über Clearingstellen sowie die Stärkung der Aufsichtsbehörde Commodity Futures Trading Commission (CFTC). Die tatsächliche Wirkung dieser Maßnahmen auf die Märkte kann allerdings noch nicht abschließend beurteilt werden und hängt von der konkreten Implementierung ab 2013 ab.

Open interest (in Mio.) und US-Weizenernte (in Mio. t)



Quellen: CME, USDA

EU-Finanzmarktrichtlinie als Kernregelwerk soll modifiziert werden

Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission im Oktober 2011 einen Vorschlag zur Regulierung des Derivatehandels – einschließlich des Waren-terminhandels – vorgelegt. Auch hier soll vor allem die Transparenz der Handelsaktivitäten verbessert werden. Insbesondere folgende Legislativvorschläge sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung: die Europäische Marktinfrastrukturverordnung (EMIR), die EU-Finanzmarktrichtlinie (MIFID) sowie die Richtlinie für Marktmissbrauch (MAD). Um in zentralen Fragen eine europaweit einheitliche Umsetzung zu gewährleisten, sollen Teilbereiche der MIFID und der MAD in einer zusätzlichen Verordnung geregelt werden. Diese ist dann unmittelbar geltendes Recht und muss nicht erst – wie die Richtlinien – in nationales Recht überführt werden.

Die wesentlichen Aspekte der Regulierungsvorschläge sind:

- Einführung eines Transaktionsregisters für den OTC-Handel und verbindliche Abwicklung des standardisierten OTC-Handels über Clearingstellen.
- Umfangreichere Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse für Aufsichtsbehörden. Dazu gehört auch, dass Aufsichtsbehörden jederzeit in den Handel eingreifen können – beispielsweise durch Festlegung engerer Positions-Limite.
- Alle Handelsplätze müssen wöchentlich eine aggregierte Aufschlüsselung der Positionen veröffentlichen. Darin werden die Marktteilnehmer und deren Kunden in verschiedene Kategorien eingeteilt. Die Berichte der Handelsplätze sind bei Bedarf den Aufsichtsbehörden vorzuzeigen.
- Alle Handelsplätze sollen „sinnvolle“ Positions-Limite festlegen.

Unabhängig von den Regulierungsansätzen im engeren Sinne ist außerdem eine Transaktionssteuer von 0,01 % auf die Handelsumsätze in der Diskussion. Von der Steuer wäre auch der Warenterminhandel betroffen, sofern er an Börsen stattfindet.

Spekulation und Preisabsicherung sind zwei Seiten einer Medaille

Die Diskussion über die Spekulation mit Agrarrohstoffen vernachlässigt oft, dass Warentermingeschäfte auch eine wichtige Rolle für die Rohstoffproduzenten, nämlich für die Landwirte, spielen. Sie können damit vor allem Preisrisiken reduzieren, die ihre Betriebe nicht zuletzt durch die Liberalisierung der europäischen Agrarmärkte immer stärker herausfordern. Weitere Gründe für die hohe Preisvolatilität wurden bereits ausführlich dargestellt.

Allerdings ist die unmittelbare Absicherung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse über Warentermingeschäfte bisher noch kaum verbreitet. Viele Unternehmer scheuen den Einsatz aufgrund der hohen Komplexität und ihrer mangelnden Erfahrung. Zudem bindet der Handel an den Börsen zusätzliches Kapital, das dann möglicherweise an anderer Stelle fehlt. Denn jeder Käufer eines Futures muss eine Sicherheitsleistung in Höhe von ca. 8 - 12 % des nominalen Wertes der über den Future gehandelten Rohstoffmenge auf einem Konto der Börse hinterlegen. Schwankt der Wert des Futures, kann es zu Nachschusspflichten (Margin Calls) kommen. Damit geht der börsliche Terminhandel mit einem zusätzlichen Liquiditätsrisiko einher, das viele Agrarunternehmer scheuen. Sie sichern ihre Preisrisiken lieber dadurch ab, dass sie Verkaufs- bzw. Kaufzeitpunkte für die Erzeugnisse und Rohstoffe streuen. Dies kann bilateral über Lieferverträge geschehen, in denen ein Teil der zu erwartenden Ernte schon frühzeitig verkauft wird. Vor allem im Ackerbau haben Vorkontrakte mit dem Landhandel eine große und wachsende Bedeutung in der Praxis. Dabei vermarkten die Landwirte durchschnittlich etwa ein Drittel der zu erwartenden Erntemenge vorab. Auch beim Einkauf von Betriebsmitteln wie zum Beispiel bei Futtermitteln sind Jahresverträge und Kontrakte zwischen Landhandel und Erzeugern üblich.

Diese Praxis zeigt die hohe indirekte Bedeutung der Warenterminbörsen für die landwirtschaftlichen Unternehmen. Denn wenn der einzelne Landwirt einen Preis mit seinem örtlichen Landhändler aushandelt, sichert sich der Händler meist über ein Termingeschäft an den Börsen ab. Zudem werden sogenannte Prämienkontrakte angeboten. Hierbei wird die Warenterminbörse in die Preisfindung mit einbezogen. Auf diesem Weg tragen funktionierende Terminmärkte also schon jetzt sowohl zur Preisfindung als auch zu einer effektiven Risikostreuung bei.

In Anbetracht der hohen Komplexität des Handels an Terminmärkten kann die indirekte Absicherung für viele Landwirte derzeit durchaus die bessere Wahl sein. Allerdings muss Preisabsicherung schon heute unbedingt ein fester Bestandteil des betrieblichen Risikomanagements sein. Eine intensive Beschäftigung mit den Chancen und Risiken von Termingeschäften gehört für die Agrarwirtschaft zum Handwerkszeug, und es ist zwingend notwendig, sich das entsprechende Fach-Know-how kurzfristig anzueignen.

Dies gilt im Übrigen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für große Teile der Ernährungswirtschaft und der gesamten Wertschöpfungskette Nahrungsmittel.

Agrarwirtschaft profitiert von funktionierenden Warenterminmärkten

Die unternehmerisch aufgestellte deutsche Land- und Ernährungswirtschaft benötigt Terminmärkte, um ihre Preisrisiken auf den globalisierten Agrarmärkten reduzieren zu können. Mit funktionierenden Terminmärkten lassen sich Preisschwankungen glätten, Risiken übertragen und so die Planungssicherheit von Produzenten und Abnehmern von Agrarrohstoffen erhöhen. Planungssicherheit wiederum ist essenziell für Investitionsentscheidungen. Sie führt langfristig zum Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion, die im weltweiten Maßstab dringend benötigt wird.

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft kann Risiken jedoch nur dann absichern, wenn es Marktteilnehmer gibt, die bereit sind, diese Risiken zu übernehmen. Diese Funktion können auch Kapitalanleger leisten. Wenn Spekulation und Planungssicherheit zwei Seiten einer Medaille sind, ergeben sich daraus aber auch Konsequenzen für die Gestaltung und das Ausmaß weiterer Regulierungsmaßnahmen. Es hilft keinem Hungernden auf der Welt, wenn die Spekulation mit Agrarrohstoffen so weit eingedämmt wird, dass auch die Agrarproduzenten darunter leiden. Terminmärkte benötigen vor allem ausreichend Liquidität, um ihre wichtige gesamtwirtschaftliche Funktion erfüllen zu können. Es ergibt also keinen Sinn, Kapitalanleger generell von den Märkten auszuschließen. Denn Spekulation ist nicht per se negativ, wenn sie auf Basis reeller, frei zugänglicher Informationen und ohne Marktmanipulation erfolgt.

Andererseits bleiben auch Warenterminbörsen ohne gesamtwirtschaftlichen Nutzen, wenn Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft den Börsen deshalb fernbleiben, weil sie in den aktuellen Terminpreisen anstelle realistischer Preiserwartungen vor allem blasenartige Übertreibungen vermuten. In diesem Fall tragen Warenterminmärkte weder zur Informationseffizienz noch zur Glättung von Preisschwankungen oder zur Planungssicherheit der Agrarunternehmen bei.

Deshalb sind umfassende Informationen über die tatsächliche Bestands- und Versorgungslage der physischen Märkte der erste Schritt, um gefährlichen Spekulationsblasen ihren Nährboden zu entziehen. Die Initiativen der G20-Staaten zum Aufbau eines weiteren weltweiten Marktinformationsdienstes sind in diesem Zusammenhang zu begrüßen. Dies gilt gleichermaßen für die Regulierungsvorschläge der EU-Kommission zum Derivatehandel. Sie verbessern die Informationen über die gehandelten Kontrakte und die handelnden Marktteilnehmer und sorgen für eine höhere Markttransparenz. Gleichzeitig besteht dadurch die Möglichkeit, bei Bedarf aufsichtsrechtlich in den Handel eingreifen zu können.

Es bleibt zu hoffen, dass die Bemühungen um eine höhere Markttransparenz bald von Erfolg gekrönt sein werden. Denn wenn die Terminpreise näher an den tatsächlichen Preiserwartungen liegen, dann wird auch die Agrar- und Ernährungswirtschaft dieses Instrument stärker nutzen können und zu einer austarierten Balance zwischen Finanz- und Realmärkten beitragen. Tendenziell dürfte sich mehr Planungssicherheit positiv auf die Wirtschaftskraft der Landwirtschaft auswirken und damit auch der Welternährung insgesamt nützen. Die Regulierung sollte deshalb grundsätzlich mit Augenmaß gestaltet werden, um die Funktionsweise des Terminhandels zu optimieren und nicht zu beeinträchtigen.

Veröffentlichungen zum Thema Nahrungsmittelspekulation

Autor	Organisation	Titel
Schmitz, M.	Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e.V. (UFOP), Februar 2012	Bestimmungsgründe für das Niveau und die Volatilität von Agrarrohstoffpreisen auf internationalen Märkten – Implikationen für Welternährung und Politikgestaltung
Adämmer, P., Bohl, M.T. & Stephan, P.M.	Universität Münster, Dezember 2011	Speculative Bubbles in Agricultural Prices
Lagi, M., Bar-Yam, Y., Bertrand, K.Z. & Bar-Yam, Y.	NECSI (New England Complex Systems Institute), September 2011	The Food Crises: A quantitative model of food prices including speculators and ethanol conversion
	OECD, FAO, 2011	OECD-FAO Agricultural Outlook 2011
Von Witzke, H. & Noleppa, S.	Hffa (Humboldt Forum for Food and Agriculture), 2011	The economics of Rumpelstiltskin; Why speculation is not a prime cause of high and volatile international agricultural commodity prices: An economic analysis of the 2007-08 price spike
Schumann, H.	Foodwatch, 2011	Die Hungermacher. Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren.
Bass, H.-H.	Welthungerhilfe, Mai 2011	Finanzmärkte als Hungerverursacher?
Flassbeck, H.	UNCTAD, Juni 2011	Price Formation in Financialized commodity markets: The Role of Information
	FAO, IFAD, IMF, OECD, UNCTAD, WFP, World Bank, WTO, IFPRI, UN HLTF, Juni 2011	Price Volatility in Food and Agricultural Markets: Policy Responses
Müller, D.	MISEREOR (Bischöfliches Hilfswerk), Oktober 2011	Unschuldsmymen – Wie die Nahrungsmittelspekulation den Hunger anreizt
Gilbert, C. L.	Journal of Agricultural Economics, 2010	How to Understand High Food Prices
Irwin, S.H. & Sanders, D.R.	OECD, 2010	The Impact of Index and Swap Funds on Commodity Futures Markets; Food, Agriculture and Fisheries, Working Paper, No 27
Hernandez, M. & Torero, M.	IFPRI, Juni 2010	Examining the Dynamic Relationship between Spot and Future Prices of Agricultural Commodities
Baffes, J. & Haniotis, T.	The World Bank, Juli 2010	Placing the 2006/08 Commodity Price Boom into Perspective, Policy Research Working Paper 5371
	Institute for Agriculture and Trade Policy, Januar 2009	Betting Against Food Security: Futures Markets Speculation
Von Braun, J., Robles, M. & Torero, M.	IFPRI, Februar 2009	When Speculation Matters
Timmer, C.P.	FAO, Agricultural Development Economics Division, April 2009	Did Speculation Affect World Rice Prices? ESA Working Paper No. 09-07
Trostle, R.	USDA, Juli 2008	Global Agricultural Supply and Demand: Factors Contributing to the Recent Increase in Food Commodity Prices

Thesen

Hohe Preise auf den Weltagrarmärkten, insbesondere aufgrund von Spekulation mit Agrarrohstoffen, sind nicht verantwortlich für Hunger in den Entwicklungsländern. Die Preisentwicklung auf den Agrarrohstoffmärkten ist vor allem das Ergebnis fundamentaler Angebots- und Nachfragekräfte. Der preistreibende und preisstabilisierende Beitrag von Spekulationen sei empirisch nicht nachgewiesen.

Spekulanten haben den Weltmarkt für Getreide in den vergangenen zehn Jahren deutlich instabiler und schwankungsanfälliger gemacht.

Zwischenhändler würden das Angebot auf dem Spotmarkt tatsächlich verknapfen, wenn die Future-Preise spekulationsbedingt gestiegen sind. Dann würde es sich lohnen, einen Teil des Getreides vorerst nicht zu verkaufen, sondern zu lagern. Die Folge seien steigende Spotpreise.

Die meisten Forscher stimmen darin überein, dass ein hohes Maß an Spekulationen an den Terminmärkten die Preisbewegungen auf kurze Sicht verstärken kann. Für längerfristige systemische Auswirkungen auf die Volatilität finden sie aber keine eindeutigen Belege.

Spekulationen haben nur einen geringen Einfluss auf die Spotpreise.

Die Spekulanten verhalten sich auf den Terminmärkten derzeit nicht normal, sondern kaufen unbeeinflusst von Angebots- und Nachfrageentwicklung kontinuierlich über einen längeren Zeitraum hinweg. Dadurch verteuern sie künstlich die Future-Preise und damit eben auch die Spot-Preise.

Da Spekulanten vorwiegend in Long-Positionen rollieren, wird dem Markt sogar eher Liquidität entzogen. Die Spekulationen hätten die Preise für Weizen, Mais und Soja im Jahr 2008 um bis zu 15% nach oben getrieben.

Es existiert eine Korrelation von verschiedenen Agrar- und Finanzmärkten bei Terminmärkten. Veränderungen in Terminpreisen führen öfter zu Veränderungen in Kassapreisen als umgekehrt. Einigkeit besteht darüber, dass Finanzinvestoren Preise nicht langfristig beeinflussen können, aber sie können kurzfristig zu höherer Volatilität und Preisverzerrungen führen.

Es ist nicht eindeutig, welchen Einfluss die Terminmärkte und Spekulationen auf die Preise haben. Analysten hätten hierzu unterschiedliche Meinungen. Zusätzliche Forschung sei hier nötig.

Der zentrale Einfluss von Spekulationen auf die Preisentwicklung bei Grundnahrungsmitteln in Entwicklungsländern ist kaum zu leugnen. Die Preise von Terminmärkten wirken sich über verschiedene Kanäle auf die realen Märkte aus.

Index-basierende Investments auf dem Agrarterminmarkt werden als ein Hauptverursacher für die gestiegenen Nahrungsmittelpreise 2007–2008 identifiziert.

Terminpreise werden nicht beeinflusst: Nullsummenspiel. Physischer Markt durch Angebot und Nachfrage bestimmt, Spekulation verbessert Preisfindung.

Veränderungen in Terminpreisen führen öfter zu Veränderungen in Kassapreisen als umgekehrt. Die durchgeführten Kausalitätstests zeigen, dass die Terminmärkte die Kassamärkte beherrschen. Der Informationsfluss zwischen Termin- und Kassamarkt hat sich in den letzten 15 Jahren intensiviert.

Das Preishoch aus den Jahren 2006/2008 war ein "perfect storm". Fundamentale Faktoren waren für das Preishoch verantwortlich. Die Aktivität der Indexfonds hat den Preisausschlag aber zusätzlich erhöht.

Rohstoffspekulationen werden als ein Faktor für die Preisanstiege 2008 anerkannt.

Übermäßige Spekulation am Rohstoffterminmarkt kann im Prinzip die Terminpreise und – durch Arbitrage-Möglichkeiten – auch die Kassapreise über das durch Nachfrage und Angebot begründbare Niveau steigern.

Die Beeinflussung der Kassapreise kann durch Spekulanten am Terminmarkt, die kein Interesse am eigentlichen physischen Besitz haben, sondern einfach nur auf erwartete Preisänderungen wetten, besser erklärt werden, als durch einfache Lagerhaltung.

Die kurzfristige Volatilität der Agrarpreise könnte durch den computerisierten Handel gestiegen sein.







Uns steht ein reichhaltiges Angebot an Nahrungsmitteln zur Verfügung. Bestimmte Agrargüter werden zunehmend auch als Energieträger oder als nachwachsender Rohstoff für andere Produkte verwendet. Der politisch gewünschte Ausbau der Bioenergie und die Nutzung der Energie als wesentlicher Inputfaktor bei der Erzeugung von Agrarrohstoffen lassen in Zukunft eine engere Verbindung beider Märkte erwarten.

Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2011

Landwirtschaft: Erträge deutlich verbessert

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2010/11 (1.7.2010 – 30.6.2011) erholten sich die Preise wichtiger Agrarprodukte wie Getreide und Milch. Obwohl gleichzeitig die Betriebsmittelkosten insbesondere für Dünge- und Futtermittel sowie Energie stiegen, verbesserten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse der meisten Betriebszweige in der Landwirtschaft deutlich. Der Gewinn der Haupterwerbsbetriebe stieg um 33 % auf durchschnittlich 54 375 €. Das Einkommen der deutschen Landwirte lag damit deutlich über dem Durchschnitt der letzten fünf Wirtschaftsjahre. Nicht berücksichtigt werden in den zugrunde liegenden Statistiken die mittlerweile bedeutenden Erträge aus erneuerbaren Energien. Mit Ausnahme Brandenburgs stiegen die durchschnittlichen Gewinne in allen Bundesländern kräftig. Ungünstige Witterungsverhältnisse hatten in diesem Bundesland deutliche quantitative und qualitative Ernteeinbußen verursacht.

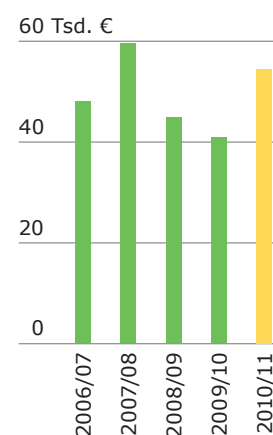
Einkommenssteigerungen bei Ackerbau- und Milchviehbetrieben

Die Ackerbaubetriebe konnten ihren Gewinn trotz höherer Aufwendungen für Düngemittel und zeitweise ungünstiger Witterungsbedingungen im Durchschnitt um 48 % auf 74 715 € je Unternehmen steigern. Diese positive Entwicklung beruht in erster Linie auf den stark gestiegenen Getreidepreisen.

Mit einem Zuwachs von 54,6 % erzielten die Milchviehbetriebe die größte prozentuale Einkommensverbesserung aller Betriebsformen. Der Gewinn erreichte 58 364 € je Unternehmen. Dies ist im Wesentlichen auf den seit dem Frühjahr 2010 gestiegenen Milchpreis zurückzuführen. Die Milchauszahlungspreise lagen 2010/11 mit 34,30 ct/kg im Durchschnitt 24 % höher als im Vorjahr.

Auch die Einkommen der nicht spezialisierten Gemischtbetriebe, bei denen kein Produktionsverfahren absolut dominiert, entwickelten sich positiv. Höhere Preise für Getreide und Milch, aber auch für Mastrinder führten zu einem durchschnittlichen Gewinnwachstum von 33,6 % auf 47 124 € je Unternehmen.

Gewinn je Unternehmen



Quelle: BMELV

Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen 2010/2011

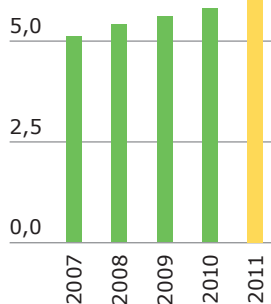
Betriebsform	Gewinn je Unternehmen		
	Anteil in %	€	zum Vorjahr in %
Futterbau	46,4	54 279	50,7
darunter: Milch	37,0	58 364	54,6
Gemischt	16,0	47 124	33,6
Ackerbau	15,3	74 715	47,6
Veredlung	11,1	38 877	-20,1
Dauerkulturen	6,1	54 282	15,4
Gartenbau	5,0	50 967	2,6
Insgesamt	100,0	54 375	33,0

Quelle: BMELV

Ökologischer Landbau

Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland

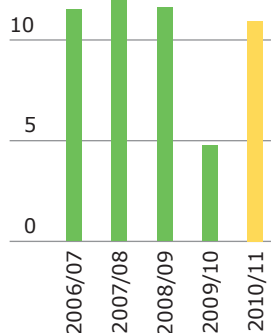
7,5%



Quelle: BÖLW

Nettoinvestitionen je Unternehmen

15 Tsd. €



Quelle: BMELV

Anders als bei Ackerbau-, Milchvieh- und Gemischtbetrieben gestaltete sich das wirtschaftliche Umfeld der Veredlungsbetriebe, also der Betriebe mit Schweine- und Geflügelhaltung, eher schwierig. Neben den unbefriedigenden Schweine- und insbesondere Ferkelpreisen mussten die Betriebe deutlich höhere Kosten für Futtermittel verkraften. Mit einem durchschnittlichen Gewinn je Unternehmen von knapp 38 900 € verzeichnete dieser Betriebszweig deshalb einen Einkommensrückgang von 20,1 %.

Erfolgreiches Wirtschaftsjahr für Ökobetriebe

Das Wirtschaftsjahr 2010/11 verlief für Ökobetriebe sehr positiv. Die ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe verzeichneten im Durchschnitt Gewinnsteigerungen um 29,9 %. Sie erwirtschafteten 60 736 € je Unternehmen und lagen damit über dem Durchschnitt der konventionell wirtschaftenden Vergleichsgruppe, die einen durchschnittlichen Gewinn von 54 730 € erzielte. Die Gewinnsteigerung bei den Ökobetrieben resultierte aus höheren Umsatzerlösen bei Schweinen, Geflügel, Eiern sowie im Ackerbau und einer nur geringen Zunahme der betrieblichen Aufwendungen.

Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung verlangsamte sich das in den vergangenen Jahren stabile Wachstum von Ökobetrieben und der von ihnen bewirtschafteten Flächen im Jahr 2011. Aktuellen Schätzungen zufolge nahm die ökologisch bewirtschaftete Fläche um rund 22 800 ha auf 1 014 000 ha zu. Dies ist ein Zuwachs von 2,3 % gegenüber dem Vorjahr (2010: +5,7 %). Damit werden derzeit in Deutschland 6,1 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Kriterien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Die Zahl der Ökobetriebe stieg 2011 um 4,8 % (2010: +5,4 %) auf rund 23 000 Betriebe. Dies entspricht 7,8 % aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland.

Wieder deutlich höhere Eigenkapitalbildung

Die Eigenkapitalbildung ist eine wichtige Stabilitätskennziffer und Grundlage für die Finanzierung von Nettoinvestitionen. Im Durchschnitt erhöhte sich das Eigenkapital im Wirtschaftsjahr um 10 256 € pro Betrieb. Damit war die Eigenkapitalbildung deutlich größer als in den beiden Vorjahren. In erster Linie erhöhten Ackerbau-, Pflanzenbauverbund-, Pflanzenbau-Viehhaltungs- und Milchviehbetriebe ihr Eigenkapital. Dagegen verzeichneten Veredlungsbetriebe im Durchschnitt Eigenkapitalverluste.

Die Eigenkapitalbildung streute sehr stark. 25 % der Betriebe erhöhten ihr Eigenkapital um mehr als 400 € je ha. Rund 44 % der Betriebe verzeichneten dagegen Eigenkapitalverluste, darunter rund 17 % sogar eine Verringerung des Eigenkapitals um über 400 € je ha. Betriebe mit einem Eigenkapitalrückgang sind gekennzeichnet durch hohe und meist zunehmende Verbindlichkeiten, negative Nettoinvestitionen und negative Rentabilitätskennziffern.

Zunahme der Investitionen in landwirtschaftliche Vorhaben

Aufgrund der deutlich verbesserten wirtschaftlichen Lage und der deshalb höheren Liquidität haben die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2010/11 ihre Investitionen erhöht. Die Bruttoinvestitionen stiegen im Durchschnitt je Unternehmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 21,4 % auf 40 725 €. Rund 46 % der Bruttoinvestitionen entfielen dabei auf Maschinen und technische Anlagen, 14 % auf Boden und 8 % auf

Gebäude. Die Nettoinvestitionen je Unternehmen verdoppelten sich gegenüber dem Vorjahr und erreichten 10 914 €. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten der Haupterwerbsbetriebe beliefen sich auf 151 433 € und lagen um 4 % über dem Vorjahr.

Deutsche Landwirtschaft sehr kapitalintensiv – Fremdkapitalbestand auf Rekordniveau

Mit 281 000 € Kapital pro Erwerbstätigen (2008) gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbranchen. Der vergleichbare Kapitalbedarf liegt in der Industrie bei 170 000 €, im Handel bei 55 000 € und in der Bauwirtschaft lediglich bei 34 000 €. Der Fremdkapitalbestand in der deutschen Landwirtschaft erreichte Ende 2011 mit 42,7 Mrd. € einen neuen Rekordstand. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,9 %. 83 % des Kreditbestands sind dabei langfristige Kredite. Die Landwirte nutzen also zunehmend Fremdkapital zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse. Dazu trug auch das niedrige Zinsniveau bei.

Landwirtschaft weiterhin optimistisch

Wie die ersten Prognosen für das laufende Wirtschaftsjahr 2011/12 zeigen, dürften sich die Unternehmensergebnisse trotz der Wetterkapriolen und gestiegenen Betriebsmittelpreise stabilisieren bzw. moderat ansteigen. Hierbei werden jedoch deutliche Unterschiede in den Betriebsformen bestehen. Die wirtschaftliche Stimmungslage in der deutschen Landwirtschaft, ermittelt in der Dezemberbefragung des Konjunkturbarometers Agrar, bestätigt diese positive Grundtendenz. Die aktuelle wirtschaftliche Lage wird besonders günstig eingeschätzt. Nicht ganz so positiv sind die Erwartungen für die nächsten zwei bis drei Jahre. Im mehrjährigen Vergleich liegen auch sie aber weiterhin auf einem recht hohen Niveau. Bei dieser Einschätzung spielen möglicherweise die Erwartung weiter steigender Produktionskosten, die volatile Preisentwicklung auf den Agrarmärkten sowie eine gewisse Unsicherheit, ob die europaweiten Finanzprobleme sich nicht auch auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland negativ auswirken könnten, eine Rolle.

Trotz der weiterhin guten Stimmung ist die Investitionsbereitschaft der Betriebe im Jahresvergleich etwas zurückgegangen. Insgesamt wollen die deutschen Landwirte im ersten Halbjahr 2012 5,5 Mrd. € investieren. Das sind 1,7 Mrd. € weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die geplanten Investitionen in Maschinen erreichen den Vorjahresstand, während Gebäude- und Stallinvestitionen niedriger ausfallen. Rückläufig sind jedoch vor allen Dingen die Investitionsplanungen für erneuerbare Energien. Dies gilt insbesondere für den Bereich Biogas. Hier wird sich im Jahresverlauf die Wirkung des novellierten EEG auf die Investitionstätigkeit zeigen.

Ernährungswirtschaft: Starkes Wachstum im Ausland

Die deutsche Ernährungswirtschaft profitierte 2011 vom Wirtschaftsaufschwung in Deutschland. Der Umsatz stieg um 8,5 % auf 146,9 Mrd. € nach einem Plus von 2,2 % im Vorjahr. Das Umsatzplus war allerdings auch eine Folge höherer Lebensmittelpreise und zudem weniger stark ausgeprägt als im gesamten Verarbeitenden Gewerbe, dessen Umsätze um 10,9 % wuchsen.

Angesichts gesättigter Märkte bestehen im Inland nur wenig Spielräume, die Umsätze zu steigern. Daher gewinnt der Export für die deutsche Ernährungswirtschaft immer mehr an Bedeutung. Während 2011 der Inlandsabsatz um 7,6 % auf 118,0 Mrd. € zulegte, fiel der Zuwachs im Ausland mit 12,2 % auf 28,9 Mrd. € deutlich höher aus. Die Exportquote steigt bereits seit mehreren Jahren und liegt mittlerweile bei fast 20 %.

Die Ernährungswirtschaft in Deutschland ist ähnlich wie die Landwirtschaft stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt und weist viele Familienbetriebe auf. Daher ist sie ebenfalls einem gewissen Strukturwandel und Konzentrationsdruck ausgesetzt. 2011 erhöhte sich die Anzahl der Betriebe im Ernährungsgewerbe mit mehr als 50 Beschäftigten weiter um 0,8 % auf 2 645. Gleichzeitig stieg die Zahl der dort Angestellten um 1,5 % auf rund 445 000. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) schätzt die Gesamtzahl der Betriebe auf 5 930.

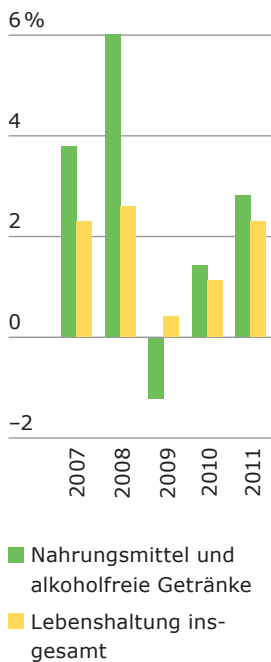
Das Ernährungsgewerbe, das die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken umfasst, ist gemessen am Umsatz die drittgrößte Einzelbranche innerhalb der deutschen Industrie nach dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau.

Nahrungsmittelpreise überdurchschnittlich gestiegen

Als Folge einer international höheren Nachfrage nach Rohstoffen und insbesondere nach Agrargütern stiegen 2011 auch in Deutschland die Preise für Lebensmittel. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Durchschnitt 2,8 % über dem Vorjahr. Damit übertrafen sie den Anstieg des allgemeinen Preisindex für die Lebenshaltung, der 2,3 % betrug. Auch mittelfristig wirkten sich die Nahrungsmittelpreise preistreibend auf die Lebenshaltung aus. In den letzten fünf Jahren stiegen die Lebensmittelpreise mit 9,3 % stärker als die allgemeinen Verbraucherpreise (+6,5 %).

Insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im deutschen Ernährungsgewerbe stellen die Kostensteigerungen eine große Herausforderung dar. Die Konzentration in der Ernährungswirtschaft ist sehr gering im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel, aber auch zu anderen Wirtschaftszweigen. Da ihnen die Marktmacht fehlt, können viele Unternehmen die höheren Kosten bei Rohstoffen, Energie und Verpackung nicht vollständig auf die Verkaufspreise überwälzen.

Preisindex für die Lebenshaltung
(Veränderung zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt

**Umsatz der Betriebe* des Ernährungsgewerbes
nach ausgewählten Branchen im Jahr 2011**

	in Mrd. €	zum Vorjahr in %	Exportquote in %
Ernährungsgewerbe insgesamt	146,9	8,5	19,7
davon:			
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	129,7	9,2	20,9
darunter:			
Schlachten und Fleischverarbeitung	34,4	10,9	16,7
Milchverarbeitung	24,3	12,2	25,1
Teig- und Backwaren	14,9	5,8	9,2
Süßwaren	9,6	3,1	32,8
Obst- und Gemüseverarbeitung	8,9	6,9	20,2
Getränkeherstellung	17,3	3,1	10,5
darunter:			
Bier	7,3	2,5	8,5
Erfrischungsgetränke, Mineralwasser	6,5	5,2	8,9

* Erfasst sind Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Zahlen

Deutsche Lebensmittel im Ausland gefragt

Das Exportgeschäft weist schon seit Jahren eine hohe Dynamik auf. Auswirkungen von Wechselkursschwankungen halten sich dabei in Grenzen, da sich die ausländischen Märkte zu mehr als 70 % im Euroraum befinden.

Aufgrund steigender weltweiter Nachfrage gelang es 2011 insbesondere der milch- und der fleischverarbeitenden Industrie, den beiden größten Einzelbranchen, ihre Umsätze im Ausland überdurchschnittlich um 21,5 % bzw. 15,5 % zu erhöhen. Besonders erfolgreich im Ausland sind dabei die Unternehmen der Milchverarbeitung. Mit 6,1 Mrd. € Erlösen sie bereits jeden vierten Euro im Exportgeschäft.

Wachstum in inländischen Nischenmärkten

Neben dem stetig wachsenden Auslandsgeschäft konnten einzelne Segmente der Ernährungswirtschaft auch im Inland Zuwächse erzielen. Dazu gehörten erneut Bio-Produkte und Lebensmittel aus den Regionen der Verbraucher. Nach Schätzungen des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) stieg 2011 der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in Deutschland um rund 9 % auf 6,6 Mrd. €. Die Bio-Branche profitierte dabei auch von den Lebensmittelskandalen im abgelaufenen Jahr. Nach wie vor wächst der Markt für Bio-Produkte in Deutschland schneller als die heimische Produktion, so dass der Anteil der importierten Bio-Nahrungsmittel weiter gestiegen ist.

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland und ein sich änderndes Verbraucherverhalten zeigten sich 2011 auch beim Außer-Haus-Verzehr: Nach zehn aufeinanderfolgenden Jahren mit rückläufigen Umsätzen steigerte die klassische Gastronomie, zu der auch Catering-Unternehmen gehören, ihren Umsatz erstmalig wieder, und zwar um 3,9 %.

Ausblick: Leichte Eintrübung durch schwächere Binnenkonjunktur bei langfristig guten Exportchancen

Im laufenden Jahr dürften sich die Perspektiven der deutschen Ernährungswirtschaft etwas eintrüben. Gründe dafür sind die nur mäßigen konjunkturellen Aussichten in Deutschland und Europa. Die Spielräume, steigende Kosten auf die Preise zu überwälzen, werden vor diesem Hintergrund eher noch kleiner. Nach einer Untersuchung des ifo-Instituts ist daher eine lediglich stagnierende Investitionstätigkeit in der Ernährungswirtschaft zu erwarten. Die Investitionen werden sich dabei mehr auf Umstrukturierungsmaßnahmen oder Ersatzbeschaffungen und weniger auf Kapazitätserweiterung beziehen.

Die Staatsschuldenkrise und rezessive Tendenzen in Teilen des Euroraums könnten darüber hinaus das Auslandsgeschäft beeinträchtigen. Mittel- und langfristig besitzt der Export von Lebensmitteln jedoch weiteres Wachstumspotenzial. Denn weltweit steigende Bevölkerungszahlen und höhere Einkommen dürften die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus Deutschland insbesondere außerhalb der Europäischen Union beflügeln.







Manche Agrarrohstoffe sind im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert. Deshalb wurden sie von Investoren als neue, attraktive Anlageklasse entdeckt. Agrarrohstoffe, wie beispielsweise Mais, Soja oder Weizen, werden an internationalen Warenterminbörsen gehandelt.

Informationen zum Geschäftsjahr 2011

Fördertätigkeit für die Agrarwirtschaft

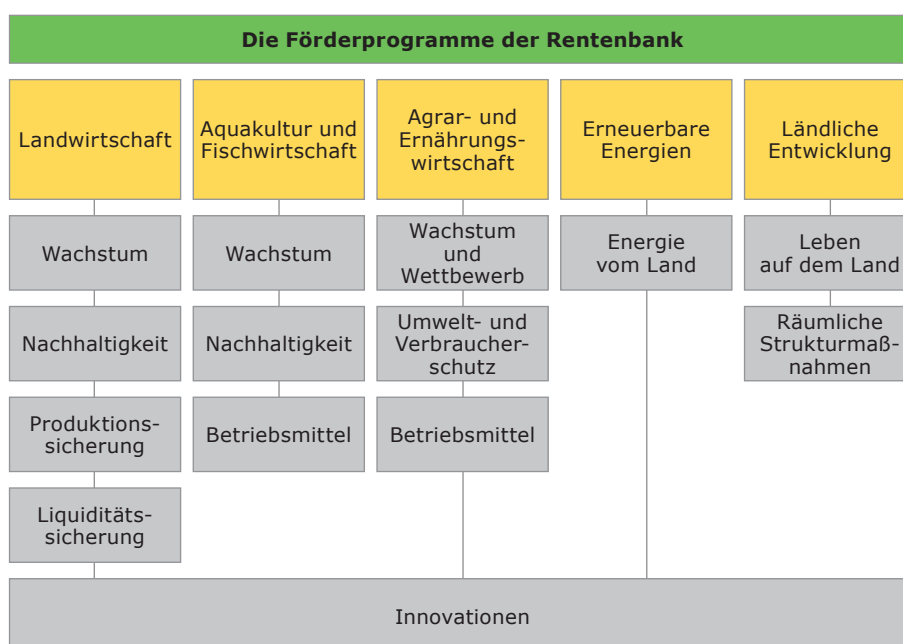
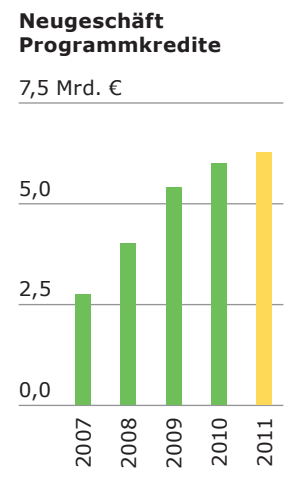
Programmkredite: Förderung erreicht erneut Rekordniveau

Die Programmkredite für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stehen im Zentrum unserer Förderstrategie. Das Zusagevolumen erreichte im Berichtsjahr ein neues Rekordniveau, nachdem es bereits in den Vorjahren kontinuierlich gestiegen war. Die landwirtschaftlichen Unternehmen nutzten auch im Jahr 2011 das günstige Investitionsumfeld, insbesondere für Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien. Der Schwerpunkt lag dort bei Biogasprojekten, gefolgt von Fotovoltaik- und Windkraftfinanzierungen. Der Kreditbedarf für den Kernbereich – Investitionen in die Nahrungsmittelproduktion – lag ebenfalls leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Da sich die wirtschaftliche Situation der landwirtschaftlichen Unternehmen 2011 wesentlich verbesserte, sank die Nachfrage nach Liquiditätshilfedarlehen deutlich. Dennoch haben wir auch im Jahr 2011 Liquiditätshilfeprogramme aufgelegt, um Betriebe zu unterstützen, die beispielsweise durch dioxinverunreinigte Futtermittel, die Warnung vor EHEC-Bakterien oder durch Witterungsschäden erhebliche Ertragsausfälle zu verzeichnen hatten.

Besonders dynamisch entwickelte sich das Neugeschäft zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Hier bieten wir im Wesentlichen Finanzierungen für Infrastrukturmaßnahmen an, und dies oftmals in Kooperation mit den Förderinstituten der Länder.

Das neu eingeführte Förderprogramm „Aquakultur und Fischwirtschaft“ rundet unser Förderangebot für die Agrarwirtschaft ab. Dabei handelt es sich allerdings um einen vergleichsweise kleinen Sektor. Die ersten Finanzierungen wurden getätigt und zeigen, dass sich dieser Sektor weiterentwickelt und Potenziale bestehen.

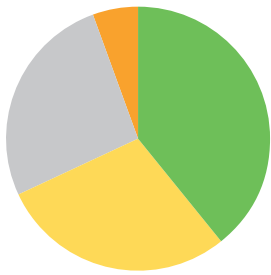


5% mehr Programmkredite zugesagt

Das Neugeschäft mit Programmkrediten konnte erneut gesteigert werden. Es erreichte insgesamt 6,3 Mrd. € (6,0) und lag damit 5 % über dem Vorjahr. Allerdings sank die Anzahl der zugesagten Kredite, da insbesondere das kleinvolumige Liquiditätshilfeprogramm deutlich weniger in Anspruch genommen wurde. Im Jahr 2011 sagten wir 20 949 Einzelkredite (26 234) zu.

Neugeschäft Programmkredite in Mio. €	2011	2010
Landwirtschaft	1 652	2 056
<i>darunter zu Top-Konditionen</i>	714	1 141
Aquakultur und Fischwirtschaft	3	-
Agrar- und Ernährungswirtschaft	330	279
Erneuerbare Energien	2 456	2 322
Ländliche Entwicklung	1 808	1 243
Sonstige Programmkredite (inkl. Zweckvermögen)	7	80
Insgesamt	6 256	5 980

Neugeschäft Programmkredite 2011



- Erneuerbare Energien 39,3 %
- Ländliche Entwicklung 28,9 %
- Landwirtschaft 26,4 %
- Übrige 5,4 %

Landwirtschaft: Zunahme bei Flächen- und Maschinenkäufen

Schwerpunkte unseres Neugeschäfts in der Landwirtschaft liegen in der Finanzierung von Gebäuden, Flächen und Maschinen. In diesem Zusammenhang sind auch Hofübernahmen im Wege der Erbfolge wichtig. In diesen Fällen finanzieren wir sowohl Abfindungen als auch Umschuldungen. Im Berichtsjahr stieg vor allem die Nachfrage nach Finanzierungen für Flächen und Maschinenkäufe stark. Flächenkäufe wurden in der Fördersäule „Landwirtschaft“ in Höhe von 402,4 Mio. € (324,1) und Maschinenkäufe in Höhe von 217,0 Mio. € (191,8) zinsgünstig finanziert.

Gebäudefinanzierungen wiesen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr eine leicht rückläufige Tendenz auf. Gebäude finanzieren wir sowohl im Programm „Wachstum“ als auch im Programm „Nachhaltigkeit“. Förderkredite für besonders tiergerechte Haltung, für energiesparende Produktionsweisen oder für Unternehmen des ökologischen Landbaus werden dabei mit einem zusätzlichen Zinsbonus vergeben. Für Gebäude haben wir im Berichtsjahr in beiden Programmen insgesamt 908,1 Mio. € (947,7) neu zugesagt. Dies entspricht einem Rückgang von 4,2 %. Die Nachfrage nach Finanzierungen von Rind- und Milchviehställen entwickelte sich aufgrund der sehr dynamischen Investitionstätigkeit insbesondere in den Grünlandregionen jedoch sehr positiv. Wir sagten hierfür 306,8 Mio. € (283,7) zu. Vor dem Hintergrund der schwierigen Situation an den Märkten für Schweinefleisch und Ferkel entwickelten sich die Zusagen für Schweineställe mit 198,8 Mio. € (216,5) jedoch rückläufig. Auch die Finanzierungen für Geflügelställe lagen mit 137,5 Mio. € (166,0) unter dem Vorjahr.

Insgesamt sagten wir 2011 im Rahmen der Fördersäule „Landwirtschaft“ 1,7 Mrd. € (2,1) zu. Davon entfielen 0,7 Mrd. € (1,1) auf Programmkredite zu Top-Konditionen für Liquiditätshilfen, Junglandwirte sowie besonders förderwürdige Vorhaben im Bereich des Tier- und Umweltschutzes.

Wirtschaftliche Erholung 2011: Rückläufige Nachfrage nach Liquiditätshilfen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahr 2011 für die meisten landwirtschaftlichen Unternehmen wieder deutlich verbessert. Insbesondere die Erzeugerpreise für wichtige Agrarprodukte wie Getreide und Milch zogen weiter an. Daher nahm die Nachfrage nach Liquiditätshilfedarlehen deutlich ab. Insgesamt sagten wir nur noch 44,5 Mio. € für diese Hilfsmaßnahmen zu. Zum Vergleich: 2010 waren es noch 456,0 Mio. €. Ein großer Teil des Zusagevolumens des Vorjahres war mit einer zusätzlichen Zinsverbilligung des Bundes ausgestattet.

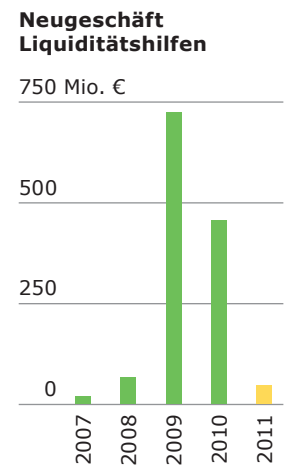
Auch im vergangenen Jahr gab es Betriebszweige, die wirtschaftliche Einbußen verzeichneten. Hierzu gehören vor allem die Ferkelerzeuger. Die Situation war vergleichbar mit dem Wirtschaftsjahr 2007/08. Niedrigen Absatzpreisen standen hohe Betriebsmittelpreise, vor allem für Futtermittel, gegenüber. Daher öffneten wir unser Liquiditätshilfeprogramm für Ferkelerzeuger. Weiterhin waren Teile des Agrarsektors sowohl von den Folgen der dioxinbelasteten Futtermittel, der Verunreinigung durch EHEC-Bakterien, von Spätfrösten im Frühjahr sowie einer anhaltenden Trockenheitsperiode betroffen. Für tierhaltende Betriebe sagten wir Liquiditätshilfen in Höhe von 33,5 Mio. € zu und für Betriebe mit negativen wirtschaftlichen Folgen in der Pflanzenproduktion 11,1 Mio. €. Hierzu gehörten neben Gartenbaubetrieben auch Unternehmen des Ackerbaus.

Aquakultur und Fischwirtschaft: Nische mit Potenzial

Im vergangenen Jahr haben wir unser Förderangebot um Finanzierungsmöglichkeiten für die Aquakultur und Fischwirtschaft erweitert. Im Rahmen des neuen Förderangebots wird eine Vielzahl von Investitionen finanziert. Beispiele sind die Errichtung bzw. der Erwerb von Aquakulturanlagen und Teichwirtschaften. Besondere Aufmerksamkeit richten wir dabei auf Finanzierungen, die zum Umwelt- und Verbraucherschutz beitragen. Die Bandbreite reicht dabei von energetischen und emissionsmindernden Maßnahmen bis hin zur ökologischen Aquakultur und der Direktvermarktung. Im Berichtsjahr sagten wir in diesem Bereich Förderkredite in Höhe von 2,8 Mio. € zu. Wir sehen für die Aquakultur weiteres Wachstumspotenzial. Jedoch gestaltet sich die Finanzierung oftmals schwierig, da es sich insbesondere bei den kapitalintensiven Aquakulturanlagen zur Erzeugung von Speisefischen in Kreislaufanlagen um sehr komplexe Vorhaben handelt, für die bisher nur wenige Erfahrungswerte vorliegen.

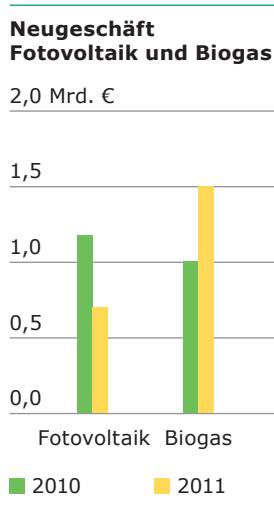
Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ ausgebaut

Über unser Förderangebot für den Kernbereich Landwirtschaft hinaus bieten wir auch Finanzierungen für die komplette Wertschöpfungskette der Produktion von Nahrungsmitteln an. Der Förderbereich „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ trägt damit der zunehmenden Bedeutung vor- und nachgelagerter Wirtschaftsbereiche für eine positive Entwicklung der Landwirtschaft Rechnung. Hierzu gehören zum Beispiel die Lohnunternehmen als Dienstleister der Landwirtschaft oder der Landhandel. Im Berichtsjahr sagten wir insgesamt 329,8 Mio. € (278,9) für vor- und nachgelagerte Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu. Schwerpunkte waren dabei Maschinen- (53 %) und Gebäudefinanzierungen (32 %).



Erneuerbare Energien: Wachstumsimpulse durch Biogas und Windkraft

Im vergangenen Jahr waren der Ausstieg aus der Atomkraft und der Umbau der Stromversorgung in Deutschland hin zu mehr erneuerbaren Energien ein zentrales politisches Leitmotiv („Energiewende“). Die Agrarwirtschaft leistete im Jahr 2011 erneut einen wichtigen Beitrag zum Ausbau erneuerbarer Energien. Das spiegelt sich in unserem Fördergeschäft wider: Insgesamt sagten wir 2,5 Mrd. € (2,3) über das Programm „Energie vom Land“ zu, 6 % mehr als im Vorjahr. Der größte Teil entfiel auf die Finanzierung von Biogasanlagen. Hier betrug das Neugeschäft 1 472,6 Mio. € (1 000,2). Die überwiegend landwirtschaftlichen Investoren nutzten die günstigen Rahmenbedingungen des EEG zum Ausbau ihrer Kapazitäten. Durch die Novellierung des EEG zum Jahresbeginn wurde die Vergütungsstruktur deutlich verändert. Daher bleibt abzuwarten, wie sich das Investitionsverhalten zukünftig entwickeln wird.



Fotovoltaikfinanzierungen waren im Berichtszeitraum deutlich rückläufig. Sie sanken gegenüber dem Vorjahr um 40,8 %. Wir sagten Förderkredite in Höhe von 696,2 Mio. € (1 175,8) zu. Das erste Halbjahr des vergangenen Jahres zeichnete sich durch eine vergleichsweise geringe Nachfrage aus, die allerdings im zweiten Halbjahr wieder leicht zunahm. Zum einen wurde die angekündigte Kürzung der Einspeisevergütung im Juli nicht realisiert und zum anderen fielen die Modulpreise. Die weitere Entwicklung bei der Fotovoltaik hängt damit im Wesentlichen von den zukünftigen Modulpreisen und möglichen erneuten Kürzungen bei der Vergütung ab. Hierbei ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass sich bei den relevanten landwirtschaftlichen Investoren Sättigungstendenzen abzeichnen.

Neben Biogas und Fotovoltaik finanzieren wir im Programm „Energie vom Land“ den Bau von Windkraftanlagen. Gegenüber dem Vorjahr konnten wir das Finanzierungsvolumen mehr als verdoppeln – es stieg von 113,2 auf 271,7 Mio. €. Der Ausbau von Windkraftanlagen ist in den norddeutschen Bundesländern aufgrund der zahlreichen guten Standorte fortgeschritten. Es ist jedoch weiteres Potenzial vorhanden, unter anderem auch durch den Ersatz von kleineren Windrädern durch größere Anlagen (Repowering). In den südlichen Bundesländern wurde der Ausbau bisher nicht so intensiv betrieben, es besteht daher dort noch ungenutztes Potenzial. Dieses soll jetzt im Zuge der Energiewende stärker genutzt werden und dürfte dann auch zu einer höheren Kreditnachfrage in diesen Regionen führen. Gerade für den ländlichen Raum ergeben sich durch den Ausbau von Windkraftanlagen Chancen, vor allem, wenn die Projekte im Rahmen von sogenannten „Bauern- und Bürgerwindparks“ durchgeführt werden.

Unsere Förderung erneuerbarer Energien erstreckt sich auch auf die Finanzierung von nachwachsenden Rohstoffen für energetische Zwecke, wie z. B. Holzhackschnitzelheizungen. Hier sank das Förderneugeschäft jedoch auf 14,9 Mio. € (31,8).

Förderung von nachhaltigen Vorhaben mit 2,7 Mrd. €

Nicht nur Investitionen in erneuerbare Energien tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Wir förderten 2011 in unseren Programmen „Nachhaltigkeit“ und „Umwelt- und Verbraucherschutz“ auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Minderung von Emissionen

sowie zur Förderung des Verbraucherschutzes und des ökologischen Landbaus. Einschließlich der Förderung erneuerbarer Energien unterstützen wir Investitionen in nachhaltig wirksame Projekte mit insgesamt 2,7 Mrd. € (2,5).

Förderschwerpunkt „Ländliche Entwicklung“ mit deutlichem Zuwachs

Die ländliche Entwicklung fördern wir überwiegend über Globalrefinanzierungsvereinbarungen mit Förderbanken der Bundesländer. Mit diesen Mitteln werden Darlehensprogramme der Länder zur Förderung des ländlichen Raums refinanziert. Die Zusammenarbeit mit den Landesförderinstituten wurde deutlich ausgebaut. Auf Basis entsprechender Rahmenverträge sagten wir im Berichtsjahr insgesamt 1,7 Mrd. € (1,2) zu, hauptsächlich für kommunale Infrastrukturmaßnahmen, Wohnungsbau und wasserwirtschaftliche Maßnahmen in ländlichen Räumen.

Unser Förderprogramm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ dient ebenfalls der Finanzierung kommunaler Infrastrukturprojekte in ländlich geprägten Regionen. Es wendet sich an Gemeinden und Zweckverbände im ländlichen Raum und ergänzt so die direkte Förderung der Agrarwirtschaft. Das Neugeschäft nahm 2011 von 23,8 Mio. € auf 146,6 Mio. € zu.

Das Förderprogramm „Leben auf dem Land“ richtet sich an private Investoren, die z. B. in ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude investieren wollen. Hier sank das Zusagevolumen auf 7,8 Mio. € (9,4).

Zukunftssicherung durch Innovationsförderung

Wir engagieren uns in besonderem Maße für die Förderung von Innovationen. Hierfür werden aus dem Zweckvermögen des Bundes Kredite zu sehr günstigen Konditionen bereitgestellt. Im Berichtsjahr lagen die Zinssätze bei 1,5 % (nominal) p. a. Nach Genehmigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bewilligten wir im vergangenen Jahr 26 (16) Darlehen über insgesamt 7,6 Mio. € (5,7). Darüber hinaus erhielten ausgewählte Projekte Zuschüsse in Höhe von insgesamt 2,3 Mio. € (3,2) aus Mitteln des Zweckvermögens. Diese flossen in Machbarkeitsstudien und die Entwicklung von Prototypen.

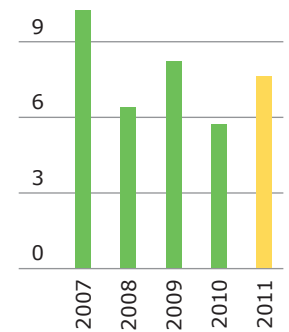
Das Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank entstand 1952 auf Basis des Entschuldungsabwicklungsgesetzes. Die Rentenbank verwaltet es treuhänderisch für den Bund und führt dem Zweckvermögen jährlich die Hälfte des Bilanzgewinns des Vorjahres zu. Im Jahr 2011 waren das 5,9 Mio. € (5,6). Am Jahresresultimo belief sich das Eigenkapital des Zweckvermögens (HGB) auf 97,9 Mio. € (94,5).

Leasinggeschäft bei erneuerbaren Energien rückläufig

Die Möglichkeit zur Refinanzierung von Leasinggeschäften im Rahmen unserer Programmkredite besteht seit 2008. Unsere Leasingangebote werden dabei sowohl zur Finanzierung von erneuerbaren Energien, insbesondere für Fotovoltaikanlagen, als auch für die Maschinenfinanzierung eingesetzt. Das Leasingvolumen für erneuerbare Energien sank von 115,4 Mio. € auf 60,2 Mio. €. Allerdings nahm dafür die Leasingrefinanzierung für Maschinen deutlich zu. Lag das Volumen 2010 noch bei 0,5 Mio. €, wurden im Berichtsjahr 27,0 Mio. € refinanziert.

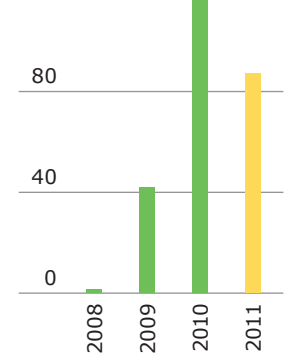
Innovationsförderung aus dem Zweckvermögen
(Darlehen)

12 Mio. €



Neugeschäft Leasing

120 Mio. €



Regionale Verteilung der Programmkredite

Entsprechend der unterschiedlichen Bedeutung der Agrarwirtschaft zeigt die regionale Verteilung des Neugeschäfts unserer Programmkredite traditionell Schwerpunkte in den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern. Während das Neugeschäft 2011 in Niedersachsen trotz des hohen Vorjahresniveaus noch einmal zulegte, nahm es in Schleswig-Holstein und Bayern ab. Weitere Rückgänge sind in Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland zu verzeichnen. Besonders dynamisch entwickelte sich das Förderneugeschäft hingegen in Brandenburg.

Programmkredite nach Bundesländern 2011

(ohne Sonstige Programmkredite)

	Anteil	Betrag	zum Vj.
	in %	in Mio. €	in %
Niedersachsen	25,3	1 582,3	3,5
Schleswig-Holstein	14,6	911,1	-1,1
Bayern	11,8	737,4	-26,3
Nordrhein-Westfalen	9,8	610,1	24,9
Baden-Württemberg	8,7	543,0	21,7
Brandenburg	7,5	468,3	233,1
Sachsen-Anhalt	5,7	357,7	75,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,8	299,4	25,8
Sachsen	3,5	221,5	47,7
Rheinland-Pfalz	3,3	204,3	-46,5
Thüringen	3,2	199,1	54,9
Hessen	1,5	94,9	-62,9
Hamburg	0,2	15,4	42,1
Bremen	0,1	7,6	86,6
Saarland	0,0	2,7	-51,7
Berlin	0,0	1,4	23,5
Insgesamt	100,0	6 256,2	5,9

Allgemeine Förderkredite unter Vorjahr

Neben unseren Programmkrediten für spezielle Verwendungszwecke fördern wir die Agrarwirtschaft auch durch allgemeine Förderkredite. In dieser Sparte sagten wir im Berichtsjahr mit 1,8 Mrd. € (1,9) etwas weniger zu. Die durchschnittliche Laufzeit betrug bei den allgemeinen Förderkrediten 7,3 Jahre (7,1) und liegt damit etwas höher als bei den neu bewilligten Programmkrediten mit 6,3 Jahren (5,9). Das Neugeschäft mit verbrieften Finanzierungen sank im Berichtsjahr auf 3,8 Mrd. € (4,3). Insgesamt erreichten die Abschlüsse im Fördergeschäft 2011 11,9 Mrd. € (12,2).

Neugeschäft Förderkredite in Mio. €	2011	2010
Programmkredite	6 256	5 980
Allgemeine Förderkredite	1 817	1 877
Verbrieftete Finanzierungen	3 845	4 347
Insgesamt	11 918	12 204

Bilanz (HGB): Fördervolumen gestiegen

Die lebhafte Nachfrage nach Programmkrediten hatte ein kräftiges Wachstum des Kreditbestands dieser Fördersparte zur Folge. Am 31.12.2011 valutierten die Programmkredite mit 26,8 Mrd. € (23,0) und übertrafen damit das Niveau des Vorjahres um 16,5 %. Ihr Anteil am Fördervolumen stieg auf 40 % (35). In der Bilanz wuchs der Bestand an Förderkrediten insgesamt um 3,5 % auf 44,1 Mrd. € (42,6). Auszahlungen von 8,2 Mrd. € (7,6) standen Tilgungen in Höhe von 6,7 Mrd. € (6,8) gegenüber. Die verbrieften Finanzierungen, die in der Bilanz in der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ erfasst werden, sanken auf 22,6 Mrd. € (23,9). Das gesamte Fördervolumen erreichte 2011 66,7 Mrd. € (66,5) und lag damit um 0,3 % über dem Vorjahr.

Förderungsfonds und Rehwinkel-Stiftung

Der Förderungsfonds: Forschung und Weiterbildung im Fokus

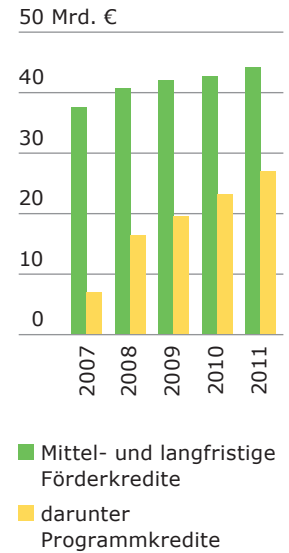
Der Bilanzgewinn der Landwirtschaftlichen Rentenbank wird für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet und je zur Hälfte dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds zugeführt.

Dem Förderungsfonds standen im Berichtsjahr 6,2 Mio. € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurden sowohl Einzelprojekte finanziell unterstützt als auch Institutionen, die für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume tätig sind. Neben agrarbezogenen Forschungsvorhaben gehören dazu praxisorientierte Modellprojekte, Fortbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen. Seit vielen Jahren werden auch die Landjugendarbeit, die Landseniorenarbeit und der LandFrauenverband vom Förderungsfonds unterstützt.

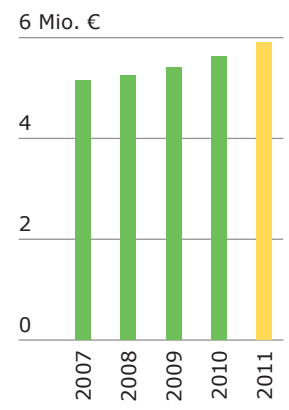
Die Förderung agrarbezogener Forschung bildete auch 2011 einen Schwerpunkt des Förderungsfonds. Fördermittel erhielten z. B. neben dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und anderen Einrichtungen zur Wissenschaftsförderung auch der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften sowie das Institut für ländliche Strukturforschung der Universität Frankfurt am Main, das Institut für Strukturforschung und Planung in landwirtschaftlichen Intensivgebieten (ISPA) der Hochschule Vechta, das Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung der Universität Göttingen und die Tierärztliche Hochschule Hannover. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Zuschüsse für die Weiterbildung des landwirtschaftlichen Berufsstands. In nennenswertem Umfang erhielt z. B. die Andreas Hermes Akademie für den Unterrichts- und Lehrbetrieb Mittel aus dem Förderungsfonds. Ebenso wurden Seminare und Fortbildungsveranstaltungen der Bildungsstätte des deutschen Gartenbaus, der Bundeslehranstalt Burg Warberg, des Informations- und Forschungszentrums für Ernährungswirtschaft (ife) Kiel und des Vereins zur Förderung der Land- und Forstarbeiter (VLF) unterstützt. Projekte der Ernährungsbildung für Kinder und Jugendliche wurden ebenfalls gefördert, z. B. das Schulgartenprojekt „Kids an die Knolle“.

Auch im abgelaufenen Jahr unterstützten wir zahlreiche Projekte und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Image-Werbung verschiedener landwirtschaftlicher Institutionen. Dazu zählte u. a. der Erlebnisbauernhof

Bestand mittel- und langfristiger Förderkredite (HGB)



Mittelzufluss an den Förderungsfonds

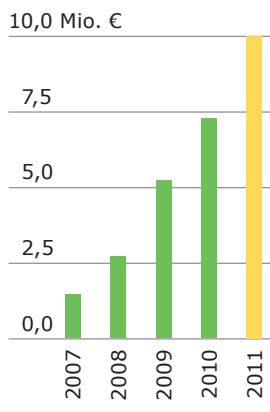


auf der „Grünen Woche“ in Berlin sowie die Kampagne „Das ist unsere Landwirtschaft“, die Verbrauchern auf zahlreichen Veranstaltungen ein modernes Bild der Landwirtschaft vermittelt. Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und der Verband der Landwirtschaftskammern erhielten finanzielle Mittel zur Fortsetzung des gemeinsamen Projekts „bio-offensive“, das den Landwirten die Umstellung auf den Ökolandbau erleichtern soll. Weiterhin wird die vierteljährliche Erhebung des Geschäftsklimas in der Landwirtschaft im Rahmen des „Konjunkturbarometers Agrar“ zum großen Teil aus Mitteln des Förderungsfonds finanziert.

Edmund Rehwinkel-Stiftung: Förderung wissenschaftlicher Arbeiten

Im Sinne ihres Namensgebers verfolgt die Edmund Rehwinkel-Stiftung das Ziel, agrarwissenschaftliche Forschungstätigkeit und Forschungsprojekte mit hohem praktischen Nutzen für die Landwirtschaft zu fördern. Die Stiftung wurde 1974 von der Rentenbank zu Ehren des langjährigen Vorsitzenden ihres Verwaltungsrats gegründet. Seit Dezember 2007 ist die Edmund Rehwinkel-Stiftung eine rechtlich eigenständige Stiftung bürgerlichen Rechts. Die Rentenbank stockte das Stiftungskapital 2011 um 2,74 Mio. € auf nunmehr 10 Mio. € auf.

**Rehwinkel-Stiftung:
Stiftungskapital zum
31.12.**



Die Stiftung schreibt jährlich Forschungsprojekte zu wechselnden aktuellen Themen aus. Einmal im Jahr werden die Ergebnisse im Rahmen eines Symposiums vorgestellt. Das Symposium zum Thema der Ausschreibung 2010, „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union nach 2013“, fand im Mai 2011 in Berlin statt. Die fünf geförderten Studien analysieren mit unterschiedlichem Fokus den bis dahin erfolgten Reformprozess. Die praxisnahen Forschungsarbeiten sind im Band 27 der Rentenbank-Schriftenreihe veröffentlicht.

Mit der Ausschreibung 2011 förderte die Stiftung wissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Veredlungsstandort Deutschland – Herausforderung von Gesellschaft, Politik und Märkten“. Die Ergebnisse werden im Mai auf dem diesjährigen Symposium in Berlin vorgestellt. Aktuell fördert die Edmund Rehwinkel-Stiftung Studien mit dem Schwerpunkt „Sicherung der Welt-ernährung bei knappen Ressourcen“.

Im Berichtsjahr führte die Stiftung ihr Engagement beim Thema Risikomanagement in der Landwirtschaft fort. Ausgehend vom 2010 veröffentlichten Praxisleitfaden mit Checkliste gab die Stiftung die Entwicklung eines Softwaretools zum Risikomanagement in Auftrag. Dieses ermöglicht den Nutzern, Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß betrieblicher Risiken zu bewerten sowie geeignete Instrumente des Risikomanagements auszuwählen. Damit können die Nutzer die Risikosituation ihres Betriebs und ihr bisheriges Risikomanagement besser beurteilen und Maßnahmen zur Absicherung einleiten.

Die Stiftung vergab auch 2011 wieder zwei Stipendien an Studierende der Agrar- und Ernährungswissenschaften. Das Stipendium wird für zwei Jahre gewährt und umfasst neben einer monatlichen finanziellen Unterstützung für die Stipendiaten auch die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch Seminare. Das Angebot richtet sich an Studierende, die ihren Masterabschluss an einer deutschen Hochschule anstreben. Auch im laufenden Jahr werden wieder zwei neue Stipendien vergeben.



Erster 6730.54
Höchst 6751.08
Tiefst 6712.75
Letzter 6738.43
17:03:11
Veränderung -50.37 -0.74 %



15 15:30 16:00 16:30 17:00



Category	Symbol	Value 1	Value 2	Value 3	Value 4	Value 5	Change
Retail	CLSI	14.02	14.53	14.66	14.45	14.66	-0.19
	DDU	34.07	34.05	34.05	33.94	33.93	0.12
	FIE	71.29	71.15	71.15	70.31	70.31	0.98
Consumer	RDS	56.80	56.70	56.70	55.65	55.97	0.83
	BEI	46.66	46.70	46.70	46.22	46.28	0.37
	GW1	27.30	27.00	27.21	26.87	27.21	0.08
	HEN3	47.19	47.09	47.09	46.33	46.33	0.86
	BOS3	77.45	76.55	77.77	76.50	77.77	0.32
	PUM	243.84					
Media	KDD	38.61	38.32	38.32	38.32	38.32	0.28
	PSM	18.44	18.37	18.44	18.37	18.44	0.00
	SPR	36.44	36.05	36.24	35.78	36.24	0.19

Category	Symbol	Value 1	Value 2	Value 3	Value 4	Value 5	Change
Technology	ADV	4.26		4.24	4.24	4.15	0.09
	AUS	9.06		9.25	9.25	9.18	0.07
	KBC	6.10		6.13	6.13	6.05	0.08
	SNHN	8.22		8.15	8.15	8.12	0.03
Basic Resources	HEI	38.65	38.00	38.37	38.00	38.00	0.37
	BYW6	30.05	30.03	30.03	29.91	29.91	0.12
	NDR	44.20	43.90	44.83	43.90	43.90	0.93
	SZ6	47.92	47.94	47.94	46.54	46.54	1.40
Construction	GBF	71.26	70.89	71.08	70.89	70.89	0.19
	HEI	38.65	38.00	38.37	38.00	38.00	0.37
	HOT	53.13	52.92	52.92	52.92	52.39	0.53





Warenterminhandel mit Agrarrohstoffen ist nichts Neues. Allerdings ist sowohl die Anzahl der an den Warenterminbörsen gehandelten Kontrakte als auch die der außerbörslichen Geschäfte in den letzten Jahren stark gestiegen. Dazu wird der Vorwurf erhoben, Finanzinvestoren trieben die Preise für Agrarrohstoffe, verursachten damit große Preisschwankungen und förderten so mittelbar Armut und Hunger. In welchem Maße die Finanzmarktakteure neben den Terminpreisen auch die Kassapreise beeinflussen können, ist allerdings umstritten.

Refinanzierung der Rentenbank

Günstige Refinanzierung trotz volatiler Märkte

Die Krise der Staatsfinanzen in den „peripheren“ Ländern des Euroraums verstärkte das Risikobewusstsein der Investoren und deren Flucht in sichere Anlagen. Als Förderbank des finanzstärksten Staates der EU war die Rentenbank mit Blick auf die Refinanzierungsmöglichkeiten sehr gut positioniert. Der gestiegene Bedarf von Banken an hochwertigen und liquiden Assets im Vorgriff auf die verschärfte Bankenregulierung („Basel III“) kam uns ebenfalls zugute. Abgerundet wurde das positive Bild durch eine nachhaltig starke Nachfrage der Zentralbanken. Diese verzeichneten weiterhin hohe Zuflüsse an Devisenreserven und erwarben zunehmend Titel von „Agencies“ mit bester Bonität wie der Rentenbank. Nach Zinserhöhungen im April und Juli 2011 senkte die Europäische Zentralbank (EZB) im 4. Quartal zweimal den Leitzins und führte den Banken darüber hinaus massiv Liquidität zu. Über unser Euro Commercial Paper (ECP)-Programm konnten wir uns weiterhin zu sehr attraktiven Sätzen refinanzieren.

Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen über Plan

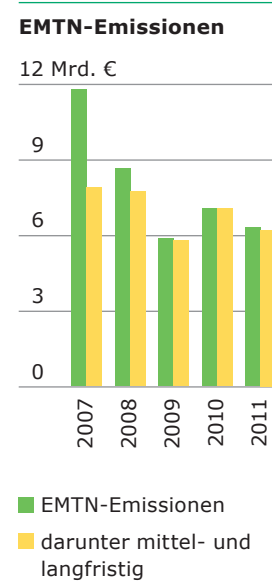
An den in- und ausländischen Kapitalmärkten nahmen wir 12,0 Mrd. € (10,6) mit Laufzeiten von mehr als zwei Jahren auf. Dieses Volumen lag über dem Plan von 10 Mrd. €. Nach Refinanzierungsinstrumenten verteilte sich die Mittelaufnahme wie folgt:

Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen (über 2 Jahre)

	Mrd. €		Anteil in %	
	2011	2010	2011	2010
EMTN	6,2	7,0	51,7	66,0
AUD-MTN	2,0	1,5	16,6	14,2
Globalanleihen	2,9	2,0	24,2	18,9
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,3	0,0	2,5	0,0
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,6	0,1	5,0	0,9
Summe	12,0	10,6	100,0	100,0

EMTN-Programm weiterhin führend

Mit einem Programmvolumen von 60 Mrd. € ist unser Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm das wichtigste Refinanzierungsinstrument. Die Programmauslastung betrug am Jahresende 37,8 Mrd. € (36,2). Aus dem EMTN-Programm können Emissionen in allen gängigen Währungen mit unterschiedlichen Beträgen und Laufzeiten sowie einer standardisierten Dokumentation begeben werden. Im Berichtsjahr nutzten wir das Programm für die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln im gesamten Laufzeitenspektrum, schwerpunktmäßig aber im mittel- und langfristigen Bereich. Der Absatz von Emissionen mit Laufzeiten über zwei Jahren erreichte 6,2 Mrd. € (7,0), einschließlich einer erfolgreich am Markt platzierten Benchmark-Emission über 1,25 Mrd. € mit zehnjähriger Laufzeit. Über variabel verzinsliche Euro-Emissionen nahmen wir 1,0 Mrd. € auf. Transaktionen in US-Dollar trugen 1,3 Mrd. € zur Refinanzierung bei. Über das EMTN-Programm refi-



nanzierten wir uns außerdem in acht weiteren Währungen. Im Berichtsjahr wurden Emissionen mit kurzen Laufzeiten bis zu zwei Jahren in Höhe von 0,1 Mrd. € (0,0) begeben.

Erfolgreiche US-Dollar-Globalanleihen

Seit 2001 nutzt die Rentenbank Globalanleihen als Refinanzierungsinstrument. Diese ermöglichen den Zugang zum US-Markt und unterstreichen unsere Positionierung als „Agency“ auf dem internationalen Kapitalmarkt. Auf Globalanleihen entfielen im Berichtsjahr 2,9 Mrd. € (2,0) bzw. 24,2% (18,9) des mittel- und langfristigen Kapitalaufkommens. Neben zwei fünfjährigen Globalanleihen über 1,0 und 1,5 Mrd. USD konnten wir im September eine Globalanleihe mit siebenjähriger Laufzeit über 1,5 Mrd. USD emittieren. Unsere Emissionen wurden überwiegend bei Zentralbanken und anderen offiziellen Stellen platziert.

Rekord-Emissionsvolumen im „Kangaroo“-Markt

Im Berichtsjahr platzierten wir im australischen Inlandmarkt „Kangaroo“-Bonds über 2,65 Mrd. Australische Dollar (AUD) im Gegenwert von 2,0 Mrd. € (1,5) aus dem AUD-MTN-Programm. Beide Beträge stellten eine neue Höchstmarke für uns dar. Mit einem ausstehenden Volumen von 8,3 Mrd. AUD war die Rentenbank weiterhin die drittgrößte ausländische Emittentin in diesem Marktsegment. Im Rahmen unserer Refinanzierung ist der „Kangaroo“-Markt damit eine wichtige strategische Säule.

Inländische Instrumente auf niedrigem Niveau

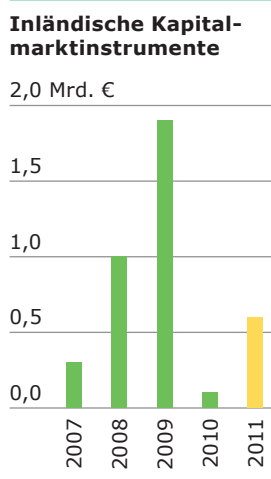
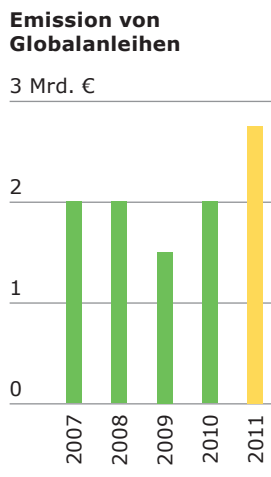
Mit inländischen Kapitalmarktinstrumenten sprechen wir insbesondere inländische Versicherungen an. Diese haben einen langen Anlagehorizont. Refinanzierungsmittel mit Laufzeiten über 10 Jahre benötigen wir aber nur in geringem Umfang. Der Absatz von Namenspapieren spielte mit 0,6 Mrd. € (0,1) deshalb für unsere Refinanzierung nur eine untergeordnete Rolle.

Geringere Auslastung des ECP-Programms

Innerhalb der kurzfristigen Refinanzierung sind Emissionen aus dem 20 Mrd. € ECP-Programm nach wie vor von großer Bedeutung. Dabei handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen mit unterjährigen Laufzeiten, die in abgezinsten, aufgezinsten oder indexierter Form begeben werden und auf einer entsprechenden Rahmendokumentation basieren. Die Präferenz für Schuldner mit höchster Bonität ermöglichte auch im Berichtsjahr den Absatz unserer ECP-Emissionen zu besonders günstigen Konditionen. Im Jahresdurchschnitt war das Programm mit 6,3 Mrd. € (10,3) ausgelastet. Am Jahresende betrug die Auslastung 7,0 Mrd. € (10,1).

Nullgewichtung für Rentenbank-Anleihen

Seit 1. Januar 2007 sind Forderungen gegen die Rentenbank gemäß § 28 der Solvabilitätsverordnung (SolvV) hinsichtlich der Risikogewichtung Emissionen der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Im Kreditrisiko-Standardansatz müssen Kreditinstitute in Deutschland und anderen EU-Staaten diese nicht mit Eigenkapital unterlegen. Gerade in Zeiten der



Finanzmarktkrise erweist sich daher die Nullgewichtung für unsere Emissionstätigkeit als besonders nützlich. Sie erschließt uns zusätzliche Absatzmöglichkeiten bei nationalen und internationalen Investoren.

Banken wichtigste Investorengruppe

Im Berichtsjahr erreichte der bei Banken platzierte Anteil am mittel- und langfristigen Emissionsvolumen 44 % (47). Diese Käufergruppe suchte nullgewichtete Papiere bester Bonität mit attraktiven Spreads, um damit Kapital- bzw. Risikokosten zu minimieren. Auch die geplante Verschärfung der Liquiditätsanforderungen im Rahmen von „Basel III“ wirkt sich tendenziell positiv auf die Nachfrage der Banken aus, da diese künftig einen Bestand an hochwertigen Aktiva als Liquiditätspuffer halten müssen. Auch Zentralbanken und andere offizielle Stellen spielten mit 30 % (32) eine wichtige Rolle. Während ihr Anteil ebenfalls leicht zurück ging, waren Versicherungen, Unternehmen und Pensionsfonds mit 10 % (8) stärker vertreten. Auch der Anteil der Asset-Manager stieg von 13 % auf 16 %.

Die geografische Verteilung unserer Investoren wies ein besonders breites Spektrum auf. Dabei lag der Auslandsanteil mit 77 % (82) weiterhin auf hohem Niveau. Der Anteil europäischer Adressen war mit 51 % (52) nahezu unverändert. Auch die Nachfrage asiatischer Käufer sowie amerikanischer Investoren entsprach mit 24 % bzw. 14 % dem Vorjahresniveau. Weitere 8 % (6) unserer Emissionen setzten wir in Neuseeland und Australien ab, die restlichen 3 % (4) im Mittleren Osten.

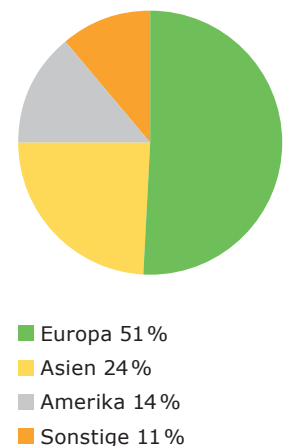
Euro wichtigste Emissionswährung

Das mittel- und langfristige Emissionsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr auf zehn Währungen. Der Euro war wichtigste Emissionswährung und lag mit einem Anteil von 38 % (35) leicht vor dem US-Dollar. Dieser fiel mit 36 % (42) auf den zweiten Platz zurück. Den dritten Rang nahm mit 17 % (16) erneut der Australische Dollar ein. Er konnte seinen Anteil leicht ausbauen. Die übrigen 9 % des mittel- und langfristigen Mittelaufkommens verteilten sich auf Anleihen in Brasilianischen Real, Norwegischen Kronen, Britischen Pfund, Schwedischen Kronen, Neuseeländischen Dollar, Türkischen Lira und Südafrikanischen Rand.

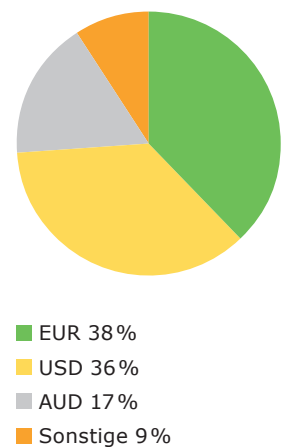
Rentenbank-Emissionen als refinanzierungsfähige Sicherheiten

Unsere auf Euro lautenden börsennotierten Emissionen erfüllen die Anforderungen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) an refinanzierungsfähige Kategorie-1-Sicherheiten. Unsere Anleihen sind in die Liquiditätskategorie II eingestuft. Nur die Anleihen von Zentralbanken und Zentralstaaten werden der höheren Kategorie I zugeordnet. Die Liquiditätskategorie II beinhaltet u. a. Anleihen supranationaler Institutionen und Emissionen von Instituten mit öffentlichem Förderauftrag. Ferner erkennt die Reserve Bank of Australia unsere „Kangaroo“-Bonds und die Reserve Bank of New Zealand unsere „Kauri“-Bonds als refinanzierungsfähige Sicherheiten an. Auch in privaten Repo-Märkten genießen unsere ungedeckten Emissionen eine bevorzugte Stellung. So akzeptiert z. B. die EUREX unsere Titel als Sicherheiten für den „GC Pooling ECB Basket“. Sie trägt damit der besonderen Sicherheit unserer Schuldverschreibungen Rechnung.

Mittel- und langfristige Emissionen 2011 nach Regionen



Mittel- und langfristige Emissionen 2011 nach Währungen



Rentenbank in den wichtigsten Bond-Indizes

Unsere großvolumigen Euro- und Dollar-Anleihen sind in den wichtigsten Rentenindizes enthalten, wie u. a. im „iBoxx Euro Index“, dem „Barclays Capital Euro Aggregate Bond Index“ bzw. „Barclays Capital U.S. Aggregate Bond Index“ sowie dem „Morgan Stanley MSCI Eurodollar Credit Index“. Indizes messen die Performance nationaler oder internationaler Marktsegmente. Die Aufnahme in einen Index verbessert deshalb die Absatzmöglichkeiten einer Anleihe, weil viele institutionelle Investoren an deren Wertentwicklung gemessen werden und folglich auch danach steuern.

Bestand mittel- und langfristiger Fremdmittel

Die zur Refinanzierung insgesamt eingesetzten mittel- und langfristigen Fremdmittel beliefen sich am Bilanzstichtag auf 62,7 Mrd. € (58,6). Der Umlauf von Schuldverschreibungen betrug 60,2 Mrd. € (56,4). Das Volumen der platzierten Schuldscheine betrug unverändert 1,2 Mrd. € (1,2). Die sonstigen Kapitalmarktmittel stiegen auf 1,3 Mrd. € (1,0).

Geldgeschäft

Zur Refinanzierung des kurzfristigen Kreditgeschäfts, zur Liquiditätssteuerung und zur Sicherung des kurzfristigen Zinsänderungsrisikos setzen wir eine Vielzahl von Instrumenten ein. Die Mittelaufnahme erfolgt über das ECP- und das EMTN-Programm, über Tages- und Termingelder im Interbankenmarkt, Repogeschäfte mit der EUREX sowie über Refinanzierungsfazilitäten bei der EZB. Das Zinsänderungsrisiko steuern wir darüber hinaus mittels Derivaten. Das Einlagengeschäft mit Nichtbanken betreiben wir in geringem Umfang und nur im Rahmen unserer öffentlichen Förderaufgaben.

Aktienhandel

Mit Aktien handeln wir grundsätzlich nicht. Unsere Aktienbestände stehen daher nur im Zusammenhang mit Beteiligungsunternehmen.

Aktiv-Passiv-Steuerung

Regulierung des Liquiditätsrisiko-Managements deutlich verstärkt

Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise sind insbesondere Liquiditätsrisiken in der Finanzbranche stärker in das Blickfeld gerückt. Die Rentenbank hat der Steuerung dieser Risiken schon immer eine hohe Bedeutung beigemessen. Entsprechend wurden die Liquiditätsrisiken der Bank vom Vorstand limitiert. Liquiditätsrisiken in Fremdwährungen schließen wir durch Sicherungsgeschäfte aus. Unsere Risikomessung beschränkt sich deshalb auf Euro-Zahlungen. In der kurzfristigen Liquidität werden alle planmäßigen Euro-Ein- und -Auszahlungen der nächsten zwei Jahre auf Tagesbasis saldiert. Negative Salden müssen stets innerhalb unserer freien Refinanzierungsfazilitäten liegen. Dieser Spielraum wird durch weitere Vorgaben zusätzlich eingeschränkt. Hierdurch ist die Liquidität der Bank jederzeit sichergestellt, selbst wenn Marktstörungen die normalen

Refinanzierungsmöglichkeiten einschränken sollten. Im Rahmen der strategischen Liquiditätssteuerung werden im kurzfristigen Liquiditätsstatus zusätzlich Risikoszenarien betrachtet.

Das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko wird auf Quartalsbasis ermittelt. Dies erfolgt durch eine Gegenüberstellung der planmäßigen Fälligkeiten aller Geschäfte für die jeweils folgenden 15 Jahre. Der offene Liquiditäts-saldo darf ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht überschreiten.

Die sich abzeichnenden Änderungen im regulativen Umfeld z. B. aus der Einführung neuer Liquiditätskennziffern im Rahmen von „Basel III“ beobachten wir ebenfalls und stellen uns darauf ein.

Steuerung des Zinsänderungsrisikos

Unser Festsatzaktivgeschäft sowie die auf Euro lautenden Emissionen werden vorwiegend durch Zinsswaps in variable Positionen getauscht. Die auf Fremdwährungen lautenden Emissionserlöse sowie die Fremdwährungsaktivgeschäfte tauschen wir zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken ebenfalls nahezu ausschließlich über Zins-Währungsswaps (Cross-Currency-Swaps) oder Zins- und Basisswaps in variabel verzinsliche und auf Euro lautende Positionen. Auch die mit der Emission von strukturierten Anleihen verbundenen Marktpreisrisiken – z. B. Währungs-, Aktien- und Optionsrisiken – sichern wir durch derivative Instrumente ab. Die kurzfristigen Zinsänderungsrisiken aus variablen Aktiv- und Passivgeschäften werden im Geldgeschäft gesteuert. Mit diesem Ansatz können wir Marktpreisrisiken getrennt von der Gesamtbankliquidität flexibel und marktreintiert steuern.

Die auf Festzinsbasis abgeschlossenen Programmkredite werden ebenfalls generell über Zinsswaps in variable Zinspositionen getauscht oder aber durch traditionelle Kapitalmarktinstrumente laufzeitkongruent refinanziert.

Die Überwachung der Risikoposition aus dem Geldgeschäft, den Liquiditätsbeständen sowie dem Kreditgeschäft erfolgt auf der Basis eines täglichen Risikoreportings, mit dem u. a. das Marktrisiko mittels einer Verschiebung der Zinskurve ermittelt wird. Die Bewertung von Marktpreisrisiken erfolgt unter Beachtung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Derivate sichern Marktpreisrisiken ab

Zur Zins- und Währungssicherung wurden im Berichtsjahr Swaps in Höhe von 27,4 Mrd. € (27,0) abgeschlossen. Davon entfielen 18,6 Mrd. € (16,6) auf Zinsswaps und 8,8 Mrd. € (10,4) auf Zins-Währungsswaps. Außerdem sicherten wir mit EONIA-Swaps unsere kurzfristigen Zinsrisiken ab. Weiterhin setzten wir Währungsswaps zur Sicherung der Fremdwährungspositionen aus unseren ECP-Emissionstätigkeiten und den kurzfristigen Fremdwährungskrediten ein.

Derivate nutzen wir ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken auf Basis von Mikro- oder Makro-Hedges. Bei Mikro-Hedges ist jeder Swap mit einem konkreten Bilanzgeschäft verknüpft. Mit Makro-Swaps sichern wir hingegen aggre-

gierte Marktpreisrisiken. Schließlich setzen wir auch Swap-Optionen zur Absicherung von Marktpreisrisiken ein.

Das Adressenausfallrisiko der von uns eingesetzten Derivate begrenzen wir durch Abschluss von Besicherungsvereinbarungen mit unseren Swappartnern. Diese decken unser gesamtes Derivateportfolio ab. Neuabschlüsse von Derivattransaktionen sind nur bei Bestehen einer solchen Absicherung möglich.

Weitere Aktivitäten

Hohes Interesse an unseren Informations- und Fortbildungsaktivitäten

In den letzten Jahren hat das Interesse der Banken an der Agrarfinanzierung deutlich zugenommen. Landwirtschaftliche Unternehmen werden als verlässliche und attraktive Kunden geschätzt. Gleichzeitig erfordert das Agrarkreditgeschäft jedoch ein immer fundierteres Fachwissen. Dies gilt sowohl für den Kreditnehmer als auch für den Kreditgeber. Deshalb engagieren wir uns seit Jahren in der Aus- und Fortbildung und bringen unsere Fachkompetenz ein. Unsere Vortrags- und Seminarangebote sind mittlerweile ein fester Bestandteil unserer Fördertätigkeit. Die Angebote richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken und Sparkassen, Unternehmer der Agrarwirtschaft sowie Berater. Schwerpunkte der Fortbildungsaktivitäten sind Themen rund um den Agrarkredit. Hierzu gehören sowohl Informationen über Agrarmärkte und Entwicklungen in der Agrarpolitik als auch betriebswirtschaftliche Themen. Im Berichtsjahr stieß erneut das Themenfeld „Risikomanagement landwirtschaftlicher Betriebe“ auf großes Interesse. Unser Ziel ist es, das Interesse der Kreditinstitute an der Agrarkreditvergabe weiter zu stärken. Daher setzen wir die intensive Schulungs- und Vortrags-tätigkeit auch 2012 fort. Darüber hinaus unterstützen wir Bankentagungen, die in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen und Meinungen zu aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaft und der Agrarfinanzierung dienen.

Messeauftritte der Rentenbank sehr geschätzt

Im Jahr 2011 präsentierten wir unser Leistungsangebot erneut auf zahlreichen überregionalen Fachmessen. Die Rentenbank war mit einem eigenen Stand auf der Biogas-Fachmesse in Nürnberg, auf den Agrarunternehmertagen in Münster, auf der BioFach in Nürnberg und auf der Agritechnica in Hannover vertreten. Mit unseren Messeauftritten verfolgen wir die Ziele, die Bank und ihr Förderangebot weiter bekannt zu machen, im direkten Dialog mit unseren Kunden wichtige Anregungen zu erhalten und Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Unser Informations- und Beratungsangebot stößt bei den Fachbesuchern regelmäßig auf eine große Resonanz. Am Messestand informierten wir zahlreiche investitionswillige Unternehmer aus der Agrarwirtschaft sowie Bankenvertreter und Berater gezielt über unser Förderangebot.

Kulturelles und soziales Engagement

Das Ansehen und die Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt am Main hängen auch vom kulturellen und sozialen Umfeld der Stadt ab. Angesichts

knapper werdender öffentlicher Finanzierungsmittel kommt Unternehmen gerade in diesem Bereich eine zunehmende gesellschaftliche Verantwortung zu. Als in Frankfurt ansässiges Institut unterstützen wir daher vor allem lokale Kulturinstitutionen und einzelne Projekte. Regelmäßig werden u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule unterstützt. In der Städelschule fördern wir dabei junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Über diese regelmäßige Förderung hinaus waren wir im Berichtsjahr z. B. auch Sponsor der Produktion „Die Fledermaus“ und der Operngala 2011 der Oper Frankfurt. Unsere traditionelle Weihnachtspende ging im Berichtsjahr an die in der Kinder- und Jugendarbeit tätige „Arche Frankfurt“ und an den „Förderverein Runder Tisch Streuobstwiesenschutz“ in Frankfurt.

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist Bestandteil des Förderauftrags

Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit gesetzlichem Förderauftrag kommt der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Bereich Nachhaltigkeit eine besondere Verantwortung zu. Dies gilt umso mehr, als der Begriff Nachhaltigkeit ursprünglich der Forstwirtschaft entstammt. Denn in der Land- und Forstwirtschaft ist durch das Denken in Generationen und die Besonderheiten des elementaren nicht reproduzierbaren Produktionsfaktors Boden nachhaltiges unternehmerisches Handeln tief verwurzelt. Die Tätigkeit der Agrarwirtschaft bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen. So kann sie insbesondere auch zum globalen Klimaschutz beitragen.

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln und der Schutz der Umwelt haben daher für die Rentenbank schon lange einen hohen Stellenwert. Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist dabei die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile, ökologische und sozial gerechte Gesellschaft. Mit dem Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank am 1. August 2002 wurden zudem wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns explizit in den Förderauftrag der Bank aufgenommen.

Besonders günstige Konditionen für nachhaltige Investitionen

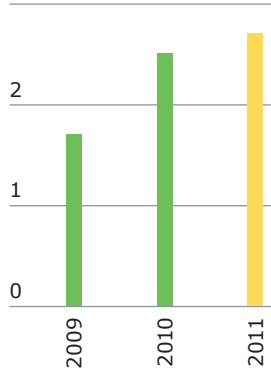
Seit vielen Jahren bietet die Bank zinsgünstige Förderkredite für nachhaltige Investitionen an. 2005 konzentrierte die Rentenbank die Förderung von Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe in erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz in einem eigenen Programm. Diese Förderkredite werden zu besonders günstigen Konditionen angeboten.

Mit der Neustrukturierung des Förderangebots im Jahr 2008 wurden entsprechende Förderprogramme auch für die Ernährungswirtschaft und die der Landwirtschaft vorgelagerten Wirtschaftsbereiche eingeführt. Investitio-

nen in Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, zum Tier- und Verbraucherschutz, ökologischen Landbau und zur regionalen Vermarktung stehen hier im Mittelpunkt. Auch diese Investitionen fördern wir mit besonders günstigen Konditionen. Das ebenfalls 2008 neu aufgelegte Programm „Energie vom Land“ richtet den Fokus darüber hinaus auf die Erzeugung erneuerbarer Energien. Hier hat die Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele des Bundes und der EU übernommen. Die Rentenbank unterstützt die Branche auf diesem Weg.

Neuzusagen für nachhaltig wirksame Projekte

3 Mrd. €



Auch bei der im Jahr 2010 neu eingeführten Fördersäule für die Aquakultur und Fischwirtschaft werden Investitionen, die dem Umwelt- und Ressourcenschutz zugute kommen, mit besonders günstigen Konditionen gefördert. Die nachhaltige Aufzucht von Fischen ist vor dem Hintergrund des Rückgangs natürlicher Fischbestände und einer gleichzeitig weltweit wachsenden Nachfrage eine vergleichsweise neue Herausforderung für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft.

In den letzten Jahren ist das Zusagevolumen unserer Programmkredite für Investitionen mit Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekten stetig gewachsen. Im Geschäftsjahr 2011 förderte die Rentenbank Investitionen von 2,7 Mrd. € (2,5) für nachhaltig wirksame Projekte. Das stetig gestiegene Zusagevolumen spiegelt dabei auch das höhere Engagement der geförderten Unternehmen der Agrarwirtschaft in diesem Bereich wider. Mit der Ausgestaltung unserer Programme verfolgen wir auch in Zukunft das Ziel, Investitionen der Agrarwirtschaft in nachhaltige Projekte besonders zu unterstützen.

Senkung des Ressourcenverbrauchs im internen Bankbetrieb

Als Dienstleistungsunternehmen tragen wir auch in unserem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und gehen sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Wir prüfen außerdem, ob es weitere Potenziale gibt, und beziehen ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit ein. Im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes der Rentenbank stand im Berichtsjahr die Sanierung der in den späten 50er und frühen 60er Jahren errichteten Mitarbeiterwohnungen im Vordergrund. Inzwischen ist die energetische Sanierung von sechs Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 31 Wohneinheiten abgeschlossen. Geplant ist, in den kommenden Jahren sämtliche Wohngebäude der Bank entsprechend der Energieeinsparverordnung (EnEV) energetisch zu sanieren und damit den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken. Darüber hinaus planen wir, auch unser in den 50er Jahren errichtetes und unter Denkmalschutz stehendes Bankgebäude umfassend zu sanieren und zu erweitern. Die wesentlichen stilbildenden Elemente des Gebäudes, wie z. B. die Fassade, das Treppenhaus und der Eingangsbereich, bleiben dabei erhalten. Die Planungen sehen u. a. vor, das Gebäude energetisch auf den neuesten Stand zu bringen. Trotz der umfangreichen Einschränkungen aus Denkmalschutzgründen streben wir eine Gold-Zertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen an.

Nachhaltigkeit auch im Leitbild der Rentenbank verankert

Im Berichtsjahr haben wir ein Leitbild für die Rentenbank entwickelt, in dem unsere Ziele und Werte festgehalten werden. Eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe hat zunächst einen Entwurf erarbeitet, der auf verschiedenen Führungsebenen diskutiert und weiterentwickelt wurde. Sowohl der Nach-

haltigkeitsgedanke unserer Förderpolitik als auch Nachhaltigkeitsaspekte unseres internen Bankbetriebs sind darin maßgeblich verankert. Wir bekennen uns damit auch in unserem Leitbild zu unserer Verantwortung für die nachhaltige Verbesserung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Lebensbedingungen.

Corporate Governance

Rentenbank bekennt sich zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Wirkungsvolle Corporate Governance ist von zentraler Bedeutung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung. Transparentes und verantwortliches Handeln soll dabei nachvollziehbar gemacht werden. Die Rentenbank hat daher den von der Bundesregierung beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK, Stand 30. Juni 2009) mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 16. Juli 2009 übernommen. Der PCGK richtet sich zwar in erster Linie an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, jedoch wird dessen Anwendung Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, wie der Rentenbank als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. das LR-Gesetz) nicht entgegenstehen.

Vorstand und Verwaltungsrat der Rentenbank identifizieren sich mit diesen Grundsätzen. Die Einhaltung der im Kodex enthaltenen international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung liegt ausdrücklich im allgemeinen Bundesinteresse an der Tätigkeit der Rentenbank.

Eventuelle Abweichungen von den Grundsätzen des PCGK werden in der Entsprechenserklärung offengelegt und erläutert.

Leitung und Kontrolle der Bank durch Vorstand und Verwaltungsrat

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohle der Bank eng zusammen und beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Mit dem Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates hält der Vorstand regelmäßig Kontakt, wobei wichtige Fragen der Unternehmensführung und -strategie beraten werden. Im Berichtsjahr hat der Vorstand den Verwaltungsrat vollumfänglich über alle die Bank betreffenden Fragen bezüglich Planung, Risikolage, Risikomanagement, Geschäftsentwicklung und finanzielle Lage unterrichtet.

Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung nach Maßgabe des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und der Satzung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und den gesetzlichen Förderauftrag gebunden.

Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung der Bank. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam

mit dem Vorstand deren langfristige Nachfolge. Der Verwaltungsrat kann über die Regelungen in der Satzung hinaus bestimmte Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen.

Für den Vorstand und den Verwaltungsrat bestehen jeweils Geschäftsordnungen.

Vermeidung von Interessenkonflikten

Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Möglicherweise auftretende Interessenkonflikte im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit sind von den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern des Verwaltungsrates gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dem Verwaltungsrat offenzulegen. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind im Berichtsjahr nicht aufgetreten.

Vergütungsregelung für Vorstand und Verwaltungsrat

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Verwaltungsrat auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung in angemessener Höhe festgelegt. Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder enthält keine Komponenten mit Anreizwirkung, bestimmte Geschäfte oder Risiken einzugehen.

Bei der Bemessungsgrundlage der Tantieme, die für das vergangene Kalenderjahr gezahlt wird und jeweils in der Frühjahrssitzung des Verwaltungsrates festgelegt wird, orientiert sich der Verwaltungsrat an der individuellen Leistung eines Vorstandsmitglieds, der Leistung der Vorstandsmitglieder insgesamt, der wirtschaftlichen Lage sowie dem nachhaltigen Erfolg und den Zukunftsaussichten der Rentenbank. Zur Operationalisierung dieser Kriterien finden quantitative und qualitative Aspekte Berücksichtigung. Eine unmittelbare Verknüpfung der Höhe der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstandes mit einem oder mehreren dieser Kriterien besteht nicht.

Die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder regelt die Satzung. Dabei wird sowohl der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Verwaltungsratsmitglieder als auch der wirtschaftlichen Lage der Rentenbank Rechnung getragen.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und der Verwaltungsratsmitglieder ist im Konzernanhang (Notes) auf den Seiten 146 und 147 aufgeführt.

Transparenz und Information

Transparenz und Information sind für die Bank von besonderer Bedeutung. Die Rentenbank verfolgt bei der Informationsverbreitung den Grundsatz der Gleichbehandlung der Anleger bzw. weiterer Interessenten. Die von der Bank veröffentlichten Informationen sind auch über ihre Internetseiten (www.rentenbank.de) zugänglich. Wesentliche Vorgänge, die geeignet sind, den Börsenpreis der zugelassenen Wertpapiere der Rentenbank zu beeinflussen, werden unverzüglich veröffentlicht.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011 ist nach IFRS erstellt worden. Auch wird ein Einzelabschluss nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften und den besonderen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute aufgestellt und berichtet. Der Verwaltungsrat wählt den Abschlussprüfer, erteilt den Prüfungsauftrag und trifft mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung. Der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanzausschuss achtet auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Abweichungen von den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodexes

Der PCGK richtet sich in erster Linie an Kapitalgesellschaften. Darüber hinaus sind auch andere juristische Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts, deren Gegenstand ein gewerblicher oder sonstiger wirtschaftlicher Betrieb ist, oder einen solchen überwiegend umfasst, Adressaten des PCGK. Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts wird die Beachtung des PCGK empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. gesetzliche Vorgaben zur Ausgestaltung der Unternehmensorgane) nicht entgegenstehen.

Entsprechenserklärung des Vorstandes und des Verwaltungsrates

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat im Geschäftsjahr 2011 den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

- Eine Nennung der Vergütung für die Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder erfolgt nicht zusätzlich im Corporate Governance Bericht, da die Vergütung unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form im Geschäftsbericht der Rentenbank wiedergegeben wird (Konzernanhang, Seiten 146 und 147).
- Die Empfehlung zu den Abfindungs-Caps bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit gemäß Ziff. 4.3.2 des PCGK bezieht sich auf den Neuabschluss von Vorstandsverträgen und wurde für die Landwirtschaftliche Rentenbank bisher nicht relevant. Soweit es zu einem Abschluss von Vorstandsverträgen kommen sollte, werden der Verwaltungsrat beziehungsweise der zuständige Verwaltungsausschuss der Landwirtschaftlichen Rentenbank eine Umsetzung der Empfehlung prüfen.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank beabsichtigt, dem PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit obiger Maßgabe auch in Zukunft zu entsprechen.

Landwirtschaftliche Rentenbank
Im März 2012

Der Vorstand
Der Verwaltungsrat

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Unser Dank

Mit einem Rekordvolumen an neu zugesagten Programmkrediten und einem verbesserten Betriebsergebnis blickt die Rentenbank auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Das durch die anhaltende Staatsschuldenkrise verschiedener europäischer Länder geprägte wirtschaftliche Umfeld an den internationalen Finanzmärkten stellte dabei erneut eine besondere Herausforderung dar. Für den Erfolg der Bank spielte deshalb ein überdurchschnittliches Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie ihre große Flexibilität eine herausragende Rolle. Mit umfangreichen Kenntnissen aus der Bankenwelt, Expertenwissen über den Agrarsektor und weitere spezielle Wissensgebiete ermöglichten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die positive Entwicklung der Bank. Unser Dank gebührt daher dem gesamten Team, das damit auch eine gute Basis für ein erfolgreiches Jahr 2012 gelegt hat. Wir danken auch dem Personalrat für die von Vertrauen geprägte Zusammenarbeit.

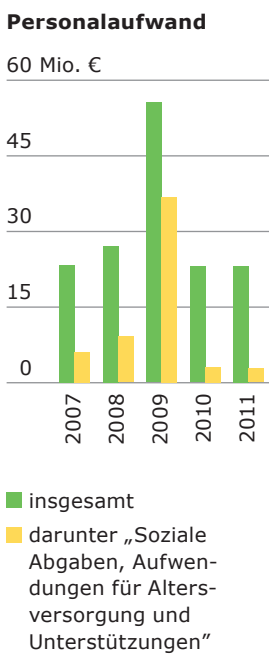
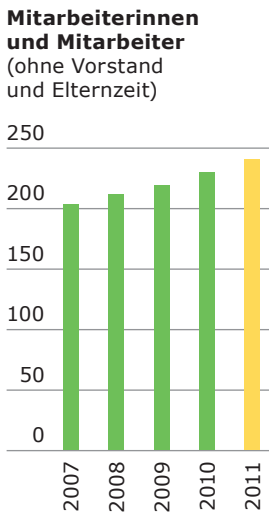
Qualifiziertes Wachstum

Am Jahresende 2011 beschäftigte die Rentenbank 240 (229) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Elternzeit und Vorstand), 11 mehr als im Vorjahr. Mit zusätzlichen Einstellungen in der Marktfolge wurden wir den weiter steigenden rechtlichen und technischen Anforderungen gerecht. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit ist nach wie vor hoch und liegt unverändert bei 12 Jahren.

Derzeit arbeiten 36 (33) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit. Diese Möglichkeit wird überwiegend von Frauen genutzt. Insbesondere junge Mütter, die Arbeit und Kindererziehung miteinander verbinden wollen, nehmen unsere Teilzeitangebote in Anspruch. Mit unseren flexiblen Teilzeitregelungen ermöglichen wir damit den langfristigen Erhalt ihres Know-hows für die Bank. Wir beabsichtigen, die Teilzeitbedingungen weiter zu verbessern, um den Anforderungen der Mütter und Väter nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch besser zu entsprechen.

Attraktiver Arbeitgeber

Erfolgreiche Personalakquisition ist auch ein Kennzeichen der Attraktivität der Rentenbank am Finanzplatz Frankfurt. Freie Stellen konnten wir mit sehr gut qualifizierten und engagierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen. Dazu hat auch unser Trainee-Programm beigetragen, das junge Menschen ideal auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereitet. Im Berichtsjahr konnten wir alle fünf Trainees, deren Programm 2010 begonnen hatte, in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen und außerdem sieben neuen Trainees Perspektiven eröffnen. Die Bewerber schätzen die Rentenbank, da sie interessante und sichere Arbeitsplätze bietet und so im beruflichen Umfeld am Finanzplatz Frankfurt eine besondere Stellung einnimmt. Außerdem ist die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, wie sie in unserem besonderen Förderauftrag und unserem an Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell zum Ausdruck kommt, ein zentraler und geschätzter Bestandteil unserer Unternehmenskultur.



Zahlen und Fakten

Der Aufwand für „Löhne und Gehälter“ ist 2011 mit 20,3 Mio. € (19,8 Mio. €) um 0,5 Mio. € gestiegen. Ursächlich hierfür sind der höhere Mitarbeiterstand und die zum Januar 2011 wirksam gewordene Tariferhöhung. Die Höhe der „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“ ging dagegen gegenüber dem Vorjahr auf 2,7 Mio. € (3,1 Mio. €) zurück, insbesondere, weil 2010 durch die Verlängerung des tariflichen Vorruhestands den Rückstellungen einmalig 0,5 Mio. € zugeführt worden sind.







Die Regulierung der Warenterminmärkte war, ist und bleibt ein bedeutendes politisches Thema. Ein wichtiges Ziel ist dabei eine höhere Markttransparenz. Auch Handelsbeschränkungen und zusätzliche Sicherheitsleistungen werden diskutiert. Regulierung mit Augenmaß heißt: die Auswüchse begrenzen, aber die wichtige Funktion von Warenterminmärkten für die Preisabsicherung erhalten. Dies ist keine einfache Aufgabe.

Einzelabschluss HGB

Bilanz und GuV

Nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank erfolgt die Gewinnverwendung der Bank auf der Basis des HGB-Abschlusses. Neben dem IFRS-Konzernabschluss erstellen wir deshalb auch einen Einzelabschluss nach HGB. Die wichtigsten Entwicklungen des HGB-Jahresabschlusses finden sich im Folgenden.

Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme wuchs 2011 um 2,8 Mrd. € bzw. 3,6 % auf 81,3 Mrd. € (78,5 Mrd. €). Da unsere Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken vergeben werden, fielen auf der Aktivseite der Bilanz die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 63,7 % (63,1 %) besonders ins Gewicht. Diese Position betrug am Jahresende 51,8 Mrd. € und lag damit 2,3 Mrd. € über dem Vorjahr (49,5 Mrd. €). Der Wertpapierbestand, der sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammensetzt, fiel um 1,7 Mrd. € auf 25,2 Mrd. € (26,9 Mrd. €).

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. € (3,1 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 0,4 Mrd. € auf 6,0 Mrd. € (5,6 Mrd. €). Diese Bilanzposition enthält überwiegend Namensschuldverschreibungen mit einem Bestandsvolumen von 4,5 Mrd. € (4,4 Mrd. €) am Jahresende. Die verbrieften Verbindlichkeiten wuchsen um 0,7 Mrd. € und betragen 62,8 Mrd. € (62,1 Mrd. €).

Betriebsergebnis leicht verbessert

Sowohl der Zinsüberschuss als auch das Betriebsergebnis liegen weiter deutlich über dem Niveau der Geschäftsjahre vor der Finanzmarktkrise. Der Zinsüberschuss stieg um 2,0 % auf 417,2 Mio. € (409,2 Mio. €). Das Betriebsergebnis vor Bewertung erreichte mit 369,8 Mio. € (366,2 Mio. €) ein neues Rekordniveau.

Der Jahresüberschuss wurde 2011 mit 49,0 Mio. € (47,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Hieraus wurden 36,75 Mio. € (35,25 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 12,25 Mio. € (11,75 Mio. €), der für eine Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet wird.

Eigenkapital gestiegen

Die bilanziellen Eigenmittel erreichten 2011 nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3 639,0 Mio. € (3 074,6 Mio. €). Sie lagen damit 564,4 Mio. € über dem Vorjahr. Die Eigenmittel setzten sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2011	31. 12. 2010
	Mio. €	Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	709,8	651,7
Deckungsrücklage	137,7	159,1
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1 928,2	1 348,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	728,3	780,8
Summe	3 639,0	3 074,6

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 580,2 Mio. € auf 1 928,2 Mio. € aufgestockt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich durch Fälligkeiten und wechselkursbedingte Umrechnungseffekte um 52,5 Mio. € vermindert. Der Anteil der ausgewiesenen haftenden Mittel an der Bilanzsumme betrug 4,5 % (3,9 %).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31.12.2011 vor Feststellung des Jahresabschlusses auf 3 517,5 Mio. € (3 246,1 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am Bilanzstichtag mit 25,7 % (24,5 %) weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

Jahresbilanz der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,2		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		778,4		53,4
darunter:			778,6	53,5
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 778,4 (i. Vj. Mio. € 53,4)				
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		10,1		3,3
b) andere Forderungen		51 740,1		49 532,3
			51 750,2	49 535,6
3. Forderungen an Kunden				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 2 645,5 (i. Vj. Mio. € 1 379,9)			2 984,7	1 834,3
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,0			132,1
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € 132,1)				
ab) von anderen Emittenten	40,1	40,1		0,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 40,1 (i. Vj. Mio. € -,-)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1 392,0			1 528,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 1 211,1 (i. Vj. Mio. € 1 416,5)				
bb) von anderen Emittenten	23 117,2	24 509,2		24 643,4
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 21 399,2 (i. Vj. Mio. € 23 755,7)				
c) eigene Schuldverschreibungen		633,6		635,9
Nennbetrag Mio. € 713,3 (i. Vj. Mio. € 694,2)			25 182,9	26 939,4
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0,1	0,1
6. Beteiligungen				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
8. Treuhandvermögen				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 103,7 (i. Vj. Mio. € 104,8)			103,7	104,8
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte				
und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			5,2	0,4
10. Sachanlagen			17,5	19,0
11. Sonstige Vermögensgegenstände			455,0	11,5
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		3,1		4,1
b) andere		1,4		1,3
			4,5	5,4
Summe der Aktiva			81 286,6	78 508,2

Frankfurt am Main, zum 31. Dezember 2011

PASSIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31.12.2010 Mio. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		437,7		0,1
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3 368,7		3 124,3
			3 806,4	3 124,4
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		417,0		63,1
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 615,0		5 530,1
			6 032,0	5 593,2
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			62 820,6	62 059,5
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 103,7 (i. Vj. Mio. € 104,8)			103,7	104,8
5. Sonstige Verbindlichkeiten			4 435,6	4 020,7
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		1,1		1,3
b) andere		37,7		52,1
			38,8	53,4
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		84,8		84,6
b) andere Rückstellungen		313,4		381,2
			398,2	465,8
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			728,3	780,8
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken			1 928,2	1 348,0
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	651,7			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	21,4			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	36,7	709,8		651,7
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	159,1			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	21,4	137,7		159,1
c) Bilanzgewinn		12,3		11,8
			994,8	957,6
Summe der Passiva			81 286,6	78 508,2
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			3,1	3,6
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			950,1	1 370,8

Gewinn- und Verlustrechnung der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2010 Mio. €
1. Zinsaufwendungen			2 414,7	2 425,1
2. Provisionsaufwendungen			2,6	2,7
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20,3			19,8
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	2,7			3,1
		23,0		22,9
darunter:				
für Altersversorgung Mio. € 0,3 (i. Vj. Mio. € 0,8)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		15,0		14,7
			38,0	37,6
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2,5	1,8
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9,2	8,4
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,0	168,4
7. Zuführung „Fonds für allgemeine Bankrisiken“			580,2	178,0
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1,8	0,0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,0	0,0
10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			0,1	0,1
11. Jahresüberschuss			49,0	47,0
Summe der Aufwendungen			3 098,1	2 869,1
1. Jahresüberschuss			49,0	47,0
2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			21,4	29,2
3. Einstellungen in die Gewinnrücklage				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			21,4	29,2
aus dem Jahresüberschuss			36,7	35,2
4. Bilanzgewinn			12,3	11,8

Frankfurt am Main, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2010 Mio. €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 058,0		2 061,0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	773,6		773,0
		2 831,6	2 834,0
2. Laufende Erträge aus			
a) Beteiligungen		0,3	0,3
3. Provisionserträge		0,3	2,7
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		261,2	0,0
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,0	27,2
6. Sonstige betriebliche Erträge		4,7	4,9
Summe der Erträge		3 098,1	2 869,1

Konzernlagebericht

Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2011 stand wiederum ganz im Zeichen der europäischen Staatsschuldenkrise. Deren Folgen sind inzwischen in der Realwirtschaft spürbar. Ab Mitte des Jahres schwächte sich die konjunkturelle Dynamik in wichtigen Industriestaaten wieder ab. Im ersten Halbjahr hatte die expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik des Vorjahres in vielen Ländern noch zu einer teilweise kräftigen Erholung geführt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum nahm im Jahr 2011 um 1,5 % zu (nach einem Anstieg von 1,9 % im Vorjahr). Dabei war die Situation in den einzelnen Euro-Staaten sehr unterschiedlich. So befanden sich Griechenland und Portugal in einer Rezession, während Deutschland mit einem BIP-Wachstum von 3,0 % (Vorjahr: 3,7 %) den Euroraum-Durchschnitt erneut klar übertraf. Eine starke Exporttätigkeit in die Schwellenländer und eine sich erholende Binnennachfrage waren dabei wesentliche Impulsgeber. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf von 6,4 % auf 5,5 % (ILO-Standard). Anders im Euroraum: Hier stieg sie von 10,0 % auf 10,6 % bedingt durch die konjunkturelle Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte. Im Durchschnitt des Jahres blieb sie allerdings mit 10,1 % unverändert auf Vorjahresniveau.

Die Verbraucherpreise im Euroraum stiegen 2011 stärker als in den Vorjahren. Im Herbst wurde mit 3 % ein 3-Jahres-Hoch erreicht. Dazu führten insbesondere die steigenden Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Der Druck auf die Preise ließ jedoch zum Jahresende infolge schwacher Konjunkturaussichten und Basiseffekte nach. Im Jahresdurchschnitt lag der Anstieg bei 2,7 % nach 1,6 % im Vorjahr.

Die Europäische Zentralbank (EZB) straffte ihre Geldpolitik bis zum Sommer 2011, nachdem sie zuvor ihre Zinspolitik fast zwei Jahre unverändert gelassen hatte. Da die Inflationsgefahren im ersten Halbjahr vor dem Hintergrund der noch intakten wirtschaftlichen Erholung zunahmen, erhöhte die EZB im April und Juli ihren Leitzins um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,5 %. Angesichts steigender Risiken für das Wirtschaftswachstum und aufgrund des nachlassenden Preisdrucks senkte die Zentralbank ihren Leitzins aber im November und Dezember wieder in zwei Schritten auf 1,0 %. Die Refinanzierungsgeschäfte zur Bankenstabilisierung setzte die EZB ganzjährig fort. Darüber hinaus nahm sie im August die Käufe von Staatsanleihen zur Stützung von finanzschwachen Staaten des Euroraums wieder auf.

Die europäische Schuldenkrise spitzte sich 2011 wieder zu. Griechenland und andere hoch verschuldete Länder wie Italien und Spanien erhielten auf den internationalen Finanzmärkten Kredite kaum noch bzw. nur zu stark gestiegenen Zinsen. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) einigten sich daher auf die Einrichtung eines dauerhaften Rettungsschirms (Europäischer Stabilitätsmechanismus, ESM) für die angeschlagenen Euro-Staaten, der die vorläufigen Maßnahmen des bisherigen Rettungsfonds EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) ablösen soll. Mit der sich weiter verschärfenden Lage in Griechenland beschlossen EU und der Internationale Weltwährungsfonds (IWF) im Jahresverlauf darüber hinaus zusätzliche Hilfspakte für Griechenland, an denen sich auch der private Finanzsektor beteiligen soll. Außerdem sollen Schuldenbremsen und schärfere Defizitverfahren für die EU-Staaten die Staatsverschuldung langfristig eindämmen.

Diese Maßnahmen führten allerdings nicht zu der erhofften dauerhaften Stabilisierung der Finanzmärkte. Somit war auch das Jahr 2011 durch eine hohe Volatilität der Märkte gekennzeichnet. Viele Investoren zogen sich insbesondere ab der Jahresmitte aus risikoreicheren Anlagen zurück und bevorzugten sichere Anlageformen. Entsprechend gingen deren langfristige Renditen zurück. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank im September erstmalig unter 2 % und lag am Jahresende bei 1,83 %.

Für die deutsche Agrarwirtschaft verbesserten sich im Jahr 2011 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das niedrige Zinsniveau beflügelte die Investitionstätigkeit, ebenso wie die teilweise wieder kräftig gestiegenen Agrarrohstoffpreise. Besonders hohe Zuwachsraten verzeichneten Investitionen in Biogasanlagen. Aufgrund der günstigeren Rahmenbedingungen ging gleichzeitig der Bedarf an Liquiditätshilfedarlehen zurück.

Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2011 durch eine weiter hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen und eine – trotz anhaltender Finanzmarktkrise – stabile Entwicklung der Ertragslage gekennzeichnet. Programmkredite waren insbesondere wegen der regen Investitionstätigkeit im Agrarsektor sehr gefragt. Aufgrund der nach wie vor hohen Präferenz internationaler Anleger für sichere Anlagen

gestalteten sich auch die Bedingungen der Mittelaufnahme weiterhin positiv.

Das Fördervolumen in der Bilanz erreichte insgesamt 66,7 Mrd. € (66,5 Mrd. €) und lag damit um 0,3 % über dem Vorjahr. Durch das höhere Neugeschäft bei Programmkrediten wuchs der Bestand an Förderkrediten um 1,5 Mrd. € bzw. 3,5 % auf 44,1 Mrd. € (42,6 Mrd. €). Dies ist in erster Linie eine Folge der wieder günstigeren Rahmenbedingungen in der Agrarwirtschaft. Das

Volumen der verbrieften Finanzierungen sank aufgrund höherer Fälligkeiten und eines niedrigeren Neugeschäfts. Insgesamt erreichten im Geschäftsjahr 2011 die Neuabschlüsse im Fördergeschäft 11,9 Mrd. € (12,2 Mrd. €).

Im Berichtsjahr nahm die Bank an in- und ausländischen Kapitalmärkten 12,0 Mrd. € (10,6 Mrd. €) auf. Die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt erfolgte dabei über folgende Instrumente:

	2011		2010	
	Mrd. €	%	Mrd. €	%
EMTN	6,2	51,7	7,0	66,0
Globalanleihen	2,9	24,2	2,0	18,9
AUD-MTN	2,0	16,6	1,5	14,2
Internationale Kredite / Schuldscheine	0,3	2,5	0,0	0,0
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,6	5,0	0,1	0,9
Summe	12,0	100,0	10,6	100,0

Die Gesamtmarke nahm im Jahresverlauf leicht zu. Insgesamt blieb die Ertragslage stabil.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Aus der Bilanz	31.12.2011 Mrd. €	31.12.2010 Mrd. €	Veränderung Mrd. €
Bilanzsumme	88,9	83,8	5,1
Forderungen an Kreditinstitute	51,4	49,3	2,1
Forderungen an Kunden	2,9	1,5	1,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7,8	6,0	1,8
Finanzanlagen	24,7	26,5	-1,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,1	2,5	0,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6,1	5,6	0,5
Verbrieftes Verbindlichkeiten	68,2	65,1	3,1
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	4,3	3,3	1,0
Rückstellungen	0,1	0,1	0,0

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum 31.12.2011 gegenüber dem 31.12.2010 um 5,1 Mrd. € bzw. 6,1 % auf 88,9 Mrd. € (83,8 Mrd. €). Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem erhöhten Programmkreditvo-

lumen. Die Bilanzsummen der konsolidierten Tochtergesellschaften nach HGB stellten sich zum 31.12.2011 wie folgt dar:

Gesellschaft	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	219,9	219,5	0,4
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,0	16,6	-1,6

Die Eventualverbindlichkeiten ohne die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen 3,1 Mio. € (4,1 Mio. €).

Der Konzern vergibt seine Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken. Auf der Aktivseite der Bilanz spiegelt sich dies in den Forderungen an Kreditinstitute, deren Anteil 57,8 % (58,8 %) betrug. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 51,4 Mrd. € (49,3 Mrd. €). Die Veränderung um 2,1 Mrd. € ergab sich insbesondere aus dem deutlich gestiegenen Programmkreditvolumen und einem Rückgang aufgrund fälliger Schuldscheindarlehen.

Die Forderungen an Kunden stiegen durch das Neugeschäft mit deutschen Bundesländern um 1,4 Mrd. € auf 2,9 Mrd. € (1,5 Mrd. €).

Die Finanzanlagen enthalten im Wesentlichen Bankanleihen. Sie verringerten sich um 1,8 Mrd. € auf 24,7 Mrd. € (26,5 Mrd. €), da die Fälligkeiten das Neugeschäft überstiegen. Der Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations). Informationen zum Engagement in den Peripherie-Staaten sind im Risikobericht im Abschnitt „Adressenausfallrisiken“ dargestellt.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Wesentlichen durch eine Ausweitung der Positionen im kurzfristigen Geldgeschäft um 0,6 Mrd. € auf 3,1 Mrd. € (2,5 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 0,5 Mrd. € auf 6,1 Mrd. € (5,6 Mrd. €). Dieser Bilanz-

posten setzt sich überwiegend aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen zusammen, die unverändert mit Buchwerten von 5,5 Mrd. € zum Jahresende ausgewiesen werden.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten lag zum 31.12.2011 bei 68,2 Mrd. € (65,1 Mrd. €). Er erhöhte sich durch Neugeschäft und Effekte aus der Währungsumrechnung um 3,1 Mrd. € bzw. 4,8 %. Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) sind mit 47,3 Mrd. € (43,0 Mrd. €) weiterhin die wichtigsten Refinanzierungsquellen. Bei den Globalanleihen belief sich der Buchwert am Jahresende auf 13,5 Mrd. € (12,1 Mrd. €). Das ECP-Programm zur Geldmarktfinaanzierung wurde in geringerem Maß ausgeschöpft. Der Bestand sank um 2,6 Mrd. € auf 7,4 Mrd. € (10,0 Mrd. €).

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten erhöhten sich um 1,8 Mrd. € auf 7,8 Mrd. € (6,0 Mrd. €) und die negativen Marktwerte um 1,0 Mrd. € auf 4,3 Mrd. € (3,3 Mrd. €). Die Veränderungen ergeben sich durch Marktbewertungen, insbesondere durch Effekte aus der Währungsumrechnung. Derivate dienen ausschließlich der Absicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken. Die Bank tätigt keine Geschäftsabschlüsse mit Credit Default Swaps (CDS).

Die Rückstellungen erhöhten sich geringfügig auf 104,2 Mio. € (102,1 Mio. €). Den Pensionsrückstellungen wurden 6,4 Mio. € (6,6 Mio. €) zugeführt. Für laufende Pensionszahlungen wurden, wie im Vorjahr, 5,6 Mio. € entnommen. Der Barwert der Pensionsverpflichtungen ist auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von 4,8 % (4,8 %) ermittelt worden.

Ertragslage

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	361,9	350,9	11,0
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	15,6	5,0	10,6
Verwaltungsaufwendungen	48,0	49,2	-1,2
Übriges Ergebnis	-15,2	-0,5	-14,7
Operatives Ergebnis	283,1	296,2	-13,1
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-352,4	-144,4	-208,0
Konzernjahresfehlbetrag (-überschuss)	-69,3	151,8	-221,1
2) Sonstiges Ergebnis			
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-359,8	-230,0	-129,8
3) Konzerngesamtergebnis	-429,1	-78,2	-350,9

Operatives Ergebnis

Die operative Ertragslage entwickelte sich im laufenden Geschäftsjahr positiv. Die Zinserträge einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen addierten sich auf 3 906,5 Mio. € (4 019,3 Mio. €). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 544,6 Mio. € (3 668,4 Mio. €) ergab sich ein Zinsüberschuss von 361,9 Mio. € (350,9 Mio. €). Zu dem Anstieg um 11,0 Mio. € trugen insbesondere die verbesserten Margen im Fördergeschäft bei.

Nur aufgrund eines im Vorjahr realisierten Gewinns aus der Veräußerung einer abgeschriebenen Forderung stieg die Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung zum Bilanzstichtag um 10,6 Mio. €. Durch eine Wertminderung auf Basis von erwarteten Zahlungsausfällen wurden für ein Wertpapier die in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfassten Bewertungsverluste von 11,3 Mio. € in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgliedert. Diese Sondereffekte führten dazu, dass das operative Ergebnis mit 283,1 Mio. € (296,2 Mio. €) um 13,1 Mio. € unter dem des Vorjahres lag.

Durch die genannten Sondereffekte sank im Segment „Fördergeschäft“ das operative Ergebnis trotz verbesserter Margen auf 120,0 Mio. € (128,6 Mio. €). Das Ergebnis im Segment „Treasury Management“ verringerte sich aufgrund niedrigerer Margen im kurzfristigen Interbankengeschäft auf 62,5 Mio. € (74,9 Mio. €). Im Segment „Kapitalstockanlage“ verbesserte sich das Ergebnis auf 100,6 Mio. € (92,7 Mio. €).

Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung

Sämtliche Derivate und bestimmte Bilanzgeschäfte werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Für Bilanzgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die aus Änderungen der Deposit-/Swapkurven (Benchmark-Kurven für das Interbankengeschäft) resultieren.

Die Entwicklung des Ergebnisses aus Fair Value- und Hedge-Bewertung wird fast ausschließlich durch Änderungen der Credit-Spread-induzierten Risikoaufschläge beeinflusst. Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der weitestgehend fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten.

Infolge der anhaltenden Schuldenkrise in Europa entwickelten sich die Credit-Spread-induzierten Risikoaufschläge im Jahr 2011 uneinheitlich. Während sie für

die Mehrheit der Emittenten, insbesondere aus den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Ländern, weiter anstiegen, sanken die Aufschläge für die Rentenbank. Dies führte sowohl zu Bewertungsverlusten bei den höher bewerteten eigenen Emissionen als auch bei den niedriger bewerteten aktivischen Vermögenswerten.

Insgesamt ergab sich zum 31.12.2011 mit -352,4 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr (-144,4 Mio. €) deutlich höherer Bewertungsverlust.

Durch die Buy and Hold-Strategie des Konzerns als Nichthandelsbuchinstitut stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar, sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Sie fließen in den Folgejahren bis zur Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte wieder zurück.

Konzernjahresüberschuss

Das im Vergleich zum Vorjahr um 208,0 Mio. € niedrigere Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung von -352,4 Mio. € (-144,4 Mio. €) führte zu einem Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von -69,3 Mio. € (Konzernjahresüberschuss: 151,8 Mio. €).

Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Ergebnis aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage erfasst vor allem die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der Deposit-/Swapkurve basieren, werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Daneben enthält das sonstige Ergebnis noch die Amortisation der Wertänderungen von Wertpapieren, die im Jahr 2008 in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmet wurden.

Infolge weiter gestiegener Credit-Spread-induzierter Aufschläge verringerten sich die Marktwerte der Wertpapiere. Dies führte zu Bewertungsverlusten in der Neubewertungsrücklage von -402,9 Mio. € (-304,1 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Amortisation für die in 2008 umgewidmeten Wertpapiere von 43,1 Mio. € (74,1 Mio. €) veränderte sich die Neubewertungsrücklage in 2011 insgesamt um -359,8 Mio. € (-230,0 Mio. €).

Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis wurde zum 31.12.2011 mit -429,1 Mio. € (-78,2 Mio. €) um 350,9 Mio. € niedriger als im Vorjahr ausgewiesen. Der Rück-

gang ist nahezu ausschließlich auf das um insgesamt 337,8 Mio. € niedrigere Bewertungsergebnis von -712,2 Mio. € (-374,4 Mio. €) zurückzuführen, das sich aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage sowie dem Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung zusammensetzt.

Überleitung zum Konzernbilanzgewinn

Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt gemäß § 2 Absatz 3, Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages

der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Da deren Volumen zurückging, wurden entsprechend 21,4 Mio. € (29,2 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen 118,4 Mio. € aus den anderen Gewinnrücklagen entnommen werden. Davon sollen 58,2 Mio. € (87,0 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Konzernbilanzgewinn von 12,3 Mio. € (11,8 Mio. €).

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital betrug 1 705,7 Mio. € (2 146,6 Mio. €). Es setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	2 321,8	2 403,4	-81,6
Neubewertungsrücklage	-763,4	-403,6	-359,8
Bilanzgewinn	12,3	11,8	0,5
Summe Eigenkapital	1 705,7	2 146,6	-440,9

Der operative Gewinn von 283,1 Mio. € (296,2 Mio. €) stärkte zunächst erneut das Eigenkapital. Die in der Neubewertungsrücklage und im Konzernjahresüberschuss ausgewiesenen unrealisierten Bewertungsverluste von insgesamt -712,2 Mio. € (-374,4 Mio. €) führten dennoch zu einer Verringerung des Eigenkapitals.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erhöhten sich aufgrund von Marktbewertungen um 22,9 Mio. € auf 912,4 Mio. € (889,5 Mio. €). Die Bedingungen aller nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel des Konzerns zum 31.12.2011 vor Feststellung des Jahresabschlusses nach HGB auf 3 533,1 Mio. € (3 259,1 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am Bilanzstichtag mit 26,4 % (25,2 %) weit über den derzeitigen gesetzlichen Mindestanforderungen. Die Kernkapitalquote betrug 17,2 % (16,0 %).

Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Einzel- und Konzernabschlüsse als Zwischen- bzw. Jahresabschluss.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) stellt die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten werden

über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert anhand von externen Marktkursen oder aufsichtsrechtlich anerkannter Bewertungsmodelle.

Die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden das Vier-Augen-Prinzip beachtet.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Durch Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermieden werden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, dass Fehler entdeckt und korrigiert werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Sonstige Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Ende 2011 waren 240 (229) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Elternzeit und Vorstand) beschäftigt. Die zusätzlichen Stellen tragen insbesondere den weiter steigenden rechtlichen und technischen Anforderungen in der Marktfolge Rechnung.

Freie Stellen konnten mit sehr gut qualifizierten und engagierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden. Dies unterstreicht, dass die Bank am Finanzplatz Frankfurt zu den attraktiven Arbeitgebern zählt.

Geschätzt wird – neben interessanten und sicheren Arbeitsplätzen – insbesondere die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, wie sie im Förderauftrag und dem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell zum Ausdruck kommt. Im Berichtsjahr wurden alle fünf Trainees aus dem Programm 2010 übernommen und sieben neuen Trainees eine ebensolche Perspektive eröffnet.

Der Aufwand für Löhne und Gehälter ist 2011 mit 20,3 Mio. € (19,8 Mio. €) aufgrund der höheren Beschäftigtenzahl und der Tarifierhöhung um 0,5 Mio. € gestiegen. Die Höhe der „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“ ging dagegen gegenüber dem Vorjahr auf 2,7 Mio. € (3,1 Mio. €) zurück, insbesondere weil 2010 durch die Verlängerung des tariflichen Vorruhestands den Rückstellungen einmalig 0,5 Mio. € zugeführt worden waren.

Nachhaltigkeit

Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile, ökologische und sozial gerechte Gesellschaft. Wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns finden sich explizit im Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank. Im Rahmen ihres Fördergeschäfts finanziert die Rentenbank Investitionen der Agrarwirtschaft in erneuerbare Energien, Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, nachwachsende Rohstoffe, ökologischen Landbau und regionale Vermarktung sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz zu besonders günstigen Konditionen. In den letzten Jahren ist das Zusagevolumen der Programmkredite für Investitionen in nachhaltige Projekte stetig gewachsen – im Geschäftsjahr 2011 auf 2,7 Mrd. € (2,5 Mrd. €). Als Dienstleistungsunternehmen trägt der Konzern auch im täglichen Betrieb zur Schonung der Ressourcen bei und geht sparsam mit Rohstoffen um. Im Konzern wird regelmäßig geprüft, ob es weitere Einsparpotenziale gibt und es werden ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit einbezogen, beispielsweise bei den Mitarbeiterwohnungen oder der geplanten Sanierung des Bankgebäudes.

Risikobericht

Allgemeine Grundlagen

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt, und die Rentenbank hat für ihre LR Beteiligungsgesellschaft mbH eine Patronats-erklärung abgegeben. Die Refinanzierung der Tochtergesellschaften erfolgt ausschließlich konzernintern.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur/Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen sowie solche zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Das Unternehmensziel des Konzerns, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei ist darauf zu achten, dass der Konzern jederzeit in der Lage ist, seinen Förderauftrag zu erfüllen. Die Risikostruktur des Konzerns wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung der Bank vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Organisation des Risikomanagementprozesses

Risikomanagement

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere von dem kontinuierlichen Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die wesentlichen Geschäftsfelder Ziele und Maßnahmen zu deren Erreichung festgelegt. Die Strategien werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Der Konzern analysiert im Rahmen der Risikoinventur, welche Risiken die Vermögenslage, die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Auf dieser Grundlage wird die Wesentlichkeit der Risiken beurteilt. Alle Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagement-System und auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung limitiert bzw. gesteuert.

Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Das Risikohandbuch gibt einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert die Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ (NPP). Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement.

Risikocontrolling

Das Risikocontrolling ist organisatorisch in die Bereiche Finanzen und Banken eingebunden. Im Bereich Finanzen umfasst es die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung der Marktpreisrisiken, der Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken und der Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung der Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigungen von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Vorgänge und bei Nichteinhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) müssen ad hoc in schriftlicher Form der Gesamtvorstand, die Interne Revision und ggf. die betroffenen Bereichs- und Abteilungsleiter informiert werden. Darüber hinaus werden der Vorstand und der Bilanz- bzw. Kreditausschuss des Verwaltungsrats mindestens quartalsweise über die gesamte Risikolage informiert. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden vom Vorstand unverzüglich an den Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung werden ständig überprüft und weiterentwickelt.

Interne Revision

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Da keines der gruppenzugehörigen Unternehmen eine eigene Interne Revision unterhält, übernimmt die Konzernrevision die notwendigen Arbeiten.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand

besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der Vorsitzende des Bilanzausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Konzernrevision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse des Konzerns einschließlich des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems.

Risikotragfähigkeit

Alle wesentlichen Risiken des Konzerns werden im Rahmen der Risikoinventur, des NPP oder der täglichen Überwachungstätigkeit identifiziert und auf Konzentrationsrisiken hin untersucht. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagement-Systems ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung der an der Risikotragfähigkeit ausgerichteten Limite. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Dazu wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken des Konzerns einem Anteil des Risikodeckungspotenzials in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt. Liquiditätsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept mit Null Euro angerechnet, da der Konzern über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) beschaffen kann.

Ein Risikotragfähigkeitskonzept kann entweder auf einem „Going Concern-Ansatz“ oder einem „Liquidationsansatz“ basieren.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Bei Eintritt der konservativ festgesetzten Stressszenarien müssen dabei immer noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) von derzeit 4 % (Kernkapitalquote) bzw. 8 % (Gesamtkapitalquote) zu erfüllen.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten vom Risikodeckungspotenzial abgezogen. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken (fiktive Liquidation).

Das Risikotragfähigkeitskonzept des Konzerns basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Risikodeckungspotenzial

Das Risikodeckungspotenzial leitet sich aus den Konzernzahlen nach IFRS ab. Im Vergleich zum Vorjahr werden zum Berichtsstichtag, in Anlehnung an den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Dezember 2011 veröffentlichten Leitfaden zur Risikotragfähigkeit, die Gewinne aus der Veränderung der eigenen Bonität und die stillen Lasten aus zu Anschaffungskosten bewerteten Wertpapieren vom Risikodeckungspotenzial abgezogen.

	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	Mio. €
Verfügbares Betriebsergebnis	240,0	250,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	116,0	110,0
Risikodeckungspotenzial 1	356,0	360,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	2 206,1	1 482,7
Eigenbonitätseffekt	-147,4	
Neubewertungsrücklage	-763,5	-403,6
Stille Lasten in Wertpapieren	-76,4	
Risikodeckungspotenzial 2	1 574,8	1 439,1
Gewinnrücklagen (anteilig)		810,8
Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	912,3	889,5
Risikodeckungspotenzial 3	2 622,1	3 274,4

Die Zuordnung des Risikodeckungspotenzials auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken dient auch als Grundlage für die Ver-

gabe der Globallimite für das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko. Diese stellt sich wie folgt dar:

	Zugewiesenes Risikodeckungspotenzial			
	31. 12. 2011		31. 12. 2010	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	260,0	73,1	260,0	72,2
Marktpreisrisiko	61,0	17,1	61,0	16,9
Operationelles Risiko	35,0	9,8	30,0	8,3
Gesamtrisiko	356,0	100,0	351,0	97,4
Risikodeckungspotenzial 1	356,0	100,0	360,0	100,0

Das Risikodeckungspotenzial 1 beträgt 356 Mio. € (360 Mio. €). Das verfügbare Betriebsergebnis beträgt 240 Mio. € (250 Mio. €). Es leitet sich aus dem konservativ ermittelten IFRS-Planergebnis ab. Von den Gewinnrücklagen wurden anteilig 116,0 Mio. € (110,0 Mio. €) dem Risikodeckungspotenzial 1 zugeordnet.

Im Hinblick auf die anhaltende Finanzmarktkrise hat der Konzern zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken per 31.12.2011 unverändert gegenüber dem Vorjahr 260 Mio. € des Risikodeckungspotenzials 1 vorgesehen. Trotz einer risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch im Jahresverlauf 2012 weitere bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Konzern-Kontrahenten bekannt werden. Dies kann weitere Ratingmigrationen nach sich ziehen und damit zu einer höheren Belastung des Risikodeckungspotenzials führen.

Das Risikodeckungspotenzial 2 wird nicht auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt. Es fungiert als Globallimit und beträgt zum Berichtsstichtag 1 575 Mio. € (1 439 Mio. €).

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten nach dem „Going Concern-Ansatz“ stehen das Gezeichnete Kapital und die Nachrangigen Verbindlichkeiten des Risikodeckungspotenzials 3 zur Verfügung. Das Risikodeckungspotenzial wird dabei den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend modifiziert.

Risikoszenarien

Zur Berechnung der möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden zwei Risikoszenarien (Standard- und Stressszenarien) analysiert. Hierbei werden die zugrundeliegenden Risikofaktoren für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen.

Im Standardszenario werden mögliche Marktpreisschwankungen, Kreditausfälle und das Eintreten bedeutender operationeller Schadensfälle angenommen. Die dadurch bedingte Veränderung der Risikowerte wird dem Risikodeckungspotenzial 1 gegenübergestellt, um die Tragfähigkeit der möglichen Verluste zu ermitteln. Der mögliche Verlust nach dem Standardszenario soll das verfügbare Betriebsergebnis zzgl. eines Anteils der Gewinnrücklagen nicht übersteigen (Risikodeckungspotenzial 1). Die Überwachung der Risiken erfolgt auf Tagesbasis.

Mit dem Stressszenario werden die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen analysiert. Für das Adressenausfallrisiko werden hier eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Limite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Das Stressszenario der Marktpreisrisiken umfasst eine differenzierte Verschiebung der Zinsstrukturkurven, eine Ausweitung der Risikoaufschläge im Interbankenmarkt, eine Erhöhung der Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Zinsbindungen und der Kosten für den Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen sowie eine Reduzierung der Credit-Spreads.

Für operationelle Risiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhe unterstellt.

Die Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken) werden addiert und dem Risikodeckungspotenzial 2 gegenübergestellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken innerhalb des Marktpreisrisikos, insbesondere bei den Spreadrisiken, werden ab 2011 Korrelationseffekte berücksichtigt.

Die Risikowerte aus den Standard- und Stressszenarien der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des

jeweiligen Risikodeckungspotenzials sind in folgender Tabelle dargestellt:

	Standardszenario				Stressszenario			
	31.12.2011		31.12.2010		31.12.2011		31.12.2010	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	97,1	67,8	168,4	83,0	384,8	42,1	638,7	56,4
Marktpreisrisiko	15,2	10,6	7,9	3,9	22,2	2,4	18,6	1,7
Marktpreisrisiko (Spreadrisiko)	-	-	-	-	445,7	48,7	421,3	37,2
Operationelles Risiko	30,9	21,6	26,6	13,1	61,8	6,8	53,2	4,7
Gesamtrisiko	143,2	100,0	202,9	100,0	914,5	100,0	1 131,8	100,0
Gesamtrisikolimit	356,0		351,0		-		-	
Auslastung								
Gesamtrisikolimit		40,2		57,8		-		-
Risikodeckungspotenzial 1 bzw. 2	356,0		360,0		1 574,8		1 439,1	
Auslastung								
Risikodeckungspotenzial		40,2		56,4		58,1		78,6

Zum 31.12.2011 entfielen im Standardszenario 68 % bzw. im Stressszenario 42 % der Gesamtrisiken auf Adressenausfallrisiken. Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials durch Adressenausfallrisiken hat sich gegenüber dem 31.12.2010 deutlich reduziert. Der Rückgang im Standardszenario gegenüber dem Vorjahr ist auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen und die Bonitätsverbesserung einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Die im Vorjahr unterstellten globalen und konservativen Annahmen für die Stressszenarien wurden im laufenden Geschäftsjahr verfeinert, um eine risikoadäquatere Darstellung zu erreichen. Dazu wurden unter anderem die angenommenen Verlustquoten und Ratingentwicklungen länderspezifisch modifiziert. Die Reduzierung des Risikowerts im Stressszenario um -254,0 Mio. € ist im Wesentlichen auf die beschriebene Umstellung zurückzuführen. Im Abschnitt Adressenausfallrisiken sind die Risikoaktiva tabellarisch nach Bonitätsklassen für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 dargestellt.

Die Marktpreisrisiken betragen im Standardszenario 11 % bzw. im Stressszenario 2 % und die operationellen Risiken 22 % bzw. 7 % der Gesamtrisiken des Konzerns. Durch die Berücksichtigung von Korrelationen bei der Aggregation der Stressszenarien aus Marktpreisrisiken wird eine risikoadäquatere Anrechnung in der Risikotragfähigkeitsrechnung erreicht.

Das Gesamtrisiko unter Annahme eines Standardszenarios betrug 143,2 Mio. € (202,9 Mio. €), unter Stressszenario-Annahmen 914,5 Mio. € (1 131,8 Mio. €). Das Gesamtrisikolimit im Standardszenario wurde zu 40 % (58 %) ausgelastet. Für das Risikodeckungspotenzial 2 ergab sich eine Auslastung von 58 % (79 %).

In einer weiteren Berechnung werden für Adressenausfallrisiken Extremszenarien simuliert. Diese Szenarien werden mit strengen, auf seltene Verlustausprägungen abstellenden Risikomaßen und Parametern quantifiziert. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen.

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken wurden darüber hinaus inversen Stresstests unterzogen. Sie stellen im Gegensatz zum regulären Stresstest die Überlebensfähigkeit der Kreditinstitute in den Mittelpunkt der Analyse. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragender Verlust, abgeleitet aus dem Risikodeckungspotenzial des Konzerns. Inverse Stresstests können insbesondere für die Adressenausfallrisiken konstruiert werden, die angenommenen Szenarien haben allerdings eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem wurden die Auswirkungen eines konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Durch die anhaltende Finanzmarktkrise entspricht die aktuelle Marktsituation einem konjunkturellen Abschwung. Die aktuell in der Risikotragfähigkeit verwendeten Bewertungsparameter wurden entsprechend gewählt.

Going Concern-Ansatz

Nach Anrechnung der Risikowerte aus den Stressszenarien muss im „Going Concern-Ansatz“ noch genügend Risikodeckungspotenzial (haftendes Kapital) zur Verfügung stehen, um die in Anlehnung an die SolvV berechneten Kapitalquoten einzuhalten. Das

haftende Kapital wird auf Basis des modifizierten Risikodeckungspotenzials 3 (mod. RDP 3), das sich aus dem Risikodeckungspotenzial 3 abzüglich des Risikodeckungspotenzials 2 und unter Berücksichtigung von Korrelationen ergibt, sowie den von der Aufsicht vorgegebenen „Prudential Filters“ ermittelt. Die „Prudential Filters“ beziehen sich dabei im Wesentlichen auf

die Berücksichtigung der Neubewertungsrücklage und des Eigenbonitätseffektes.

Die Kapitalquoten nach dem „Going Concern-Ansatz“ wurden zum 31.12.2011 berechnet. Sie stellen sich wie folgt dar:

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen	Modifiziertes RDP 3	Gewichtete Risikoaktiva*	Going Concern (mod. RDP3)	Solvabilität (Eigenmittel KWG)
	in Mio. €	in Mio. €	Quote in %	Quote in %
Kernkapital	1 435,2	14 787	9,7	17,2
Gesamtkapital	2 152,8	14 787	14,6	26,4

* nach dem Kreditrisiko-Standardansatz der SolvV

Die Ergebnisse zeigen, dass die in der SolvV vorgeschriebenen Mindestkapitalquoten von 4 % für das Kernkapital und von 8 % für das Gesamtkapital auch nach Berücksichtigung der Risikowerte aus den Stressszenarien eingehalten wurden.

Die nach der SolvV ermittelten Eigenkapitalquoten von 17,2 % (16,0 %) und 26,4 % (25,2 %) basieren auf der HGB-Konzernrechnungslegung.

durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Wertbeständigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjektes resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen (seit 2011) vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen sowie vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum betreiben. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Bank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt grundsätzlich bei der Hausbank. Da die Forderung gegen den Endkreditnehmer im Falle von Einzelrefinanzierungsdarlehen an die Rentenbank abgetreten ist, hat eine Wertminderung der vom Endkreditnehmer an die Hausbank gestellten Sicherheit unmittelbare Auswirkungen auf das gedeckte Geschäft. Endkreditnehmerrisiken sind Teil des Sicherheitenrisikos.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können Geschäfte mit Staaten, Regionen sowie staatlichen Einrichtungen in der EU getätigt werden. Darüber hinaus können mit deutschen Bundesländern auch allgemeine Fördergeschäfte abgeschlossen werden.

Risiken im Unternehmensgeschäft geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen ein. Im Kon-

Risikokategorien - Einzelrisiken

Adressenausfallrisiken

Definition

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko, das wiederum das Kontrahenten-, das Emittenten-, das Länder-, das Struktur-, das Sicherheiten- und das Beteiligungsrisiko beinhaltet, sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das derivative Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Strukturrisiken (Klumpenrisiken) sind Risiken, die

sortialkreditgeschäft mit Unternehmen erfolgten in 2011 strategiekonform keine Neuzusagen.

Der Katalog der Fördermaßnahmen umfasst auch die Möglichkeit, im Rahmen des Risikokapitalfonds Agrarwirtschaft (bis zu einer Obergrenze von 100 Mio. €), geeigneten Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, um etablierte Unternehmen in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten. Hier wurden bislang keine Geschäfte getätigt.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft, Treasury oder Banken verantwortlich. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren im Rahmen der verbrieften Finanzierungen, den Ankauf von Schuldscheindarlehen sowie für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Beim Neugeschäft werden nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

Organisation der mit Adressenausfallrisiken behafteten Geschäfte

Der Vorstand der Bank bestimmt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem Kreditausschuss des Verwaltungsrats vor.

Die Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken wird nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Die zugehörigen Aufgaben teilen sich der Vorstand und der Bereich Banken. Letzterer ist für die Gestaltung und Umsetzung einer einheitlichen Kreditrisikostategie und für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank zuständig. Darüber hinaus werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen ermittelt, Beschlussvorlagen für Kreditentscheidungen vorgelegt, das Marktfolgevotum erstellt und das Kreditrisiko kontrolliert. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß den MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Diese als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben werden von den Bereichen Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligungen übernommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab und bearbeiten

und bewerten Sicherheiten. Diese Bereiche sind auch zuständig für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten. Erforderliche Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen, die Prozessverantwortung liegt beim Marktfolge-Vorstand.

Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios sowie der einzelnen Kreditnehmer und ist für die Risikoberichterstattung der Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in seinen Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft wird eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugehörig als auch auf Ebene der Kreditnehmerebene und des Gesamtkreditportfolios. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei in mehreren Produktgruppen Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen zusammengefasst werden.

Bonitätsbeurteilung

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelte Bonitätsklasse ist ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden.

Die interne Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolgebereich Banken vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten Verfahren in 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätsklasseneinstufung erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten. Hierbei werden auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen, sogenannte weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen berücksichtigt. Sofern vorhanden

werden zusätzlich die Einstufungen von Rating-Agenturen herangezogen. Bei bestimmten Geschäftsarten, wie z. B. Pfandbriefe, werden zudem die Sicherheiten als weiteres Kriterium herangezogen. Zusätzlich werden die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert beurteilt. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners auslösen, dass die Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren verifiziert und ggf. das Limit angepasst wird. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird fortlaufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Konzern-Geschäftspartner wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Trotz Bonitätsherabstufungen einiger Konzern-Geschäftspartner ist die durchschnittliche Bonität des

Gesamtkreditportfolios des Konzerns nicht zuletzt aufgrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin gut.

Besonders beobachtet werden die Euro-Peripherie-Staaten. Diese werden anhand eigener Ratingeinstufung, die sich mit der allgemeinen Marktsicht deckt, und der Höhe des Verschuldungsgrads ausgewählt. Derzeit sind es Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien, in denen wir auch Engagements haben. Für Papiere, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden Abschreibungen implizit in der Gewinn- und Verlustrechnung oder in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt. Für ein Wertpapier wurden aufgrund von erwarteten Zahlungsausfällen die in der Neubewertungsrücklage erfassten Bewertungsverluste in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert.

Zum 31.12.2011 stellten sich die Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten wie folgt dar:

in Mio. €	Staatsanleihen	Anleihen und Schuldschein- darlehen von Banken	Positive Markt- werte aus deri- vativen Finanz- instrumenten	Brutto- Engagement	Sicherheiten	Netto- Engagement
Griechenland	0,0	18,2	0,0	18,2	13,2	5,0
Irland	0,0	169,8	0,0	169,8	0,0	169,8
Italien	323,5	1 564,1	0,0	1 887,6	604,6	1 283,0
Portugal	116,4	797,0	0,0	913,4	463,6	449,8
Spanien	95,9	3 399,6	6,6	3 502,1	2 842,4	659,7
Gesamt	535,8	5 948,7	6,6	6 491,1	3 923,8	2 567,3

Zum 31.12.2010 betrug das Engagement in Staatsanleihen der Euro-Peripherie-Staaten 637,7 Mio. € und in Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken 8 325,6 Mio. €.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht. Die Staatsanleihen sind mit 290,9 Mio. € der Kategorie „Available for Sale“, mit 198,4 Mio. € der Kategorie „Held to Maturity“ und mit 46,5 Mio. € der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet. Von den Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken entfallen 3 796,8 Mio. € auf die Kategorie „Available for Sale“, 1 573,8 Mio. € auf die Kategorie „Designated as at Fair Value“, 556,5 Mio. € auf die Kategorie „Held to Maturity“ und 21,6 Mio. € auf die Kategorie „Loans and Receivables“. Derivate sind ausschließlich der IFRS-Kategorie „Held for Trading“ zugeordnet. Sie werden nur zur Absicherung gegen Zins- und Währungsschwankungen abgeschlossen. Mit den Derivate-Kontrahenten wurden Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Die Beobachtung der betroffenen Staaten erfolgt analog zu anderen beobachtungswürdigen Kontrahenten und ist generell im

Risikobericht dargestellt. Neugeschäfte mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten wurden in 2011 nicht abgeschlossen und sind für 2012, mit Ausnahme der durch Barsicherheiten besicherten Derivate, gegenwärtig auch nicht vorgesehen.

Der Anteil der Staatsanleihen von Euro-Peripherie-Staaten an der Bilanzsumme zum 31.12.2011 betrug 0,6 % (0,8 %), der Anteil der Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken 6,7 % (9,9 %). Rund 46 % (66 %) des Engagements in den Peripherie-Staaten wird bis Ende 2013 fällig.

Das Engagement anderer Kontrahenten in Euro-Peripherie-Staaten, sogenanntes indirektes Engagement, wird bei der Bonitätsbeurteilung sowie bei der Untersuchung auf Wertminderungen berücksichtigt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Kreditrisikostrategie und Risikotragfähigkeitskonzept sind Steuerungsinstrumente, die auf eine gute Bonität des Gesamtkreditportfolios abzielen.

Das interne Bonitätsklassen-System bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mithilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Rating-Agenturen veröffentlichten historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet. Über historische interne Ausfallwahrscheinlichkeiten verfügt der Konzern aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht. Die Berechnungen erfolgen jeweils zum Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standardszenario (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien ergänzt (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf intern eingeräumte Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen, geringeren Wiedereinbringungsraten sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten).

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wird den Adressenausfallrisiken ein bestimmter Anteil des Risikodeckungspotenzials zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Die Stressszenarien wurden um länderspezifische Einflüsse ergänzt und stellen auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. Zwei Extremszenarien unterstellen den Ausfall der beiden nach Risiko-Exposure (Berücksichtigung von Verlustquoten) größten Kreditnehmereinheiten bzw. Auslandsengagements. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Hier stehen die kritische Reflektion der Ergebnisse und die Ableitung eines möglichen Handlungsbedarfs (beispielsweise in Form von Limitreduzierungen oder verschärfter Risikoüberwachung) im Vordergrund.

Limitierung und Reporting

Die Risikoübernahme und -limitierung ist das Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten als auch des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostrategie, aus der sich strategiekonsistente Unterlimite ableiten.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil des Risikodeckungspotenzials wird eine Gesamtobergrenze für alle Adressenlimite festgelegt. Daneben gelten eine Obergrenze für Länderkreditlimite, einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoübergrenze, eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen sowie ein Produktlimit für das Wertpapiergeschäft.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die internen Limite für einen Geschäftspartner werden in Abhängigkeit von dessen aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus resultierenden Bonität festgelegt. Daneben gibt es eine Gesamtobergrenze je Kreditnehmereinheit, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Die Überwachung sämtlicher Limite erfolgt täglich durch den zuständigen Marktfolge-Bereich. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Finanzierungen setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolien, ggf. unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für Marktpreisschwankungen. Dem Marktfolge-Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über den entsprechenden Frei- und Mindesttransferbeträgen liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken, die hierfür notwendige Eigenkapitalunterlegung sowie die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende erstellt der Bereich Banken (Marktfolge) für den Vorstand und für den Kreditausschuss des Verwaltungsrats nach den Vorgaben der MaRisk einen Kreditrisikobericht. Dieser Bericht ent-

hält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Bonitätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressenausfallrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklung von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

Aktuelle Risikosituation

Die Zahlen zur aktuellen Risikosituation beziehen sich nach IFRS 7.B9 auf den Bruttobuchwert, der wiederum dem Buchwert des jeweiligen Bilanzpostens im Konzernabschluss entspricht. Die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden enthalten zusätzlich die entsprechenden Anteile aus dem Posten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 177,5 Mio. € (612,3 Mio. €) wurden mit ihrem Nominalwert angesetzt.

Bruttokreditvolumen

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Bruttokreditvolumen	52 317,4	50 176,5	2 869,5	1 524,9	7 847,6	6 039,7	24 737,7	26 541,7
Barsicherheiten	0,0	0,0	0,0	0,0	4 422,7	4 007,7	0,0	0,0
Pfandbriefe	771,8	650,9	0,0	0,0	0,0	0,0	7 858,2	6 428,6
Öffentliche Pfandbriefe	269,5	258,1	0,0	0,0	0,0	0,0	1 083,4	969,5
Gewährträgerhaftung und Staatsgarantie	11 421,0	10 936,7	2 797,7	1 414,2	0,0	0,0	7 517,7	7 912,5
Besichertes Fördergeschäft	309,3	262,6	0,0	1,1	0,0	0,0	1 589,5	1 187,3
Besichertes Geldgeschäft	5 927,3	5 056,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungsabtretung	18 471,7	15 850,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nettokreditvolumen	15 146,8	17 161,0	71,8	109,6	3 424,9	2 032,0	6 688,9	10 043,8

Das Nettokreditvolumen stellt den jeweils unbesicherten Teil des Bilanzpostens dar.

Bei dem besicherten Fördergeschäft handelt es sich im Wesentlichen um gedeckte Anleihen, die nicht als Pfandbriefe qualifizieren. Im Rahmen des besicherten

Geldgeschäfts hat der Konzern Wertpapiere als Sicherheit erhalten. Die Forderungsabtretungen betreffen Endkreditnehmerforderungen aus dem Programmkreditgeschäft.

In den nachfolgenden Darstellungen sind die Adressenausfallrisikopositionen, differenziert nach Regionen,

Währungen, Branchen und internen Bonitätsklassen ohne Berücksichtigung von Kreditminderungstechniken dargestellt.

Risikokonzentration nach Ländergruppen

31.12.2011

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Banken								
Deutschland	48 334,0	92,4	0,0	0,0	1 219,7	15,6	6 231,1	25,2
Andere EU	3 983,3	7,6	0,0	0,0	4 481,6	57,1	17 006,9	68,7
OECD (ohne EU)	0,1	0,0	0,0	0,0	1 035,1	13,2	39,5	0,2
Gesamt Banken	52 317,4	100,0	0,0	0,0	6 736,4	85,9	23 277,5	94,1
Sonstige Kontrahenten								
Deutschland	0,0	0,0	2 869,5	100,0	0,0	0,0	614,2	2,5
Andere EU	0,0	0,0	0,0	0,0	1 007,3	12,8	846,0	3,4
OECD (ohne EU)	0,0	0,0	0,0	0,0	103,9	1,3	0,0	0,0
Gesamt sonstige Kontrahenten	0,0	0,0	2 869,5	100,0	1 111,2	14,1	1 460,2	5,9
Gesamt	52 317,4	100,0	2 869,5	100,0	7 847,6	100,0	24 737,7	100,0

31.12.2010

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Banken								
Deutschland	44 632,6	89,0	0,0	0,0	802,3	13,3	6 508,0	24,5
Andere EU	5 543,8	11,0	0,0	0,0	2 906,0	48,2	18 195,2	68,5
OECD (ohne EU)	0,1	0,0	0,0	0,0	1 040,8	17,2	40,8	0,2
Gesamt Banken	50 176,5	100,0	0,0	0,0	4 749,1	78,7	24 744,0	93,2
Sonstige Kontrahenten								
Deutschland	0,0	0,0	1 508,1	98,9	0,0	0,0	824,2	3,1
Andere EU	0,0	0,0	16,8	1,1	1 065,6	17,6	973,5	3,7
OECD (ohne EU)	0,0	0,0	0,0	0,0	225,0	3,7	0,0	0,0
Gesamt sonstige Kontrahenten	0,0	0,0	1 524,9	100,0	1 290,6	21,3	1 797,7	6,8
Gesamt	50 176,5	100,0	1 524,9	100,0	6 039,7	100,0	26 541,7	100,0

Risikokonzentration nach Währungen

31.12.2011

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
EUR	52 223,6	99,8	2 869,5	100,0	-39 307,4	-500,9	23 459,8	94,8
CAD	0,0	0,0	0,0	0,0	1 163,5	14,8	184,7	0,8
JPY	0,0	0,0	0,0	0,0	3 036,5	38,7	258,1	1,0
USD	0,1	0,0	0,0	0,0	28 270,5	360,2	382,6	1,6
AUD	0,0	0,0	0,0	0,0	7 824,1	99,7	56,5	0,2
GBP	12,0	0,0	0,0	0,0	2 024,2	25,8	396,0	1,6
CHF	75,0	0,2	0,0	0,0	2 297,0	29,3	0,0	0,0
Sonstige Währungen	6,7	0,0	0,0	0,0	2 539,2	32,4	0,0	0,0
Gesamt	52 317,4	100,0	2 869,5	100,0	7 847,6	100,0	24 737,7	100,0

Risikokonzentration nach Währungen

31. 12. 2010

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
EUR	50 059,6	99,8	1 524,9	100,0	-28 593,2	-473,4	25 361,3	95,6
CAD	0,0	0,0	0,0	0,0	1 180,4	19,5	170,8	0,6
JPY	0,0	0,0	0,0	0,0	3 019,1	50,0	286,9	1,1
USD	0,1	0,0	0,0	0,0	18 241,1	302,0	345,5	1,3
AUD	0,0	0,0	0,0	0,0	6 648,7	110,1	0,0	0,0
GBP	11,6	0,0	0,0	0,0	481,8	8,0	366,9	1,4
CHF	71,7	0,1	0,0	0,0	2 220,0	36,8	0,0	0,0
Sonstige Währungen	33,5	0,1	0,0	0,0	2 841,8	47,0	10,3	0,0
Gesamt	50 176,5	100,0	1 524,9	100,0	6 039,7	100,0	26 541,7	100,0

Die Verschiebungen zwischen den Währungen im Vergleich zur Vorperiode sind maßgeblich von den einzelnen Tauschkomponenten der Zins-/Währungsswaps geprägt. Die „Positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurden anhand ihres

positiven beizulegenden Zeitwertes der Aktivseite der Bilanz zugeordnet. Wechselt ein positiver beizulegender Marktwert ins negative oder umgekehrt, kann es zu erheblichen Veränderungen der Risikokonzentration kommen.

Kontrahentengruppen

31. 12. 2011

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Privatbanken/ Sonstige Banken	11 595,2	22,2	0,0	0,0	884,1	11,3	1 751,1	7,1
Ausländische Banken	3 983,4	7,6	0,0	0,0	5 516,7	70,3	17 046,4	68,9
Öffentliche Banken	27 916,4	53,3	0,0	0,0	171,1	2,2	4 207,6	17,0
Genossenschaftsbanken	8 522,4	16,3	0,0	0,0	164,5	2,1	272,4	1,1
Zentralbanken	300,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nichtbanken	0,0	0,0	2 869,5	100,0	1 111,2	14,1	1 460,2	5,9
Gesamt	52 317,4	100,0	2 869,5	100,0	7 847,6	100,0	24 737,7	100,0

31. 12. 2010

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Privatbanken/ Sonstige Banken	10 951,1	21,8	0,0	0,0	622,7	10,3	1 841,8	6,9
Ausländische Banken	5 543,9	11,0	0,0	0,0	3 946,8	65,4	18 236,0	68,7
Öffentliche Banken	26 059,5	52,0	0,0	0,0	108,5	1,8	4 288,1	16,2
Genossenschaftsbanken	7 622,0	15,2	0,0	0,0	71,1	1,2	378,1	1,4
Zentralbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nichtbanken	0,0	0,0	1 524,9	100,0	1 290,6	21,3	1 797,7	6,8
Gesamt	50 176,5	100,0	1 524,9	100,0	6 039,7	100,0	26 541,7	100,0

Risikoaktiva nach Bonitätsklassen in Mio. €

31.12.2011		Bewertung*	Bonitätsklassen						Gesamt
			AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	
Forderungen an Kreditinstitute									
Programmkredite	f AK	80,2	6,1	9,1	1,6	0,0	0,0	0,0	97,0
	FV	8 373,6	5 285,4	10 782,8	2 413,0	0,0	0,0	0,0	26 854,8
Rest	f AK	583,1	1 861,8	350,6	160,6	5,2	0,0	0,0	2 961,3
	FV	989,6	15 525,2	4 236,6	1 103,2	476,4	73,3	0,0	22 404,3
Forderungen an Kunden	f AK	274,0	115,0	1,2	0,0	0,0	0,4	0,0	390,6
	FV	1 873,8	536,6	10,5	55,5	0,0	2,5	0,0	2 478,9
Positive Marktwerte aus derivativen									
Finanzinstrumenten	FV	0,0	3 176,1	4 467,9	164,2	37,8	1,6	0,0	7 847,6
Finanzanlagen	f AK	651,5	783,1	479,0	356,1	205,1	118,3	0,0	2 593,1
	FV	10 029,2	7 773,3	2 818,7	1 040,1	347,6	135,7	0,0	22 144,6
Gesamt		22 855,0	35 062,6	23 156,4	5 294,3	1 072,1	331,8	0,0	87 772,2

31.12.2010		Bewertung*	Bonitätsklassen						Gesamt
			AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	
Forderungen an Kreditinstitute									
Programmkredite	f AK	80,2	1,4	13,3	2,1	0,0	0,0	0,0	97,0
	FV	6 708,4	2 055,0	11 559,8	2 263,2	0,0	0,0	0,0	22 586,4
Rest	f AK	971,6	1 343,7	438,9	141,9	1,8	12,0	0,0	2 909,9
	FV	592,3	16 013,7	5 920,8	1 735,6	147,6	173,2	0,0	24 583,2
Forderungen an Kunden	f AK	312,6	104,8	3,4	24,4	9,9	0,5	0,0	455,6
	FV	460,7	538,1	0,0	70,5	0,0	0,0	0,0	1 069,3
Positive Marktwerte aus derivativen									
Finanzinstrumenten	FV	13,6	2 939,5	2 967,4	102,4	15,7	1,1	0,0	6 039,7
Finanzanlagen	f AK	451,1	816,8	1 568,3	429,4	243,1	157,9	0,0	3 666,6
	FV	9 065,4	9 622,4	3 205,3	509,9	167,4	304,7	0,0	22 875,1
Gesamt		18 655,9	33 435,4	25 677,2	5 279,4	585,5	649,4	0,0	84 282,8

* f AK => fortgeführte Anschaffungskosten $\hat{=}$ Kategorien „Loans and Receivables“ und „Held to Maturity“
 FV => Fair Value $\hat{=}$ Hedge Accounting sowie Kategorien „Held for Trading“, „Designated at Fair Value“ und „Available for Sale“

Vergleich der internen Bonitätsklassen mit den durchschnittlichen externen Ratings der Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch in Mio. €

31.12.2011		Bonitätsklasse extern							ohne externes Rating	Gesamt
		AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	DDD-D		
Bonitätsklasse intern										
AAA	10 947,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11 908,0	22 855,0	
AA	1 830,3	15 571,5	10 274,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7 386,8	35 062,6	
A	0,0	4 544,2	15 865,8	139,6	0,0	0,0	0,0	2 606,8	23 156,4	
BBB	0,0	0,0	975,1	1 495,5	0,0	0,0	0,0	2 823,7	5 294,3	
BB-B	0,0	0,0	35,9	202,5	663,7	0,0	0,0	170,0	1 072,1	
CCC-C	0,0	0,0	1,6	9,8	312,5	5,0	0,0	2,9	331,8	
DDD-D	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Gesamt	12 777,3	20 115,7	27 152,4	1 847,4	976,2	5,0	0,0	24 898,2	87 772,2	

Vergleich der internen Bonitätsklassen mit den durchschnittlichen externen Ratings der Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch in Mio. €

31.12.2010

Bonitätsklasse extern

Bonitäts- klasse intern	Bonitätsklasse extern								Rating	Gesamt
	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	DDD-D	ohne externes		
AAA	9 231,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	9 424,4	18 655,9
AA	3 166,4	15 121,6	8 496,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6 650,9	33 435,4
A	0,0	1 356,4	21 469,9	462,3	0,0	0,0	0,0	0,0	2 388,6	25 677,2
BBB	0,0	600,0	1 777,6	598,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2 303,7	5 279,4
BB-B	0,0	0,0	115,4	346,9	0,0	0,0	0,0	0,0	123,2	585,5
CCC-C	0,0	0,0	189,4	370,3	79,3	0,0	0,0	0,0	10,4	649,4
DDD-D	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	12 397,9	17 078,0	32 048,8	1 777,6	79,3	0,0	0,0	0,0	20 901,2	84 282,8

(In den vorherigen Darstellungen wurden die Bonitätsklassen innerhalb einer Stufe zusammengefasst.)

Risikoversorge

Eine Risikoversorge wird bei ausfallgefährdeten Engagements gebildet. Durch eine Wertminderung aufgrund von erwarteten Zahlungsausfällen wurden für ein Wertpapier die in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfassten Bewertungsverluste von 11,3 Mio. € in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgliedert. Zudem wurde eine Einzelwertberichtigung auf Forderungen an Kunden von 0,1 Mio. € gebildet. Im Vorjahr mussten keine Einzelwertberichtigungen auf Forderungen vorgenommen werden. Die Portfoliowertberichtigung auf den ungesicherten Forderungsbestand zur Berücksichtigung eingetretener, aber nicht identifizierter Risiken von 3,8 Mio. € wurde aufgelöst.

Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte potenzielle Ausfall, bezogen auf die Inanspruchnahme. Zum 31.12.2011 betrug der kumulierte potenzielle Ausfall 97,0 Mio. € (168,4 Mio. €). Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Der durchschnittliche potenzielle Ausfall im Geschäftsjahr 2011 betrug 117,7 Mio. € (113,7 Mio. €). Im Verhältnis zum allokierten Risikodeckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich ein durchschnittlicher potenzieller Ausfall von 45,3 % (43,7 %). Die Höchstinanspruchnahme belief sich auf 161,0 Mio. € (168,4 Mio. €) und lag somit unter dem vom Vorstand genehmigten Limit für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. €. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 85,0 Mio. € (92,2 Mio. €).

Stressszenarien

In einem ersten Stressszenario wird der potenzielle Ausfall bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2011 belief sich der kumulierte potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 133,9 Mio. € (204,5 Mio. €). In zwei weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten (mindestens Verdopplung), eine Verschlechterung der Bonität (um mindestens zwei Stufen) sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte simuliert. In der Risikotragfähigkeit wird das Stressszenario zur Anrechnung herangezogen, welches den höchsten Risikowert bedingt. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler potenzieller Ausfall von 384,7 Mio. € (638,7 Mio. €). Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ist maßgeblich auf die Verfeinerung der Szenarioannahmen zurückzuführen. Auf Basis der aktuellen Szenarioannahmen hätte der maximale potenzielle Ausfall per 31.12.2010 445,0 Mio. € betragen. Die Differenz von 445,0 Mio. € zu 384,7 Mio. € ist überwiegend auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen.

Neben den Stressszenarien wurden im Jahr 2011 erstmals zusätzliche Extremszenarien zur Untersuchung von Risikokonzentrationen betrachtet. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Kreditnehmereinheiten mit dem größten Risiko-Exposure“ wurde zum 31.12.2011 ein potenzieller Ausfall von 1,3 Mrd. € ermittelt. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Länderengagements mit dem größten Risiko-Exposure“ (ohne Deutschland) beträgt der potenzielle Ausfall 2,9 Mrd. €. Diese beiden Szenarien unterstützen die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

Marktpreisrisiken

Definition

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand infolge sich ändernder Marktpreise.

Organisation der marktpreisrisikobehafteten Geschäfte

Die Bank als Teileinheit des Konzerns führt kein Handelsbuch im Sinne von § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in sehr eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist die Bestimmung, qualitative und quantitative Bewertung und Steuerung der Marktpreisrisiken. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko durch weitestgehend fristenkongruente Refinanzierung von bilanziellen Aktiva durch bilanzielle Passiva sowie die Absicherung durch derivative Geschäfte. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft und bei den verbrieften Finanzierungen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene ermittelt die Bank täglich für alle zins-sensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten und misst zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zins-sensitiven Positionen des Konzerns. Die quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Dabei werden die einzubeziehenden Positionen, getrennt nach aktivischen bilanziellen und außerbilanziellen Positionen sowie passivischen bilanziellen und außerbilanziellen Positionen, in Laufzeitbänder eingestellt. Für jedes Laufzeitband wird eine Nettoposition er-

mittelt. Anschließend werden die einzelnen Nettopositionen mit ihrem von der BaFin vorgegebenen laufzeitbandabhängigen Gewichtungsfaktor multipliziert und dann zu einer gewichteten Gesamtnettoposition addiert. Das Ergebnis stellt die geschätzte Änderung des Barwerts dar, die in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln zu setzen sind. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG besteht „unverzögliche“ Anzeigepflicht, falls die negative Veränderung des Barwertes 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimiten barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität von 100 Basispunkten gemessen wird.

Zur Information wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein VaR (Value at Risk) ermittelt. Prognostiziert wird der maximale, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Prognosegüte von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (Deposit-Kurve) und Derivate (Eonia-Kurve).

Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen auf die Deposit-Kurve wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen das Risikodeckungspotenzial. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungspotenzial unterlegt. Das Spreadrisiko würde sich erst bei Durchbrechung der Buy and Hold-Strategie beziehungsweise bei Ausfall eines Geschäftspartners realisieren. Auf der Passivseite ist dies ausgeschlossen, da durch die bestehende Anstaltslast des Bundes für Verbindlichkeiten der Rentenbank deren Erfüllung gesichert ist. Unabhängig davon werden aber die Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung berücksichtigt.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken aus Bilanzgeschäften werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte geschlossen. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in äußerst geringem Umfang. In keiner Währung war ein materielles Risiko feststellbar.

Risikodeckungspotenzial

Das dem Marktpreisrisiko zugewiesene Risikodeckungspotenzial entspricht dem Risikolimit von 61 Mio. €. Dies teilt sich unverändert zum Vorjahr wie folgt auf:

	Limit Mio. €
Geldgeschäft	30,0
Fördergeschäft	31,0
Gesamt	61,0

Standardszenarien

Für alle offenen zins sensitiven Geschäfte der Portfolien „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität unter Verwendung einer Parallelverschiebung der Zinskurven um +100 Basispunkte (BP) gerechnet und den jeweiligen Limiten (siehe Tabelle) gegenübergestellt.

Stressszenarien

Um Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolien „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ berechnet. Im Stressszenario wird nicht eine parallele Verschiebung der Zinskurve wie im Standardszenario untersucht, sondern eine differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Risikoauflagen bzw. -abschläge im Interbankenmarkt für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Fördergeschäft“ werden eine Erhöhung der Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads) und der Basiswap-Spreads sowie einer Reduzierung der Credit-Spreads berechnet. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden nunmehr Korrelationseffekte berücksichtigt.

Limitierung und Reporting

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet. Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und Risikocontrollings. Der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen quartalsweise informiert.

Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrundeliegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ täglich überprüft.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Im Backtesting werden die potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste, verursacht durch tatsächliche Markteffekte, dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankenebene werden quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell validiert.

Aktuelle Risikosituation

Standardszenarien

Zum 31.12.2011 ergab sich für das Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven um +100 BP eine Anrechnung von 15,2 Mio. € (7,9 Mio. €) auf das Risikodeckungspotenzial. Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2011 betrug 5,8 Mio. € (13,4 Mio. €). Dies entsprach einer durchschnittlichen Auslastung von 9,5 % (22 %). Die Höchstinanspruchnahme ergab ein Risiko von 17,6 Mio. € (27,2 Mio. €), die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 0,1 Mio. € (5,1 Mio. €). In den Jahren 2011 und 2010 wurden die Limite nicht überschritten.

Stressszenarien

Die Risikoberechnung in den Stressszenarien erfolgt in den Portfolien „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“. Das „Fördergeschäft“ setzt sich aus Portfolien für das „Kreditgeschäft“ und „Wertpapiergeschäft“ zusammen. Für jedes Portfolio werden die Zinskurven im Rahmen von zwei Einzelszenarien differenziert verschoben. Für die Ermittlung der Gesamtsumme der Szenarien wird das maximale Verlustpotenzial des jeweiligen Portfolios herangezogen. Zum Berichtstichtag ergab sich bei der Verschiebung der Zinskurven um +150 BP für kurze Restlaufzeiten und von +50 BP für lange Restlaufzeiten ein Risikowert von 22,2 Mio. € (18,6 Mio. €).

Die Summe der Marktpreisrisiken im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ von 22,2 Mio. € (18,6 Mio. €) lag unter dem vom Vorstand genehmigten Limit für das Standardszenario von 61 Mio. €.

Für Risikoaufschläge (Spreadrisiken) im „Geldgeschäft“ werden ausgeweitete Risikomargen zwischen Eonia- und Deposit-Kurve von 30 BP (60 BP) im Szenario unterstellt. Dabei werden die Eonia-Kurve um -15 BP (-30 BP) und die Deposit-Kurve um +15 BP (+30 BP) parallel verschoben. Das hieraus resultierende Risiko betrug 2,1 Mio. € (3,4 Mio. €).

Der potenzielle Bewertungsverlust für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit mittels Zinsswaps in gleicher Währung betrug bei dem parallelen Anstieg der Basisswap-Spreads um 15 BP 94,2 Mio. €. Dieses Szenario wird seit Beginn des Jahres 2011 berechnet.

Bei den Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen mit gleicher Zinsbindung zwischen unterschiedlichen Währungen wird im Szenario eine Erhöhung des CCY-Basisswap-Spread von 40 BP (20 BP) unterstellt. Hieraus ergab sich ein Spreadrisiko von 429,2 Mio. € (188,6 Mio. €).

Für Credit-Spreads, die u. a. die Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), die zugrundeliegenden Sicherheiten, die Marktliquidität, möglicherweise aber auch Marktspreads für den Tausch von Fremdwährungsliquidität in Euro, Staatsanleihe-spreads des entsprechenden Sitzlandes oder den Einfluss von Arbitrageeffekten widerspiegeln, wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von -120 BP (-40 BP) für Aktiv- und -80 BP (-40 BP) für Passivgeschäfte im Stressszenario vorgenommen. Die Credit-Spread-Sensitivität betrug 245,5 Mio. € (227,3 Mio. €).

Value at Risk (VaR)

Der Value at Risk als der maximale Verlust aus Markteffekten im „Geldgeschäft“ bei 10-tägiger Haltedauer (1-tägiger Haltedauer) und einer Prognosegüte von 99 % betrug 2,6 Mio. € (0,6 Mio. €) zum 31. 12. 2011.

Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank

Eine quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Durch Schließung aller offenen Festzinspositionen werden kalkulatorisch die Zinsergebnisse aller künftigen Perioden ermittelt. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen ohne Berücksichtigung von Eigenkapitalbestandteilen durchgeführt.

Ein Zinsschock von +100 BP würde für die Gesamtbank zum 31.12.2011 zu einer negativen Wertveränderung von 179,6 Mio. € (140,1 Mio. €) führen.

Seit Dezember 2011 fordert die BaFin, die plötzlichen und unerwarteten Zinsänderungen mit einem Parallelshift von +(-)200 BP zu simulieren. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von -325,8 Mio. €. Im Vorjahr ergaben die Risikowerte für einen Zinsschock von +130 BP -136,8 Mio. € und für Zinsänderungen von -190 BP +299,1 Mio. €. Abschließend werden die aus den Szenarien ermittelten Risikowerte in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln nach § 10 KWG gesetzt. Sofern die Quote eine Meldegrenze von 20 % überschreitet, ist eine Meldung nach § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG erforderlich. Dies war in den Jahren 2010 und 2011 zu keinem Zeitpunkt der Fall.

Liquiditätsrisiken

Definition

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Steuerung und Überwachung

Die Liquiditätsrisiken aus den offenen Liquiditäts-salden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes Limit, das an die Refinanzierungsmöglichkeiten angelehnt ist, begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und informiert den Vorstand und die zuständigen Fachabteilungen über die Ergebnisse.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Emissionen und Offenermarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das EMTN-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. traditionelle Instrumente aufgenommen werden.

Analog den Anforderungen der dritten MaRisk-Novelle werden zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlich erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten. Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liqui-

ditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren die jeweiligen frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten nicht überschreiten.

Zur Überwachung der mittel- und langfristigen Liquidität werden die planmäßigen Fälligkeiten für die jeweils folgenden 15 Jahre quartalsweise dargestellt. Ein langfristiges Liquiditätslimit ist über alle Laufzeitenbereiche eingerichtet. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Stressszenarien

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditäts-szenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolien. Mit dem Szenario-Mix wird das gleichzeitige (kombinierte) Eintreten von institutsspezifischen und marktbedingten Stressszenarien simuliert.

Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen fristenkongruent gegenübergestellt. Ferner werden im Rahmen einer Hochrechnung diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage bestimmt. Im Berichtsjahr 2011 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,31 und 5,83 (2,16 und 3,30) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Reporting

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Verwaltungsrat wird hierüber quartalsweise informiert.

Aktuelle Risikosituation

Das Liquiditätsrisiko bei nicht fristgerecht eingehenden Tilgungs- und Zinszahlungen ist bei funktionierenden Märkten angesichts der Triple-A-Ratings der Bank und der kurzfristig zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt beherrschbar. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe der frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten beschafft werden. Diese überschritten stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren.

Das Limit für die mittel- und langfristige Liquidität wurde im Geschäftsjahr 2011 nicht überschritten.

Stressszenarien

Die Rentenbank führt ebenfalls Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigen zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt nachkommen kann.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Rechtsrisiken, Risiken aus sonstigen strafbaren Handlungen (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Organisationsstruktur operationeller Risiken

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, die verpflichtende oder begünstigende Rechtswirkung für den Konzern haben könnten sowie bei Abweichungen von Vertragsstandards.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus sonstigen strafbaren Handlungen, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und Maßnahmen zur Optimierung der Anti-Fraud-Organisation abgeleitet. Innerhalb Fraud-relevanter Themengebiete wird die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Anti-Fraud-Organisation analysiert.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst und werden in der Risikotragfähigkeitsanalyse unter dieser Risikoart berücksichtigt. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

Quantifizierung der operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfanges festgelegt.

Schadensfallerhebung

Alle Schadensereignisse des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Die Erfassung aller laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfolgt dezentral durch die Operational-Risk-Beauftragten. Operationelle Risiken werden in den einzelnen Geschäftsbereichen gemanagt, sodass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen

zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der jeweiligen Organisationseinheiten liegen. Die Analyse und Aggregation der Schadensfälle sowie die methodische Weiterentwicklung der eingesetzten Instrumente erfolgt im Risikocolling.

Self Assessment

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, zu nutzen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert, anschließend nach Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet und ggf. durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

Limitierung und Reporting

Für die operativen Risiken wird das Limit anhand eines modifizierten Basisindikatorenansatzes ermittelt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Vorstand, den Verwaltungsrat und den ersten Führungskreis.

Aktuelle Risikosituation

Die Auslastung des operationellen Risikos im Standardszenario betrug am Stichtag 30,9 Mio. € (26,6 Mio. €). Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 61,8 Mio. € (53,2 Mio. €) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden vier bedeutende Schadensereignisse (ab 5 Tsd. €) in der Schadensfalldatenbank erfasst, deren erwarteter Nettoverlust 284 Tsd. € betrug. Im Vorjahr lagen keine bedeutenden Einzelverluste aus operationellen Risiken vor.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Prognosebericht

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen an Kredit- und Finanzmärkten ab. Diese werden u. a. durch die Konjunktur, die jeweilige Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage an den Agrarmärkten eine wichtige Rolle. Mittel- und langfristig sind die Aussichten des Agrarsektors insbesondere mit Blick auf die zunehmende Weltbevölkerung insgesamt sehr positiv. Dennoch sind auch die Agrarmärkte nicht unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Die Mitte 2011 einsetzende weltweite Abschwächung wird wahrscheinlich auch in den ersten Monaten 2012 anhalten. Erst in der zweiten Jahreshälfte könnte es zu einer leichten wirtschaftlichen Erholung kommen. Die andauernde Staatsschuldenkrise im Euroraum und die noch nicht überwundene Instabilität in Teilen des Finanzsektors belasten jedoch die weitere Entwicklung.

Für Deutschland prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr lediglich ein Wirtschaftswachstum von unter einem Prozent. Im Durchschnitt des Euroraums wird sogar eine leichte Rezession nicht ausgeschlossen. In vielen europäischen Staaten dürften die Bemühungen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Mit der sich insgesamt abschwächenden Weltkonjunktur dürften außerdem auch die Impulse des Außenhandels nachlassen.

Für das Jahr 2012 zeichnet sich im Euroraum eine niedrigere durchschnittliche Inflationsrate ab, insbesondere wegen der getrübbten Konjunkturaussichten, aber auch aufgrund von Basiseffekten bei den Preisen für Energie und Nahrungsmittel. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwartet einen Preisanstieg zwischen 1,5 % und 2,5 % im laufenden Jahr.

Vor diesem Hintergrund wird die EZB auf absehbare Zeit vermutlich ihre Geldpolitik nicht straffen und ihren Leitzins vorerst bei 1,0 % belassen. Sollte sich die Staatsschuldenkrise erneut verschärfen, ist jedoch auch eine weitere Lockerung nicht völlig auszuschließen. Die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen wie Bundesanleihen dürften ebenfalls niedrig bleiben, da sich angesichts der noch ungelösten Staatsschuldenkrise viele Anleger weiterhin risikoscheu verhalten werden. Neugeschäfte mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten sind für 2012, mit Ausnahme der durch Bareinlagen besicherten Derivate, gegenwärtig nicht vorgesehen. Rund 46 % des Engagements in den Peripherie-Staaten wird bis Ende 2013 fällig.

Die Rentenbank mit ihrem soliden Geschäftsmodell in Verbindung mit den Triple-A-Ratings geht auch unter diesen Rahmenbedingungen davon aus, ihren Förderauftrag erfüllen zu können.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Mehrjahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Mehrjahresplanung.

Im Rahmen unserer aktuellen Planung wird im Konzern aufgrund der Entwicklung an den Kredit- und Kapitalmärkten sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 ein Neugeschäftsvolumen unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Durch die absehbar hohen Fälligkeiten im Fördergeschäft wird sich der Bestand und in der Folge auch die Erträge in 2012 und 2013 wahrscheinlich reduzieren. Der Schwerpunkt in der Kreditvergabe ist dabei weiterhin das Programmkreditgeschäft. Zur Refinanzierung des Neugeschäfts stehen unverändert alle Emissionsprogramme zur Verfügung. Auch das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird aus heutiger Sicht 2012 und 2013 im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig sein. Die Erträge des Segments „Kapitalstock“ werden dagegen leicht ansteigen.

Die Kostenplanung für die Jahre 2012 und 2013 berücksichtigt die erforderlichen Investitionsmaßnahmen für Datenverarbeitung und Gebäude. In den Investitionen für die Datenverarbeitung sind auch die Implementierung des neuen Handelssystems sowie der Erwerb der bereits ausgeschriebenen neuen Meldewesen-Software enthalten. Auch die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden weiterhin dafür sorgen, dass die Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren – trotz eines strengen Kostenmanagements – in den relevanten Bereichen steigen werden.

Vor diesem Hintergrund werden im Konzern 2012 und 2013 rückläufige operative Ergebnisse erwartet, die jedoch weiterhin über dem Vorkrisenniveau (2007 von 146 Mio. €) liegen werden. Die zufriedenstellende Ertragsentwicklung ermöglicht dem Konzern neben einer angemessenen Vorsorge für alle erkennbaren Risiken auch eine weitere Stärkung der Kapitalausstattung.

Die unter drei verschiedenen Szenarien ermittelten Betriebsergebnisse für 2012 bis 2013 schwanken in einer Bandbreite von rd. 25 %. Auch unter Stressbedingungen liegen diese über dem Vorkrisenniveau (2007).

Durch marktbedingte Veränderungen der Bewertungsparameter in den ersten zwei Monaten des Jahres 2012, insbesondere der Kosten für den Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen, sowie die Erholung der Marktkurse insbesondere für Anleihen aus den Euro-Peripherie-Staaten sind die Bewertungsverluste des Vorjahres zu einem großen Teil bereits wieder kompensiert worden. Dadurch sind das Ergebnis der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und das Konzerngesamtergebnis zum Monatsultimo Februar im unteren dreistelligen Mio. €-Bereich positiv. Durch die hohe Volatilität der Marktparameter ist die weitere Entwicklung des Bewertungsergebnisses nicht verlässlich prognostizierbar.

Das Fördergeschäft entwickelte sich in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres annahm gemäß. Der Vorstand ist zuversichtlich, das Planvolumen im mittel- und langfristigen Fördergeschäft und die Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2012 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Konzernabschluss

Konzern-Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	Notes	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinserträge		3 906,5	4 019,3
Zinsaufwendungen		3 544,6	3 668,4
Zinsüberschuss	26	361,9	350,9
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	13, 27	15,6	5,0
davon Bildung Programmkredite		68,5	71,7
davon Auflösung Programmkredite		48,6	44,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge/Zinsunterdeckung		346,3	345,9
Provisionserträge		0,3	2,7
Provisionsaufwendungen		2,6	2,7
Provisionsergebnis	28	-2,3	0,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	29	-11,3	-0,1
Verwaltungsaufwendungen	30	48,0	49,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	31	-0,4	0,7
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	32	-352,4	-144,4
Ergebnis aus Steuern	33	-1,2	-1,1
Konzernjahresfehlbetrag (-überschuss)		-69,3	151,8
2) Sonstiges Ergebnis			
Veränderung der Neubewertungsrücklage	59	-359,8	-230,0
3) Konzerngesamtergebnis		-429,1	-78,2

Überleitungsrechnung zum Konzernbilanzgewinn

	Notes	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €
Konzernjahresfehlbetrag (-überschuss)		-69,3	151,8
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen			
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	34	21,4	29,2
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen	34	118,4	0,0
Einstellungen in die Gewinnrücklagen			
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	34	58,2	87,0
b) in die Anderen Gewinnrücklagen	34	0,0	82,2
Konzernbilanzgewinn		12,3	11,8

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	Notes	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €
Barreserve	37	778,6	53,5
Forderungen an Kreditinstitute	38	51 383,0	49 286,5
<i>davon Förderbeitrag Forderungen an Kreditinstitute</i>	40	-270,7	-249,4
Forderungen an Kunden	39	2 853,9	1 517,4
<i>davon Förderbeitrag Forderungen an Kunden</i>	40	-0,1	-0,1
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	41	772,5	285,2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	42	7 847,6	6 039,7
Finanzanlagen	43	24 737,7	26 541,7
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	14, 44	0,0	0,8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	15, 45	16,3	16,8
Sachanlagen	16, 46	22,4	22,6
Immaterielle Vermögenswerte	17, 47	5,7	2,5
Laufende Ertragsteueransprüche	20, 48	2,0	1,7
Aktive latente Steuern	20, 49	0,5	1,5
Sonstige Aktiva	19, 50	456,9	13,1
Gesamt		88 877,1	83 783,0

Passiva	Notes	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51	3 107,5	2 494,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	52	6 147,6	5 628,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	53	68 161,8	65 101,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	54	4 262,5	3 341,8
Rückstellungen	21, 22, 55	104,2	102,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	56	912,4	889,5
Passive latente Steuern	20, 57	0,1	0,0
Sonstige Passiva	23, 58	4 475,3	4 078,0
Eigenkapital	24, 34, 59	1 705,7	2 146,6
<i>Gezeichnetes Kapital</i>		135,0	135,0
<i>Gewinnrücklagen</i>		2 321,8	2 403,4
<i>Neubewertungsrücklage</i>		-763,4	-403,6
<i>Konzernbilanzgewinn</i>		12,3	11,8
Gesamt		88 877,1	83 783,0

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

Entwicklung des Eigenkapitals vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt 2011
Eigenkapital zum 01. 01. 2011	135,0	2 403,4	-403,6	11,8	2 146,6
Konzernjahresfehlbetrag		-81,6		12,3	-69,3
Veränderung unrealisierter Gewinne und Verluste			-359,8		-359,8
Konzerngesamtergebnis	0,0	-81,6	-359,8	12,3	-429,1
Auszahlung des Bilanzgewinns				-11,8	-11,8
Eigenkapital zum 31. 12. 2011	135,0	2 321,8	-763,4	12,3	1 705,7

Entwicklung des Eigenkapitals vom 01. Januar bis 31. Dezember 2010

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt 2010
Eigenkapital zum 01. 01. 2010	135,0	2 263,4	-173,6	11,3	2 236,1
Konzernjahresüberschuss		140,0		11,8	151,8
Veränderung unrealisierter Gewinne und Verluste			-230,0		-230,0
Konzerngesamtergebnis	0,0	140,0	-230,0	11,8	-78,2
Auszahlung des Bilanzgewinns				-11,3	-11,3
Eigenkapital zum 31. 12. 2010	135,0	2 403,4	-403,6	11,8	2 146,6

Für weitere Erläuterungen des Eigenkapitals wird auf die Abschnitte (24) und (59) verwiesen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

	Notes	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Konzernjahresüberschuss		-69	152
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	30	5	3
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	27	16	26
Wertminderung von Finanzanlagen	29	11	0
Veränderung von Rückstellungen	55	15	0
Gewinn aus der Veräußerung von Sachanlagen	44	0	0
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		1	0
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	32	352	144
Zinsüberschuss	26	-362	-351
Zwischensumme		-31	-26
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	38	-2 114	-3 473
Forderungen an Kunden	39	-1 337	-904
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	42	-1 808	-3 167
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-927	112
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51	613	-1 166
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	52	519	-156
Verbrieftete Verbindlichkeiten	53	3 060	4 839
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	54	921	-1 021
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		83	3 673
Erhaltene Zinsen	26	3 901	4 015
Erhaltene Dividenden	26	5	4
Gezahlte Zinsen	26	-3 545	-3 668
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-352	-144
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1 012	-1 082
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen	43	6 628	6 646
Sachanlagen	44	1	0
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen	43	-4 828	-5 226
immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	46 – 47	-8	-1
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		1 793	1 419
Nachrangige Verbindlichkeiten	56	-44	-374
Auszahlung des Bilanzgewinns		-12	-11
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		-56	-385
Zahlungsmittelbestand jeweils zum 01. 01.		54	102
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-1 012	-1 082
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		1 793	1 419
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		-56	-385
Effekte aus Wechselkursänderungen		0	0
Zahlungsmittelbestand jeweils zum 31. 12		779	54

Die Konzern-Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands der Geschäftsjahre 2011 und 2010 aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit im Vergleich. Der Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve.

Die Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit wurden nach der indirekten Methode ermittelt. Hierbei wird der Konzernjahresüberschuss um zahlungsunwirksame Posten sowie den mit Investitions- und Finanzierungstätigkeit verbundenen Ein- und Auszahlungen bereinigt. Der bereinigte Konzernjahresüberschuss wird um die Veränderungen der Vermö-

genswerte und Verpflichtungen korrigiert. Erhaltene und gezahlte Zinsen und Dividenden werden den Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit zugerechnet. Die Cash-Flows aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurden nach der direkten Methode ermittelt.

Die Liquiditätssteuerung des Konzerns ist auf die Rentenbank konzentriert. Die pflichtgemäß nach IAS 7 erstellte Konzern-Kapitalflussrechnung hat als Indikator für die Liquiditätslage nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Lagebericht zur Liquiditätssteuerung des Konzerns verwiesen.

Konzernanhang (Notes)

Grundlagen der Rechnungslegung	105
--------------------------------------	-----

Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen	105
---	-----

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	106
---	-----

(1) Allgemeine Angaben	106
(2) Schätzungen	106
(3) Konsolidierungskreis	106
(4) Konsolidierungsgrundsätze	107
(5) Finanzinstrumente	107
(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente	109
(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	110
(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)	111
(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten	111
(10) Währungsumrechnung	112
(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte	112
(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	112
(13) Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung	113
(14) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	113
(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	113
(16) Sachanlagen	113
(17) Immaterielle Vermögenswerte	113
(18) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten	113
(19) Sonstige Aktiva	113
(20) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten	113
(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	114
(22) Andere Rückstellungen	114
(23) Sonstige Passiva	114
(24) Eigenkapital	114
(25) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	115

Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung	116
--	-----

(26) Zinsüberschuss	116
(27) Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung	116
(28) Provisionsergebnis	117
(29) Ergebnis aus Finanzanlagen	117
(30) Verwaltungsaufwendungen	118
(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis	118
(32) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	119
(33) Ergebnis aus Steuern	120
(34) Gewinnrücklagen	120

Segmentberichterstattung	120
--------------------------------	-----

(35) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung	120
(36) Segmente	121

Erläuterungen zur Bilanz 122

(37)	Barreserve	122
(38)	Forderungen an Kreditinstitute	122
(39)	Forderungen an Kunden	122
(40)	Risikovorsorge/Zinsunterdeckung im Kreditgeschäft	122
(41)	Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	123
(42)	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	123
(43)	Finanzanlagen	124
(44)	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	125
(45)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	125
(46)	Sachanlagen	125
(47)	Immaterielle Vermögenswerte	126
(48)	Laufende Ertragsteueransprüche	126
(49)	Aktive latente Steuern	127
(50)	Sonstige Aktiva	128
(51)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	128
(52)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	128
(53)	Verbriefte Verbindlichkeiten	128
(54)	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	129
(55)	Rückstellungen	129
(56)	Nachrangige Verbindlichkeiten	131
(57)	Passive latente Steuern	131
(58)	Sonstige Passiva	132
(59)	Eigenkapital	132
(60)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	133

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten 134

(61)	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien	134
(62)	Ergebnis nach Bewertungskategorien	135
(63)	Hierarchie der ermittelten beizulegenden Zeitwerte	136
(64)	Ergänzende Angaben zum beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten	137
(65)	Derivative Geschäfte	138
(66)	Liquiditätsanalyse	139
(67)	Restlaufzeitengliederung	141

Sonstige Angaben 142

(68)	Eigenkapitalmanagement	142
(69)	Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital	142
(70)	Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte	142
(71)	Darstellung der Volumina der Fremdwährungsgeschäfte	143
(72)	Anteilsbesitzliste	144
(73)	Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	145
(74)	Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	147
(75)	Abschlussprüferhonorare	147

Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende Konzernabschluss der Rentenbank wurde in Übereinstimmung mit allen für das Geschäftsjahr 2011 verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend gemäß § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Er basiert auf der Verordnung 1606/2002 des Europäischen Parlaments und Rates vom 19. Juli 2002 sowie den Verordnungen, mit denen die IFRS in das EU-Recht übernommen wurden. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und des Standing Interpretations Committee (SIC).

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang. Die Konzern-Gesamtergebnisrechnung setzt sich zusammen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ergänzt um eine Überleitung auf das

Konzerngesamtergebnis. Der Konzernabschluss sowie der ergänzende Konzernlagebericht wurden vom Vorstand der Landwirtschaftlichen Rentenbank aufgestellt. Er wird voraussichtlich am 29. März 2012 mit Billigung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts durch den Verwaltungsrat zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Berichtswährung ist Euro. Alle Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben.

Die erforderlichen Informationen zu den Bonitäts-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31 – 7.42 enthält grundsätzlich der Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts.

Die Offenlegungsvorschriften im Rahmen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) werden in einem gesonderten Offenlegungsbericht erfüllt. Dieser verweist u. a. auf Darstellungen im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts sowie im Konzernanhang ab Abschnitt (68).

Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen

Nachfolgend wird pflichtgemäß auf Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen hingewiesen, die von der Rentenbank im Geschäftsjahr 2011 erst-

mals verpflichtend anzuwenden waren. Diese hatten jedoch keine Auswirkungen auf den vorliegenden Konzernabschluss.

Standard/ Interpretation	Bezeichnung	anzuwenden für Geschäftsjahre ab
IFRS 1	Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7	1. Juli 2010
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	1. Januar 2011
IAS 32	Einstufung von Bezugsrechten	1. Februar 2010
IFRIC 14	Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsvorschriften (bei Pensionsplänen)	1. Januar 2011
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten mit Eigenkapitalinstrumenten	1. Juli 2010
Diverse	Verbesserungen der IFRS (Mai 2010)	1. Juli 2010 bzw. 1. Januar 2011

Folgende Standardänderung ist bereits veröffentlicht, aber erst für zukünftige Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden:

Standard/ Interpretation	Bezeichnung	anzuwenden für Geschäftsjahre ab
IFRS 7	Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte	1. Juli 2011

Die Änderungen an IFRS 7 werden voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Die Vorschriften des geänderten Standards werden nicht vorzeitig angewendet.

Die vom Standardsetzer zum 31. 12. 2011 verabschiedeten, aber von der EU noch nicht übernommenen Standards werden im Konzern nicht vorzeitig angewendet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde angenommen, dass das Unternehmen fortgeführt wird. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden, sofern nicht anders vermerkt, einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt.

Dem Konzernabschluss liegen sowohl Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert als auch zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde. Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind (periodengerechte Abgrenzung). Bei Finanzinstrumenten werden direkt zuzuordnende Anschaffungsnebenkosten (z. B. Provisionen) sowie Zinsbestandteile, die einmalig gezahlt werden (z. B. Agien und Disagien, Zerokomponenten, Upfront Payments bei Derivaten) nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit GuV-wirksam abgegrenzt und direkt mit dem Bilanzposten verrechnet. Anteilige Zinsen werden in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

(2) Schätzungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert bestimmte Schätzungen. Diese können sich wesentlich auf die Vermögens- und Ertragslage auswirken. Die verwendeten Schätzungen werden fortlaufend validiert. Sie basieren neben Erfahrungswerten aus der Vergangenheit auch auf Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse.

Schätzungen beeinflussen wesentlich insbesondere die Ermittlung von Wertminderungen aufgrund erwarteter Zahlungsausfälle, der Bestimmung des beizulegenden

Zeitwerts für Finanzinstrumente und der Berechnung von Pensionsverpflichtungen und werden deshalb im Rahmen der jeweiligen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden detailliert erläutert.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der Rentenbank für das Geschäftsjahr 2011 wurden neben der Bank als Konzernmuttergesellschaft die beiden Töchter LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (LRB) und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (DSV) einbezogen. Eine detaillierte Aufstellung der von der Bank gehaltenen Anteile enthält Abschnitt (72).

Zwei Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main) mit untergeordneter Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Die Anteile an diesen Unternehmen werden in den „Finanzanlagen“ ausgewiesen. Anhand der Jahresabschlussdaten der zwei Gesellschaften ergab sich bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns bzw. den Konzernjahresüberschuss ein Anteil von jeweils unter 1 %. Diese Daten basieren für die Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31. 12. 2011, für die Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, auf dem Jahresabschluss zum 31. 12. 2010. Der Jahresabschluss der Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH für das Jahr 2011 steht noch aus, wird aber voraussichtlich nur unwesentlich abweichen.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wurde unter einheitlicher Anwendung der für die Bank geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt. Konzerninterne Forderungen, Schulden und Zwischenergebnisse werden ebenso wie konzerninterne Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

Die Bilanzsumme des handelsrechtlichen Jahresabschlusses der LRB betrug am 31. Dezember 2011 219,9 Mio. € (219,5 Mio. €), die der DSV 15,0 Mio. € (15,1 Mio. €).

(5) Finanzinstrumente

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Kassageschäfte werden zum Erfüllungstag angesetzt und Derivate zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet, welcher in der Regel dem Kauf-/Verkaufspreis entspricht. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen hängt von der Kategorisierung nach IAS 39 ab.

Kategorien der Finanzinstrumente

Financial Assets/ Liabilities at Fair Value through Profit or Loss

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Held for Trading“)
- Als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten“ eingestufte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Designated as at Fair Value“)

Der Unterkategorie „Held for Trading“ werden alle Derivate und finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die mit einer kurzfristigen Verkaufsabsicht abgeschlossen worden sind, zugeordnet. Im Konzern sind dies ausschließlich Derivate inkl. zu trennender eingebetteter Derivate. Die Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern.

Bestimmte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen können beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet werden (Fair Value Option). Gemäß IAS 39 kommt die Fair Value Option nur unter folgenden Bedingungen in Betracht:

- Die Anwendung beseitigt oder verringert ansonsten entstehende Bewertungsinkongruenzen.
- Die finanziellen Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen sind Teil eines Portfolios, welches auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts gesteuert wird.
- Der finanzielle Vermögenswert oder die Verpflichtung enthalten zu trennende eingebettete Derivate.

Befinden sich finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen mit Derivaten in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung und können die restriktiven bilanziellen Vorschriften des Hedge Accountings (siehe Abschnitt (7)) nicht dauerhaft angewendet werden, so wird für die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen die Fair Value Option genutzt. Die betreffenden finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen würden ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten oder GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wohingegen die Sicherungsderivate GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Diese drohende Bewertungsinkongruenz wird somit vermieden.

Die finanziellen Vermögenswerte oder Verpflichtungen der Kategorie „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden hierbei implizit berücksichtigt. Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation von Agien oder Disagien werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Loans and Receivables

Der Kategorie „Loans and Receivables“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Nicht an einem aktiven Markt notiert
- Feste oder bestimmbare Zahlungen

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte („Held for Trading“) und solche, für die die Fair Value Option angewendet wurde
- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation der Kategorie „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, für die der Inhaber seine ursprüngliche Investition infolge anderer Gründe als einer Bonitätsverschlechterung nicht mehr nahezu vollständig wiedererlangen könnte (z. B. Indexzertifikate, deren Rückzahlung von einer Indexentwicklung abhängig ist)

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Loans and Receivables“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Posten Risikovorsorge erfasst.

Held to Maturity

Der Kategorie „Held to Maturity“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- Kein Derivat
- Feste oder bestimmbare Zahlungen
- Absicht und Fähigkeit, diese bis zur Endfälligkeit zu halten

Von dieser Kategorie ausgeschlossen sind:

- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation den Kategorien „Designated as at Fair Value“ oder „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, die per Definition der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet sind

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Held to Maturity“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der

Konzern-Gesamtergebnisrechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Available for Sale

Der Kategorie „Available for Sale“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die zu keiner der anderen aktivischen Kategorien gehören.

Die finanziellen Vermögenswerte dieser Kategorie werden GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen.

Bei Abgang oder Wertminderung werden die in der Neubewertungsrücklage kumulierten Gewinne oder Verluste in die Konzern-Gesamtergebnisrechnung in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgliedert.

Nicht notierte Eigenkapitaltitel, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen bewertet. Im Konzern betrifft dies die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen.

Other Liabilities

Der Kategorie „Other Liabilities“ werden alle finanziellen Verpflichtungen zugeordnet, die nicht in der Kategorie „Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ erfasst sind.

Finanzielle Verpflichtungen der Kategorie „Other Liabilities“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Bilanzposten direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation werden mit der Zinsabgrenzung im Zinsergebnis ausgewiesen.

Überblick der im Konzern verwendeten Klassen von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte

Klasse	Bewertungskategorie
Barreserve	Loans and Receivables
Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Forderungen an Kunden	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Finanzanlagen	Available for Sale Held to Maturity Designated as at Fair Value
Sonstige Aktiva	Loans and Receivables
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-

Finanzielle Verbindlichkeiten

Klasse	Bewertungskategorie
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Nachrangige Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Sonstige Passiva	Other Liabilities

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Nicht-derivative, ursprünglich zu Handelszwecken erworbene finanzielle Vermögenswerte, für die keine kurzfristige Verkaufsabsicht mehr besteht, können nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände aus der Kategorie „Held for Trading“ umgegliedert werden. Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz der Definition „Loans and Receivables“ entsprechen hätten (z.B. Schuldscheindarlehen), können aus den Kategorien „Held for Trading“ und „Available for Sale“ umgegliedert werden, wenn sie auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Available for Sale“ dürfen in die Kategorie „Held to Maturity“ umgegliedert werden, wenn sie bis zur Endfälligkeit

gehalten werden sollen und können. Eine umgekehrte Umgliederung von der Kategorie „Held to Maturity“ in die Kategorie „Available for Sale“ ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

(6) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente

Der beizulegende Zeitwert ist jener Betrag, zu dem ein Finanzinstrument unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann. Für Finanzinstrumente, die auf aktiven Märkten gehandelt werden, basiert die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf notierten Marktkursen. Ein Finanzinstrument gilt als auf einem aktiven Markt notiert, wenn Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden. Sind die genannten Kriterien nicht erfüllt, gilt der Markt als inaktiv. Da es am Markt teilweise eine Vielzahl von Preisstellern mit unterschiedlichen Ausprägungen gibt, erfolgt die Auswahl der verwendeten Marktpreise anhand eines Kriterienkatalogs. Die gewählten Kriterien sowie die hierbei zugrunde gelegten Bandbreiten basieren auf Ermessensentscheidungen. Hinweise auf einen inaktiven Markt sind z.B. eine große Geld-Brief-Spanne oder nur wenige Transaktionen in der jüngeren Vergangenheit.

Für alle anderen Finanzinstrumente, für die keine Kurse auf aktiven Märkten notiert sind, wird der beizulegende Zeitwert mittels aufsichtsrechtlich anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Den Modellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde.

Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cash-Flow (DCF)-Methode) ermittelt. Bei nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird zur Abzinsung die Deposit-/Swapkurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads herangezogen. Bei den Credit-Spreads werden die beobachtbaren Marktdaten differenziert nach Rating, Laufzeit, Währung und Besicherungsgrad abgeleitet. Bei der Entscheidung, welche Marktdatenquellen für die Ableitung des Credit-Spreads herangezogen werden, bestehen Ermessensspielräume. Änderungen bei den Marktdatenquellen für die Credit-Spreads wirken sich auf die im Konzernabschluss dargestellten beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente aus. Für die Derivate werden zur Diskontierung neben der Eonia- oder Deposit-/Swapkurve sog. Basisswap-Spreads und Cross-Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Die Zinskurven, Basisswap-Spreads und CCY-Basisswap-Spreads werden differenziert nach Laufzeit und

Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen.

Eine Erhöhung der Refinanzierungskosten durch Spreadveränderungen führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Refinanzierungskosten zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Für finanzielle Vermögenswerte ist der Effekt aus der Veränderung der Credit-Spreads umgekehrt. Höhere Margen durch steigende Credit-Spreads führen zu Bewertungsverlusten, sinkende Margen zu Bewertungsgewinnen.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit bankaufsichtsrechtlich anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Die hier beschriebenen Bewertungsmethoden werden nach IFRS 7.27Af. verschiedenen Hierarchieleveln zugeordnet (siehe Abschnitt (63)).

Im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen werden beim Grundgeschäft nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Im Konzern beschränkt sich in diesem Zusammenhang das gesicherte Risiko ausnahmslos auf das Zinsrisiko. Der zinsinduzierte beizulegende Zeitwert wird anhand der Deposit-/Swapkurve zuzüglich der konstanten individuellen Marge des Geschäfts ermittelt.

(7) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

Die Bank schließt Derivate ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken ab. Derivate werden immer GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die abgesicherten Bilanzgeschäfte dagegen werden zunächst zu fortgeführten Anschaffungskosten oder GuV-neutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Durch die unterschiedlichen Bewertungsansätze kommt es zu entsprechenden Bewertungsinkongruenzen und damit zu Schwankungen in der GuV.

IFRS erlaubt eine bilanzielle Abbildung dieser wirtschaftlichen Sicherungszusammenhänge im Rahmen des Hedge Accountings. Können die sehr restriktiven Anforderungen zum Hedge Accounting nicht dauerhaft erfüllt werden, ordnet die Bank die abgesicherten Bilanzgeschäfte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zu.

Bei den bilanziellen Sicherungszusammenhängen wird zwischen Fair Value Hedges und Cash-Flow

Hedges unterschieden. Durch die geschäftspolitische Ausrichtung der Bank, Zinsrisiken im Wesentlichen über Derivate in eine variable Struktur in Euro zu transferieren, kommt bilanziell nur der Fair Value Hedge zum Einsatz.

Beim Fair Value Hedge werden die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Bilanzgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, unabhängig von der Kategorie GuV-wirksam erfasst. Die GuV-wirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch in hohem Maße kompensiert.

Geschäfte mit größeren Volumina werden grundsätzlich auf Einzelbasis (Mikro Hedge) abgesichert. Die im Rahmen des Förderauftrags begebenen Programmkredite werden aufgrund der geringen Volumina je Einzelgeschäft im Wesentlichen auf Portfoliobasis (Makro Hedge) abgesichert.

Bei Abschluss einer Transaktion werden die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Im **Mikro Hedge**-Bereich werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten in einer Sicherungsbeziehung zusammengefasst. Zu Beginn der Sicherungsperiode wird ex ante von Effektivität ausgegangen, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungsderivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (Critical Term Match). Die Ex post-Effektivität sowie die Ex ante-Effektivität werden während der Sicherungsperiode zu den Bilanzierungsstichtagen mittels einer Regressionsanalyse gemessen. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn die Steigung der durch die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bestimmten linearen Regressionsgeraden zwischen -0,8 und -1,25 liegt. Darüber hinaus muss die Güte der Regression, gemessen mittels dem Bestimmtheitsmaß, einen Wert von größer oder gleich 0,8 aufweisen. Für die Regressionsanalyse werden Daten der letzten sechs Monate herangezogen. Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accountings für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend

seiner Kategoriezuordnung bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen des designierten Grundgeschäfts werden unter Verwendung der Effektivzinsmethode GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung über die Restlaufzeit amortisiert.

Die im Rahmen des Fair Value Hedge auf Portfoliobasis (**Makro Hedge**) abgesicherten Grundgeschäfte werden zu Beginn jeder Sicherungsperiode auf Basis der Fälligkeit der einzelnen erwarteten Zahlungsströme einem vierteljährlichen Laufzeitband zugeordnet. Für jedes Laufzeitband werden Zinsswaps als Sicherungsinstrumente maximal in Höhe des Nominalwerts der kumuliert zugrunde liegenden Grundgeschäfte bestimmt. Die Sicherungsperiode umfasst in der Regel einen Monat. Übersteigt das Neugeschäft in einem Laufzeitband innerhalb der Sicherungsperiode ein bestimmtes Volumen, kann die Sicherungsbeziehung für dieses Laufzeitband vorzeitig beendet und neu definiert werden.

Beim Makro Hedge wird die Ex ante-Effektivität abweichend zum Mikro Hedge mittels einer Sensitivitätsanalyse bestimmt, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird. Die Ex post-Effektivität wird nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hier werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben, wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von -80 % bis -125 % liegt.

Bei effektiven Laufzeitbändern werden am Ende der Sicherungsperiode die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte zusammen mit den gegenläufigen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte GuV-wirksam im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst. In der Bilanz wird im Gegensatz zum Mikro Hedge Accounting nicht der Buchwert der einzelnen Grundgeschäfte angepasst. Stattdessen wird die Anpassung des Buchwerts der Grundgeschäfte in dem separaten Bilanzposten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte ausgewiesen. Dieser wird über die Restlaufzeit der jeweiligen Laufzeitbänder GuV-wirksam gegen das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung amortisiert bzw. bei außerplanmäßiger Rückzahlung der Grundgeschäfte anteilig ausgebucht. Für ineffektive Laufzeitbänder werden zinsinduzierte Wertänderungen der Grundgeschäfte nicht erfasst.

(8) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)

Als hybride Finanzinstrumente werden Geschäfte bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem

oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Hierbei sind die eingebetteten Derivate integraler Vertragsbestandteil und können nicht separat gehandelt werden.

Bestimmte eingebettete Derivate werden als eigenständige Derivate behandelt, wenn deren wirtschaftliche Charakteristika und Risiken keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags aufweisen. Darüber hinaus darf das strukturierte Finanzinstrument nicht bereits GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Ein Beispiel für zu trennende eingebettete Derivate stellen Darlehensverträge dar, deren Rückzahlung wahlweise in Aktien oder in Geld erfolgen kann. In diesem Fall ist die Wertentwicklung der Rückzahlungsoption nicht eng mit der Wertentwicklung des zinstragenden Basisvertrags (Darlehen) verbunden.

Im Konzern werden grundsätzlich alle strukturierten Produkte mit ansonsten trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet. Davon ausgenommen sind Liquiditätshilfedarlehen mit täglichem Kündigungsrecht, bei denen der Basisvertrag zur Kategorie „Loans and Receivables“ gehört.

Bei nicht trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten ist für die Bewertung des gesamten strukturierten Produkts die Kategorie des Basisvertrags maßgeblich. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden GuV-wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Nicht trennungspflichtige eingebettete Derivate werden zusammen mit dem Basisvertrag unter dem jeweiligen Konzernbilanzposten ausgewiesen. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden je nach aktuellem Marktwert unter den Positiven bzw. Negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen.

(9) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag wird untersucht, ob es objektive Hinweise dafür gibt, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Dies wird im Wesentlichen anhand folgender Kriterien beurteilt:

- Zahlungsverzug bei Zinsen oder Tilgung von länger als 90 Tagen
- Wesentliche Herabstufung im internen Rating-system
- Aufnahme in die Überwachung der bemerkenswerten Engagements

Die Festlegung der Wesentlichkeit bei der Herabstufung und die Kriterien für die Einstufung als bemerkenswertes Engagement erfordern Ermessensentscheidungen. Die Kriterien zur Überwachung der Adressenausfallrisiken und zur Bonitätsklasseneinstufung werden detailliert im Konzernlagebericht dargestellt.

Für finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ entfällt aufgrund der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert eine gesonderte Überprüfung auf Wertminderungen, da diese bereits im beizulegenden Zeitwert enthalten und GuV-wirksam erfasst sind.

Forderungen und zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Finanzanlagen:

In der Bank wird die Werthaltigkeit sowohl für signifikante Einzelforderungen und Wertpapiere als auch für Forderungen von betragsmäßig untergeordneter Bedeutung auf Einzelbasis beurteilt. Liegen objektive Hinweise vor, wird die Wertberichtigung als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Die Bestimmung der erwarteten Zahlungsströme basiert auf qualifizierten Schätzungen, bei denen neben den wirtschaftlichen Verhältnissen des Geschäftspartners auch die Verwertung eventueller Sicherheiten sowie weitere Unterstützungsfaktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen berücksichtigt werden. Diskontierungsfaktor für festverzinsliche Forderungen und Wertpapiere ist der ursprüngliche Effektivzins, für variabel verzinsliche Forderungen und Wertpapiere der aktuelle Effektivzins und für die zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen die aktuelle Markttrendite eines vergleichbaren finanziellen Vermögenswerts.

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt, jedoch nicht für zukünftig erwartete. Der Konzern legt Kredite nahezu ausschließlich über andere Banken aus. Aufgrund der Publizitätspflichten von Banken werden eventuelle Verluste zeitnah identifiziert. Eine Wertberichtigung auf Portfolioebene muss somit nicht gebildet werden.

Finanzanlagen der Kategorie „Available for Sale“, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden:

Sofern bei den Finanzanlagen objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt, wird diese als Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert ermittelt. Der so berechnete Verlust wird für Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ als

Korrektur der Neubewertungsrücklage und für Wertpapiere der Kategorie „Held to Maturity“ sowie für die Beteiligungen als Korrektur des Buchwerts im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Entfallen die Gründe für eine Wertminderung, ist für Schuldtitel eine GuV-wirksame Wertaufholung vorzunehmen.

(10) Währungsumrechnung

Monetäre Fremdwährungspositionen werden täglich zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht-monetäre, in Fremdwährung erworbene Positionen (z. B. Sachanlagen) befinden sich nicht im Bestand.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfasst. Für gesicherte Währungspositionen werden sie im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung und für die offenen Währungspositionen aus den Zahlungsverrechnungskonten im Sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt.

Aufwendungen und Erträge werden mit dem Stichtagskurs des Tages umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

(11) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte

Im Konzern werden – neben den Pfandkrediten mit der Deutschen Bundesbank – besicherte Fest- und Tagesgelder aufgenommen bzw. gegeben. Als Sicherheiten hierfür werden Wertpapiere bei Clearstream hinterlegt bzw. von Clearstream gestellt (siehe Abschnitt (70)). Echte Pensionsgeschäfte werden nicht getätigt.

(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Leasingverhältnisse werden unterschieden in Finanzierungsleasing und Operating-Lease. Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem rechtlichen Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, gilt dies als Finanzierungsleasing. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Lease vor.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer auf. Die abgeschlossenen Leasingverträge sind als Operating-Lease eingestuft. Gegenstand sind im Wesentlichen Kraftfahrzeuge. Die vom Konzern zu leistenden Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Untermietverhältnisse liegen nicht vor.

(13) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung

Der Posten Risikovorsorge/Zinsunterdeckung in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung beinhaltet im Wesentlichen Wertminderungen aufgrund der diskontierten Zinsunterdeckungen der Programmkredite und deren Auflösung über die Restlaufzeit. Daneben werden hier Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen auf Forderungen aufgrund von Zahlungsausfällen sowie Erträge aus abgeschriebenen Forderungen ausgewiesen.

(14) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Der Posten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte wird ausgewiesen, wenn langfristige Vermögenswerte (z.B. Immobilien) innerhalb eines Jahres veräußert werden sollen und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist.

Der Ansatz erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Außerplanmäßige Abschreibungen werden als Wertminderungsaufwand in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen fremdgenutzten Immobilien dienen dazu, Mieteinnahmen zu generieren. Sie werden analog zu den Sachanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und eventueller kumulierter Wertminderungen bewertet. Die Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

(16) Sachanlagen

Die selbst genutzten Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden als Sachanlagen ausgewiesen.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter außerplanmäßiger Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear, für Gebäude über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahre und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis sechs Jahre. Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden sofort als Aufwand erfasst.

Alle anfallenden Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird selbst erstellte und erworbene Software ausgewiesen.

Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Planmäßige Abschreibungen werden linear über vier Jahre vorgenommen. Sofern dauerhafte Wertminderungen vorliegen, werden diese GuV-wirksam als außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand dargestellt.

(18) Wertminderung bei nicht-finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und die immateriellen Vermögenswerte auf eine Wertminderung hin überprüft. Wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt, wird der Wert herabgesetzt. Der erzielbare Betrag entspricht hierbei dem Nutzungswert oder dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten, je nachdem welcher Wert höher ist.

(19) Sonstige Aktiva

Der Bilanzposten Sonstige Aktiva beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte gegebene Barsicherheiten. Daneben werden hier Vermögenswerte ausgewiesen, die einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten, die dem Nominalwert entsprechen.

(20) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten

Die Steuerforderungen/-verbindlichkeiten unterteilen sich in laufende Ertragsteueransprüche/-verbindlichkeiten und in latente Steueransprüche/-verpflichtungen und entfallen ausschließlich auf die konsolidierten Konzerntöchter LRB und DSV. Tatsächlich laufende Ertragsteueransprüche, die von den Steuerbehörden erstattet werden, sind mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet worden. Latente Steueransprüche und -verpflichtungen basieren auf unterschiedlichen Wertansätzen für bilanzierte Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz. Darüber hinaus werden die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge berücksichtigt. Es werden die für die Tochterunternehmen geltenden Steuersätze angesetzt.

(21) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Konzern bestehen ausschließlich leistungsorientierte Versorgungszusagen, die intern refinanziert werden. Abhängig vom Eintrittsdatum der Mitarbeiter gibt es unterschiedliche Versorgungsregelungen. Die Höhe der Versorgungsleistung bestimmt sich unter Berücksichtigung der anrechnungsfähigen Dienstzeit und des ruhegeldfähigen Jahresgehalts. Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Einzelverträge abgeschlossen. Die Leistungen im Versorgungsfall sind vertraglich zugesagt.

Für leistungsorientierte Versorgungszusagen wird als Rückstellung der Barwert des zum Bilanzstichtag erreichten Verpflichtungsumfangs korrigiert um bisher nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste angesetzt, ggf. abzüglich eines bisher nicht erfassten nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste entstehen aus Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der erwarteten Entwicklung der Bemessungsgrundlagen bzw. der Parameter. Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand wird durch die erstmalige Erteilung oder die Änderung bestehender leistungsorientierter Versorgungszusagen verursacht, soweit die Ansprüche vorangegangene Arbeitsjahre betreffen. Der Verpflichtungsumfang wird jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt.

Der Barwert des Verpflichtungsumfangs ist von diversen Parametern abhängig, die auf Basis von Annahmen und Schätzungen bestimmt werden. Veränderungen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen. Ein wesentlicher Parameter ist der zur Diskontierung des Verpflichtungsumfangs herangezogene Zinssatz. Dieser orientiert sich zum jeweiligen Bilanzstichtag am Zinssatz für erstrangige Unternehmensanleihen in Euro mit Restlaufzeiten, die der Pensionsverpflichtung entsprechen.

Sofern zum Bilanzstichtag versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste den Betrag von 10 % des Verpflichtungsumfangs übersteigen, werden diese über die geschätzte durchschnittliche Restarbeitszeit aufwandswirksam verteilt und erfasst. Gewinne bzw. Verluste innerhalb des 10%-Korridors bleiben unberücksichtigt. Eine gesonderte Angabe hierzu erfolgt in den Erläuterungen zur Bilanz in Abschnitt (55).

(22) Andere Rückstellungen

Für Verpflichtungen gegenüber Dritten, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss sind, werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet.

Veränderungen dieser Schätzungen beeinflussen den Buchwert der ausgewiesenen Rückstellungen. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern ein wesentlicher Effekt entsteht. Die Bildung und Auflösung der Rückstellungen erfolgt GuV-wirksam über die Verwaltungsaufwendungen bzw. das Sonstige betriebliche Ergebnis.

(23) Sonstige Passiva

Der Bilanzposten Sonstige Passiva beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen für derivative Geschäfte erhaltene Barsicherheiten. Daneben werden hier die Bewertung für die offenen Zusagen der Programmkredite sowie sonstige Verpflichtungen ausgewiesen, die einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten mit Ausnahme der diskontierten Zinsunterdeckungen der offenen Zusagen der Programmkredite.

(24) Eigenkapital

Im Eigenkapital werden nach IFRS die Komponenten gezeichnetes Kapital, Gewinnrücklagen, Neubewertungsrücklage und Konzernbilanzgewinn zusammengefasst.

Das gezeichnete Kapital spiegelt das eingezahlte Kapital wider. Es wurde in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht. Das gezeichnete Kapital ist mit keinerlei Rechten verbunden. Die Gewinnrücklagen beinhalten neben der aus dem Jahresabschluss nach HGB übernommenen und nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank bestimmten Haupt- und Deckungsrücklage die anderen Gewinnrücklagen.

In der Neubewertungsrücklage werden neben der Amortisation der in 2008 in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ erfasst. Credit-Spread-induzierte Wertänderungen resultieren aus Änderungen der Risikoaufschläge. Die zinsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Wertpapieren in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen werden zusammen mit den Wertänderungen der dazugehörigen Sicherungsderivate im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen.

(25) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die entweder

- zu möglichen Verpflichtungen führen, deren Bestehen erst noch durch das Eintreten ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht in der Kontrolle des Unternehmens liegen, bestätigt werden muss (z. B. Bürgschaften) oder

- zu gegenwärtigen Verpflichtungen führen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie das Vermögen mindern werden bzw. bei denen der Erfüllungsbetrag nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann (z. B. unentschiedene Rechtsstreitigkeiten).

Diese Verpflichtungen werden gemäß IAS 37.27 nicht passiviert. Eventualverpflichtungen werden in Abschnitt (60) offengelegt.

Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

(26) Zinsüberschuss	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Zinserträge aus			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	1 434,5	1 327,0	107,5
Derivativen Finanzinstrumenten	1 692,4	1 913,0	-220,6
Finanzanlagen	773,1	771,7	1,4
Sonstige	1,3	2,9	-1,6
Laufende Erträge aus			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0	0,3	-0,3
Beteiligungen	5,2	4,4	0,8
Zinserträge gesamt	3 906,5	4 019,3	-112,8
Zinsaufwendungen für			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	316,4	314,6	1,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 090,4	2 114,8	-24,4
Derivative Finanzinstrumente	1 102,7	1 190,5	-87,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	24,5	34,2	-9,7
Sonstige	10,6	14,3	-3,7
Zinsaufwendungen gesamt	3 544,6	3 668,4	-123,8
Zinsüberschuss	361,9	350,9	11,0

(27) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Aufwendungen für Zuführung Förderbeitrag	68,5	71,7	-3,2
Erträge aus Auflösung Förderbeitrag	48,6	44,1	4,5
Wertberichtigungen und Forderungsabschreibungen	0,1	0,0	0,1
Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	3,8	2,3	1,5
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0,6	20,3	-19,7
Risikovorsorge	15,6	5,0	10,6

Die Risikovorsorge/Zinsunterdeckung beinhaltet insbesondere die diskontierten zukünftigen Förderaufwendungen für die Programmkredite (Zuführung

Förderbeitrag) und dessen Amortisation über die Restlaufzeit.

(28) Provisionsergebnis	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Provisionserträge aus			
Bearbeitungsgebühren	0,0	2,4	-2,4
Verwaltungskostenvergütungen	0,2	0,2	0,0
Treuhand- und Durchleitungskrediten	0,1	0,1	0,0
Provisionserträge gesamt	0,3	2,7	-2,4
Provisionsaufwendungen für			
Depotgebühren	2,2	2,2	0,0
Sonstige	0,4	0,5	-0,1
Provisionsaufwendungen gesamt	2,6	2,7	-0,1
Provisionsergebnis	-2,3	0,0	-2,3

(29) Ergebnis aus Finanzanlagen	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Abschreibungen für Wertpapiere	-11,3	0,0	-11,3
Beteiligungsabschreibung	0,0	-0,1	0,1
Gesamt	-11,3	-0,1	-11,2

Die Abschreibungen für Wertpapiere betreffen ein gedecktes Wertpapier der Kategorie „Available for Sale“ aus dem Segment „Fördergeschäft“ mit einem Buchwert zum 31.12.2011 von 13,0 Mio. €. Die in der

Neubewertungsrücklage erfassten Bewertungsverluste von 11,3 Mio. € wurden in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgegliedert.

(30) Verwaltungsaufwendungen	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Andere Verwaltungsaufwendungen für			
Personal	29,6	30,8	-1,2
IT-Lizenzen, -Gebühren, -Beratung	5,0	3,8	1,2
Öffentlichkeitsarbeit	1,9	2,0	-0,1
Prüfungen, Beiträge, Spenden	1,7	1,2	0,5
Refinanzierungsmittel	1,4	1,6	-0,2
Raum- und Gebäudekosten	1,0	1,5	-0,5
Softwarewartung	0,9	0,0	0,9
Sonstiges	1,6	1,9	-0,3
Andere Verwaltungsaufwendungen gesamt	43,1	42,8	0,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf			
Immaterielle Vermögenswerte	3,4	3,2	0,2
<i>davon selbstentwickelte Software</i>	2,5	2,9	-0,4
IT-Anlagen	0,6	0,5	0,1
Wohn- und Bürogebäude	0,5	2,2	-1,7
Büroeinrichtungen und Fahrzeuge	0,2	0,2	0,0
Technische und sonstige Einrichtungen	0,2	0,3	-0,1
Abschreibungen gesamt	4,9	6,4	-1,5
Verwaltungsaufwendungen gesamt	48,0	49,2	-1,2

Im Posten Sonstige Verwaltungsaufwendungen sind Leasingaufwendungen in Höhe von 95,0 Tsd. € (103,7 Tsd. €) enthalten. Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen bis zu einem Jahr beträgt 77,3 Tsd. € (76,0 Tsd. €), die über einem Jahr und bis zu fünf Jahren 60,2 Tsd. € (100,8 Tsd. €). Verträge mit Zahlungsverpflichtungen von mehr als fünf Jahren

wurden nicht abgeschlossen. Es handelt sich um Mindestleasingzahlungen (feste Leasingraten). Durch Leasingvereinbarungen auferlegte Beschränkungen lagen nicht vor. Der Konzern war zum Jahresende an 16 (23) Leasingverträge gebunden, von denen sechs (acht) eine mögliche Vertragsverlängerung von jeweils einem Jahr vorsehen.

(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Sonstige betriebliche Erträge			
Mieterträge	1,8	1,9	-0,1
Kostenerstattungen	0,4	0,3	0,1
Auflösung Rückstellungen/Verbindlichkeiten	2,3	0,0	2,3
Übrige Erträge	1,2	1,7	-0,5
Sonstige betriebliche Erträge gesamt	5,7	3,9	1,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Kapitalaufstockung Edmund Rehwinkel-Stiftung	2,7	2,0	0,7
Zuweisung Rückstellungen	1,9	0,0	1,9
Bankeigene Wohnungen	0,8	0,7	0,1
Übrige Aufwendungen	0,7	0,5	0,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen gesamt	6,1	3,2	2,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-0,4	0,7	-1,1

(32) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Mikro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	161,6	-34,5	196,1
Sicherungsgeschäfte	-174,4	35,4	-209,8
Ergebnis Währungsbewertung	0,0	-0,1	0,1
Mikro Hedge Accounting Gesamt	-12,8	0,8	-13,6
Makro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	487,3	-59,6	546,9
<i>davon Amortisation Portfoliobewertung</i>	<i>-45,1</i>	<i>-113,8</i>	<i>68,7</i>
Sicherungsgeschäfte	-539,1	-62,8	-476,3
Makro Hedge Accounting Gesamt	-51,8	-122,4	70,6
Fair Value-Bewertung			
Bilanzgeschäfte	-258,3	31,8	-290,1
Derivate	-20,5	-50,9	30,4
Ergebnis Währungsbewertung	-9,0	-3,7	-5,3
Fair Value-Bewertung Gesamt	-287,8	-22,8	-265,0
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-352,4	-144,4	-208,0

Aus Bilanzgeschäften in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen fließen die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die aus Änderungen der Deposit-/Swapkurve resultieren, in das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ein. Nach bilanzieller Auflösung von Sicherungsbeziehungen wegen Ineffektivität werden die zuvor gebuchten zinsinduzierten Wertänderungen der Bilanzgeschäfte über die Restlaufzeit amortisiert.

Derivate und Finanzinstrumente der Kategorien „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung erfasst.

Im Konzern bestehen grundsätzlich keine offenen Fremdwährungspositionen. Durch die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert kommt es dennoch zu einem Ergebnis aus der Währungsumrechnung, das hier ausgewiesen wird.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Amortisation von Agien/Disagien, Upfront-Zahlungen, Förderbeiträgen usw., die Teil der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte sind, werden aufgrund ihres Zinscharakters im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die in der Bewertung enthaltenen nicht-marktbedingten Änderungen zeigt die folgende Tabelle. Sie ergeben sich durch ein verändertes Kreditrisiko. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Bewertungseffekte aus Änderungen der Bonitätseinstufung von Geschäftspartnern bzw. der eigenen Bonität.

	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	kumuliert bis 31.12.2011 Mio. €	kumuliert bis 31.12.2010 Mio. €
Forderungen	-14,7	-6,9	-52,5	-37,8
Finanzanlagen	-12,6	-28,6	-86,4	-73,8
Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	-27,3	-35,5	-138,9	-111,6

Die risikoadjustierte Bewertung der Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung des Credit-Spreads enthielt im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie in den Vorjahren nur marktbedingte Änderungen. Das Bonitätsrating

der Bank und damit der Verbindlichkeiten blieb im Jahr 2011 – ebenso wie in den Vorjahren – unverändert.

(33) Ergebnis aus Steuern	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Latente Steuern auf Verlustvorträge	-1,0	-0,9	-0,1
Latente Steuern auf temporäre Differenzen	-0,1	0,0	-0,1
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,1	-0,1	0,0
Sonstige Steuern	0,0	-0,1	0,1
Gesamt	-1,2	-1,1	-0,1

(34) Gewinnrücklagen	01.01. bis 31.12.2011 Mio. €	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen			
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	21,4	29,2	-7,8
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen	118,4	0,0	118,4
Einstellungen in die Gewinnrücklagen			
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	58,2	87,0	-28,8
b) in die Anderen Gewinnrücklagen	0,0	82,2	-82,2
Gesamt	-81,6	140,0	-221,6

Die Haupt- und Deckungsrücklage werden im Jahresabschluss der Bank gebildet und in den Konzern überleitet. Nach § 2 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank darf die Deckungsrücklage fünf vom Hundert des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen nicht überschreiten. Durch den fälligkeitsbedingten Rückgang der deckungspflichtigen Schuldverschreibungen musste die Deckungsrücklage um 21,4 Mio. € (29,2 Mio. €) reduziert werden. Dies führte bilanztechnisch in gleicher Höhe zu einer Erhöhung der Hauptrücklage.

In die Hauptrücklage wurden zudem 36,8 Mio. € aus den anderen Gewinnrücklagen (57,8 Mio. € aus dem Konzernjahresüberschuss) eingestellt.

Weitere 81,6 Mio. € wurden aus den anderen Gewinnrücklagen entnommen, sodass sich ein Konzernbilanzgewinn von 12,3 Mio. € (11,8 Mio. €) ergibt.

Segmentberichterstattung

(35) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Entsprechend den Regelungen des IFRS 8 sind wesentliche Jahresabschlussergebnisse nach operativen Geschäftsfeldern und Ländern aufzugliedern. Bei der Definition der Segmente wurden die Organisations- und Führungsstruktur sowie die interne finanzielle Berichterstattung des Konzerns berücksichtigt. Unsere Segmente sind:

- **Das Treasury Management:** In diesem Segment werden die Ergebnisse der Liquiditätsversorgung und -steuerung des Konzerns dargestellt. Es handelt sich um Geschäfte, die eine Zinsbindung von maximal einem Jahr aufweisen dürfen (z. B. Tages- und Festgelder, Euro Commercial Papers (ECP), Derivate).
- **Das Fördergeschäft:** Dieses Segment zeigt die Fördergeschäftstätigkeit mit Ausnahme der Kapitalstockanlage. Neben den Ergebnissen der Bank sind sämtliche Ergebnisse der Tochtergesellschaften einschließlich der von diesen gehaltenen Beteiligungen enthalten.

- **Die Kapitalstockanlage:** In diesem Segment werden die Ergebnisbeiträge aus der Anlage der eigenen Mittel und der mittel- bzw. langfristigen Rückstellungen in Form von Wertpapieren, Förderkrediten und der direkten Beteiligungen der Bank dargestellt.

Der Konzern wird ausschließlich aus Frankfurt am Main zentral gesteuert. Sämtliche Erträge und Aufwendungen werden an diesem Standort generiert. Somit erübrigen sich die nach IFRS 8 geforderten Angaben nach geografischen Gebieten.

Die Ergebnisse werden gemäß der margenorientierten Steuerung der Bank in der Segmentberichterstattung netto dargestellt. Segmentvermögen/-schulden bestehen gegenüber Dritten und entsprechend werden die Segmentergebnisse nur mit externen Kontrahenten erzielt. Zwischen den Segmenten werden keine internen Geschäfte abgeschlossen. Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zwischen der internen Berichterstattung und der Rechnungslegung nach IFRS. Aufgrund von fehlenden internen Geschäften und der

Übereinstimmung zwischen dem internen Reporting und dem externen Rechnungswesen wird auf weitergehende Überleitungsrechnungen verzichtet.

Die Verteilung der Komponenten aus dem Zins-, Provisions-, Handels- und Finanzanlageergebnis sowie dem Ergebnis aus der Fair Value- und Hedge Bewertung erfolgt auf Einzelgeschäftsbasis. Die Verwaltungsaufwendungen, das Sonstige betriebliche Ergebnis sowie das Ergebnis aus Steuern aus den konsolidierten Tochtergesellschaften werden entweder direkt oder indirekt anhand von Schlüsseln den jeweiligen Segmenten zugeordnet. Diese Schlüssel basieren im Wesentlichen auf der Anzahl der jeweiligen Mitarbeiter, dem Ressourcenverbrauch und den sonstigen Ressourcenzuordnungen in den jeweiligen Segmenten.

Segmentvermögen/-verbindlichkeiten werden analog der Ergebnisbeiträge den einzelnen Segmenten zugeordnet. Die mittel- und langfristigen Rückstellungen und das investierte Eigenkapital sind im Segment „Kapitalstock“ enthalten.

(36) Segmente

	Treasury Management		Fördergeschäft		Kapitalstockanlage		Gesamt	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
jeweils vom 01.01. bis zum 31.12.								
Zinsüberschuss	67,7	80,2	186,7	170,9	107,5	99,8	361,9	350,9
Risikovor- sorge/ Zinsunterdeckung	0,0	0,0	15,6	5,0	0,0	0,0	15,6	5,0
Provisionsergebnis	-0,1	-0,2	-2,2	0,2	0,0	0,0	-2,3	0,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	-11,3	0,0	0,0	-0,1	-11,3	-0,1
Andere Verwaltungs- aufwendungen	4,5	4,3	32,3	32,4	6,2	6,1	43,0	42,8
Planmäßige Abschreibungen	0,6	0,8	3,7	4,7	0,7	0,9	5,0	6,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	-0,4	0,7	0,0	0,0	-0,4	0,7
Ergebnis aus der Fair Value- und Hedge-Bewertung	-3,7	6,0	-348,7	-150,4	0,0	0,0	-352,4	-144,4
Ergebnis aus Steuern	0,0	0,0	-1,2	-1,1	0,0	0,0	-1,2	-1,1
Konzernjahresüberschuss	58,8	80,9	-228,7	-21,8	100,6	92,7	-69,3	151,8
	31.12. 2011 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2011 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2011 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2011 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €
Segmentvermögen	13,1	10,4	72,8	70,8	3,0	2,6	88,9	83,8
Segment-schulden (inkl. Eigenkapital)	13,0	14,4	72,9	66,8	3,0	2,6	88,9	83,8

Es wurden – wie im Vorjahr – keine Zinserträge aus Geschäften mit einem einzelnen Geschäftspartner generiert, deren Anteil 10 % oder mehr am gesamten Zinsertrag betrug.

Erläuterungen zur Bilanz

(37) Barreserve	31. 12. 2011	31. 12. 2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Kassenbestand	0,2	0,1	0,1
Guthaben bei Zentralnotenbanken	778,4	53,4	725,0
Gesamt	778,6	53,5	725,1

Bei den Guthaben bei Zentralnotenbanken handelt es sich – wie im Vorjahr – um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(38) Forderungen an Kreditinstitute	31. 12. 2011	31. 12. 2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Täglich fällig	10,2	3,3	6,9
Festgelder	7 618,2	7 515,5	102,7
Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen	16 616,5	18 495,2	-1 878,7
Programmkredite	26 194,9	22 405,7	3 789,2
<i>davon Förderbeitrag</i>	-270,7	-249,4	-21,3
Offenmarktgeschäfte	300,0	0,0	300,0
Globalrefinanzierungsdarlehen	407,0	540,7	-133,7
Sonstige	236,2	326,1	-89,9
Gesamt	51 383,0	49 286,5	2 096,5

(39) Forderungen an Kunden	31. 12. 2011	31. 12. 2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Täglich fällig	0,1	0,1	0,0
Mittel- und langfristige Kredite	1,2	38,2	-37,0
Schuldscheindarlehen	2 391,0	964,5	1 426,5
Programmkredite	459,6	512,8	-53,2
<i>davon Förderbeitrag</i>	-0,1	-0,1	0,0
Sonstige	2,0	1,8	0,2
Gesamt	2 853,9	1 517,4	1 336,5

(40) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung im Kreditgeschäft

	Förder- beitrag		Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen		Gesamt	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Bestand zum 01.01.	267,4	239,8	0,0	0,0	3,8	6,1	271,2	245,9
Zuführungen	68,5	71,7	0,1	0,0	0,0	0,0	68,6	71,7
Inanspruchnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	48,6	44,1	0,0	0,0	3,8	2,3	52,4	46,4
Bestand zum 31.12.	287,3	267,4	0,1	0,0	0,0	3,8	287,4	271,2
<i>davon für</i>								
Forderungen an Kreditinstitute	270,7	249,4	0,0	0,0	0,0	3,8	270,7	253,2
Forderungen an Kunden	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1
Kreditzusagen	16,5	17,9	0,0	0,0	0,0	0,0	16,5	17,9
Gesamt	287,3	267,4	0,1	0,0	0,0	3,8	287,4	271,2

Die Einzelwertberichtigung betrifft einen Kredit mit einem Buchwert von 0,4 Mio. € zum 31.12.2011. Für diesen Kredit bestehen keine werthaltigen Sicherheiten.

(41) Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte

Im Bilanzposten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte werden die zinsinduzierten Wertänderungen von 772,5 Mio. € (285,2 Mio. €) aus den Krediten ausgewiesen, die dem Makro Hedge Accounting zugeordnet sind. Für weitere Erläuterungen siehe Abschnitt (7).

(42) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Absicherung für:			
Grundgeschäfte im Hedge Accounting			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	0,2	65,9	-65,7
Finanzanlagen	0,1	9,3	-9,2
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26,8	24,9	1,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	366,1	181,2	184,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	598,9	415,9	183,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	13,6	9,1	4,5
Summe Hedge Accounting	1 005,7	706,3	299,4
Grundgeschäfte Designated as at Fair Value			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	3,7	5,0	-1,3
Finanzanlagen	0,0	10,6	-10,6
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6,6	7,7	-1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	205,1	82,9	122,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	5 994,7	4 952,3	1 042,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	254,8	198,3	56,5
Treasury Management	323,9	48,4	275,5
Summe Designated as at Fair Value	6 788,8	5 305,2	1 483,6
Grundgeschäfte mit sonstiger Bewertung			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	7,2	0,9	6,3
Finanzanlagen	1,6	2,6	-1,0
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,4	0,0	2,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	41,9	24,7	17,2
Summe Sonstige Bewertung	53,1	28,2	24,9
Gesamt	7 847,6	6 039,7	1 807,9

Derivate zur Absicherung von Grundgeschäften mit sonstiger Bewertung resultieren im Wesentlichen aus Sicherungsbeziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting zum Bilanzstichtag ineffektiv waren.

(43) Finanzanlagen	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
Geldmarktpapiere			
von öffentlichen Emittenten	0,0	133,6	-133,6
von anderen Emittenten	40,1	0,0	40,1
Anleihen und Schuldverschreibungen			
von öffentlichen Emittenten	1 403,0	1 606,3	-203,3
von anderen Emittenten	23 175,6	24 682,8	-1 507,2
Beteiligungen	118,8	118,8	0,0
Sonstige Finanzanlagen	0,2	0,2	0,0
Gesamt	24 737,7	26 541,7	-1 804,0

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere unterteilen sich in beleihbar und nicht beleihbar:

	31. 12. 2011 Mio. €		31. 12. 2010 Mio. €	
	beleihbar	nicht beleihbar	beleihbar	nicht beleihbar
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Geldmarktpapiere				
von öffentlichen Emittenten	0,0	0,0	133,6	0,0
von anderen Emittenten	40,1	0,0	0,0	0,0
Anleihen und Schuldverschreibungen				
von öffentlichen Emittenten	1 213,1	189,9	1 464,0	142,3
von anderen Emittenten	21 279,8	1 895,8	23 721,9	960,9
Gesamt	22 533,0	2 085,7	25 319,5	1 103,2

Die langfristigen Beteiligungen entwickelten sich wie folgt:

	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Anschaffungskosten historisch per 01. 01.	223,4	223,3
Zugänge	0,0	0,1
Abgänge	0,0	0,0
Abschreibungen kumuliert	104,6	104,6
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,1</i>
Buchwert per 31.12.	118,8	118,8

Die Beteiligungen wurden gemäß IAS 39.46 (c) mit den Anschaffungskosten angesetzt, da sowohl ein aktiver Markt als auch entsprechende Bewertungsinformationen fehlten. Abschreibungen waren zum 31.12.2011 nicht erforderlich.

(44) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Im Jahr 2011 wurde eine Immobilie – wie Ende 2010 beschlossen – verkauft. Aus der Veräußerung ergab sich ein Gewinn von 0,3 Mio. €, der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wurde.

	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.	0,9	0,0
Zugänge	0,0	0,0
Abgänge	0,9	0,0
Umgliederungen	0,0	0,9
Abschreibungen kumuliert	0,0	0,1
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>
Buchwert per 31.12.	0,0	0,8

(45) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Posten Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien enthält eine komplett fremd vermietete Immobilie. Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde auf 33 Jahre festgelegt.

Es gab keine Beschränkungen im Hinblick auf die Grundstücke und die Gebäude, die eine Veräußerung beeinträchtigen würden.

Der Impairmenttest nach IAS 36 für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergab keinen Abschreibungsbedarf, da keine dauerhafte Wertminderung vorlag.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien stellt sich folgendermaßen dar:

	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.	19,7	19,7
Zugänge	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0
Umgliederungen	0,0	0,0
Abschreibungen kumuliert	3,4	2,9
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,5</i>	<i>0,5</i>
Buchwert per 31.12.	16,3	16,8

Der beizulegende Zeitwert der Immobilie betrug rd. 18,9 Mio. € (rd. 18,9 Mio. €). Die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes erfolgte nach dem Ertragswertverfahren unter Berücksichtigung eines unabhängigen Gutachtens.

In den Sonstigen betrieblichen Erträgen wurden Mieteinnahmen in Höhe von 0,9 Mio. € (1,0 Mio. €) ausgewiesen. Der Immobilie direkt zurechenbare Ausgaben von 45,8 Tsd. € (56,3 Tsd. €) sowie die Grundsteuer in Höhe von 35,9 Tsd. € (35,9 Tsd. €) wurden unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

(46) Sachanlagen

Unter den Grundstücken und Gebäuden wird das eigengenutzte Bürogebäude in der Hochstraße 2, Frankfurt am Main, ausgewiesen. Des Weiteren besitzt die Bank Mitarbeiterwohnungen, welche gemäß IAS 40.9 (c) nicht zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zählen, sondern den Vorschriften des IAS 16 unterliegen und damit den Sachanlagen zugeordnet wurden.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.	23,1	24,0	10,2	11,5	33,3	35,5
Zugänge	0,0	0,0	1,0	0,6	1,0	0,6
Abgänge	0,0	0,0	1,6	1,9	1,6	1,9
Umgliederungen	0,0	-0,9	0,0	0,0	0,0	-0,9
Abschreibungen kumuliert	0,1	0,1	8,5	8,9	8,6	9,0
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>1,0</i>
Wertminderungen kumuliert	1,7	1,7	0,0	0,0	1,7	1,7
<i>Wertminderungen</i>	<i>0,0</i>	<i>1,7</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>1,7</i>
Buchwert per 31.12.	21,3	21,3	1,1	1,3	22,4	22,6

Die Werthaltigkeit der Grundstücke wurde anhand aktueller Bodenrichtwerte überprüft. Es gab für 2011 keinen Wertberichtigungsbedarf. Im Vorjahr war eine

Wertminderung von 1,7 Mio. € erforderlich, die unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen wurde.

(47) Immaterielle Vermögenswerte

Im Konzern wird bei den Immateriellen Vermögenswerten in erworbene und selbst erstellte Software unterschieden.

Die Abschreibungen werden unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Ein Wertberichtigungsbedarf gemäß IAS 36 lag – wie im Vorjahr – nicht vor.

Die Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

	Erworbene Software		Selbstentwickelte Software		Gesamt	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.	1,7	1,5	11,7	12,4	13,4	13,9
Zugänge	5,8	0,4	0,8	2,0	6,6	2,4
Abgänge	0,1	0,2	2,1	2,7	2,2	2,9
Abschreibungen kumuliert	2,2	1,3	9,9	9,6	12,1	10,9
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,9</i>	<i>0,3</i>	<i>2,5</i>	<i>2,9</i>	<i>3,4</i>	<i>3,2</i>
Buchwert per 31.12.	5,2	0,4	0,5	2,1	5,7	2,5

(48) Laufende Ertragsteueransprüche

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Erstattungsansprüche	1,3	1,1	0,2
Ertragsteueransprüche	0,7	0,6	0,1
Gesamt	2,0	1,7	0,3

Die Erstattungsansprüche an das Finanzamt resultieren aus Geschäftsvorgängen, in denen Kapitalertragsteuer erhoben wurde. Darüber hinaus gaben sich

Laufende Ertragsteueransprüche aus der Verrechnung der Vorauszahlungen mit dem voraussichtlichen Ergebnis aus dem Steuerbescheid.

(49) Aktive latente Steuern	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Aktive latente Steuern	0,5	1,5	-1,0
Gesamt	0,5	1,5	-1,0

Im Konzern sind die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurden generell ein Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag)

von 15,8 % (15,8 %) und ein einheitlicher Gewerbesteuersatz von 16,1 % (16,0 %) verwendet.

Aktive latente Steuern wurden aus den bestehenden Verlustvorträgen im Konzern ermittelt.

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Steuerliche Verlustvorträge	0,5	1,5	-1,0
Temporäre Differenzen	0,0	0,0	0,0
Gesamt	0,5	1,5	-1,0

Im Konzern bestanden nach den aktuellsten Steuerbescheiden zum 31.12.2010 steuerliche Verlustvorträge bei der DSV in Höhe von 50,6 Mio. € (50,2 Mio. €). Davon entfielen 26,3 Mio. € (26,1 Mio. €) auf die Körperschaftsteuer und 24,3 Mio. € (24,1 Mio. €) auf die Gewerbesteuer. Die Verlustvorträge der DSV stammen im Wesentlichen aus Wertberichtigungen, die in den vorangegangenen Geschäftsjahren vorgenommen worden sind.

Für die Ermittlung der latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge wurde bei der DSV auf einen Planungshorizont von 20 Jahren (Basis 1. Januar 2006) zur Abwicklung ihrer Pensionsverpflichtungen und den Durchschnittsgewinn der letzten Jahre abgestellt.

Bei der LRB betragen die steuerlichen Verlustvorträge 72,3 Mio. € (73,4 Mio. €), die sich mit 65,1 Mio. € (64,0 Mio. €) aus der Körperschaftsteuer und mit 7,2 Mio. € (9,4 Mio. €) aus der Gewerbesteuer zusammensetzen. Die Verlustvorträge der LRB sind im Wesentlichen aus der Abschreibung von Beteiligungen bis zum Geschäftsjahr 1999 entstanden.

Der Planungshorizont der LRB als aktive Gesellschaft wurde aufgrund der Planungsunsicherheiten ihrer Einkünfte, die im Wesentlichen auf Dividendenzahlungen basieren, auf 5 Jahre festgelegt. Auf Basis eines in Zukunft geplanten ausgeglichenen Ergebnisses wurden keine latenten Steuern auf die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer gebildet.

	31. 12. 2010 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Zuführung Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €
DSV				
Körperschaftsteuer	0,7	0,5	0,0	0,2
Gewerbesteuer	0,8	0,5	0,0	0,3
Gesamt	1,5	1,0	0,0	0,5

(50) Sonstige Aktiva

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management	454,3	11,4	442,9
Periodenabgrenzung	1,4	1,3	0,1
Sonstiges	1,2	0,4	0,8
Gesamt	456,9	13,1	443,8

(51) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Täglich fällig	437,7	0,1	437,6
Festgelder	110,0	210,0	-100,0
Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1 336,2	1 344,0	-7,8
Globaldarlehen	1 223,6	940,2	283,4
Gesamt	3 107,5	2 494,3	613,2

(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Täglich fällig	416,7	62,5	354,2
Festgelder	24,8	14,9	9,9
Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	5 601,7	5 453,9	147,8
Loan Agreements	52,2	47,9	4,3
Sonstige	52,2	49,7	2,5
Gesamt	6 147,6	5 628,9	518,7

(53) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Medium Term Notes	47 261,4	42 963,0	4 298,4
Globalanleihen	13 500,4	12 056,5	1 443,9
Euro Commercial Papers	7 351,1	10 032,6	-2 681,5
Inhaberschuldverschreibungen	47,9	46,6	1,3
Rentenbankbriefe	1,0	3,1	-2,1
Gesamt	68 161,8	65 101,8	3 060,0

(54) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Absicherung für:			
Grundgeschäfte im Hedge Accounting			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	1 859,0	1 295,8	563,2
Forderungen an Kunden	186,9	60,6	126,3
Finanzanlagen	931,3	673,0	258,3
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	2,2	-2,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,1	0,0	0,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	21,1	25,3	-4,2
Summe Hedge Accounting	2 998,4	2 056,9	941,5
Grundgeschäfte Designated as at Fair Value			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	18,7	23,7	-5,0
Finanzanlagen	280,4	215,4	65,0
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17,9	38,3	-20,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47,3	38,3	9,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	587,2	779,8	-192,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	-21,8	-17,6	-4,2
Treasury Management	0,4	85,2	-84,8
Summe Designated as at Fair Value	930,1	1 163,1	-233,0
Grundgeschäfte mit sonstiger Bewertung			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	244,7	84,3	160,4
<i>davon eingebettete Derivate</i>	0,5	0,7	-0,2
Forderungen an Kunden	2,0	2,9	-0,9
Finanzanlagen	62,6	20,8	41,8
Passivposten			
Verbriefte Verbindlichkeiten	24,7	13,8	10,9
Summe Sonstige Bewertung	334,5	122,5	212,0
Gesamt	4 263,0	3 342,5	920,5

Derivate zur Absicherung von Grundgeschäften mit sonstiger Bewertung resultieren im Wesentlichen aus Sicherungsbeziehungen, die nach den Vorschriften

zum Hedge Accounting zum Bilanzstichtag ineffektiv waren.

(55) Rückstellungen

	31.12.2010 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Auflösung Mio. €	Zuführung Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	90,0	5,6	0,0	6,4	90,8
Andere Rückstellungen	12,1	6,9	0,1	8,3	13,4
Gesamt	102,1	12,5	0,1	14,7	104,2

a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Entwicklung der Pensionsverpflichtungen sowie die in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfassten Beträge zeigt folgende Aufstellung:

	2011 Mio. €	2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 01. 01.	90,0	87,9	2,1
Abzgl. noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	0,0	-1,5	1,5
Rückstellung zum 01. 01.	90,0	89,4	0,6
Laufender Dienstzeitaufwand	1,7	1,6	0,1
Zinsaufwand	4,7	5,0	-0,3
Zuführung zu den Pensionsrückstellungen	6,4	6,6	-0,2
Pensionsleistungen	-5,6	-5,6	0,0
Auflösungen	0,0	-0,4	0,4
Rückstellung zum 31. 12.	90,8	90,0	0,8
Zuzgl. noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	0,5	0,0	0,5
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. 12.	91,3	90,0	1,3

Abweichungen zwischen dem Barwert der Pensionsverpflichtung und der in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellung resultieren aus der Anwendung der Korridor-Regelung des IAS 19.92ff. Hiernach werden Gewinne und Verluste, die aus Änderungen der Bemessungsgrundlagen und Bewertungsparameter entstehen (sog. versicherungsmathematische Gewinne/Verluste), erst dann zeitanteilig erfasst, wenn diese 10 % der tatsächlichen Pensionsverpflichtung überstei-

gen. Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste innerhalb des 10 %-Korridors bleiben unberücksichtigt. Zum 31.12.2011 bestanden nicht erfasste versicherungsmathematische Verluste von 0,5 Mio. € (0,0 Mio. €).

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen von 6,4 Mio. € (6,6 Mio. €) wurden vollständig in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen wurden im Wesentlichen unter folgenden versicherungsmathematischen Annahmen berechnet:

	31. 12. 2011	31. 12. 2010
Rechnungszinsfuß	4,8%	4,8%
Einkommenstrend		
Tariferhöhung	2,3%	2,3%
Karrieretrend bis Alter 45	1,0%	1,0%
Rententrend	1,0% - 2,3%	1,0% - 2,3%
Inflationsrate	2,0%	2,3%
Fluktuationsrate	2,0%	2,0%

Im Konzern existieren verschiedene Versorgungsregelungen. Die Bandbreite beim Rententrend ergibt sich aus den je Versorgungsregelung zugrunde gelegten Rententrends.

Die Entwicklung der barwertigen Pensionsverpflichtung im Mehrjahresvergleich stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2008 Mio. €	31. 12. 2007 Mio. €
Barwert der Pensionsverpflichtung	91,3	90,0	87,9	87,9	86,7
Erfahrungsbedingte Anpassung der Pensionsverpflichtung	0,5	1,5	-1,8	1,1	-9,5

Als erfahrungsbedingte Anpassung der Pensionsverpflichtung wird die Abweichung zwischen der tatsächlichen Pensionsverpflichtung und der auf Basis der Bewertungsparameter des Vorstichtages erwarteten Pensionsverpflichtung bezeichnet. Die erfahrungsbedingte Anpassung entspricht somit der Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste.

ten Pensionsverpflichtung bezeichnet. Die erfahrungsbedingte Anpassung entspricht somit der Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste.

b) Andere Rückstellungen

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung	9,6	10,0	-0,4
Sonstige Rückstellungen	3,8	2,1	1,7
Gesamt	13,4	12,1	1,3

Die Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung betreffen im Wesentlichen die von der Rentenbank vertraglich übernommene Verpflichtung zur Deckung von Pensionszahlungen der in Abwicklung befindlichen Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main. Die Bank hat sich zusammen mit den anderen Gesellschaftern der DGL verpflichtet, anteilige

Deckungsbeiträge zu leisten, um die Zahlungsfähigkeit der DGL bis zu deren voraussichtlichen Abwicklung in rund 50 Jahren sicherzustellen.

Die sonstigen Rückstellungen enthielten im Wesentlichen Rückstellungen für Prozesskosten und eventuelle Zahlungen aus Jubiläen bzw. dem Vorruhestand.

(56) Nachrangige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Medium Term Notes	677,2	627,3	49,9
Loan Agreements	171,2	202,8	-31,6
Schuldscheindarlehen	64,0	59,4	4,6
Gesamt	912,4	889,5	22,9

(57) Passive latente Steuern

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Passive latente Steuern	0,1	0,0	0,1
Gesamt	0,1	0,0	0,1

Im Konzern sind die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurden generell ein Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag)

von 15,8 % (15,8 %) und ein einheitlicher Gewerbesteuersatz von 16,1 % (16,0 %) verwendet.

Passive latente Steuern wurden aus temporären Differenzen zwischen IFRS- und Steuerbilanz ermittelt.

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Temporäre Differenzen	0,1	0,0	0,1
Gesamt	0,1	0,0	0,1

Auf den Unterschiedsbetrag im Ausweis der Pensionsrückstellungen zwischen der Steuerbilanz und der IFRS-Bilanz in Höhe von 0,4 Mio. € (0,0 Mio. €) wurde

eine passive latente Steuer von 125,7 Tsd. € (0,0 Tsd. €) gebildet.

	31. 12. 2010	Verbrauch	Zuführung	31. 12. 2011
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Passive latente Steuern				
DSV				
Körperschaftsteuer	0,0	0,0	62,3	62,3
Gewerbsteuer	0,0	0,0	63,4	63,4
Gesamt	0,0	0,0	125,7	125,7

(58) Sonstige Passiva

	31. 12. 2011	31. 12. 2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management	4 422,7	4 007,8	414,9
Rechnungsabgrenzungsposten	27,3	42,2	-14,9
Diskontierte Förderbeiträge	16,5	17,9	-1,4
Abzugrenzende Schulden	5,9	7,0	-1,1
Sonstige Verbindlichkeiten	2,9	3,1	-0,2
Gesamt	4 475,3	4 078,0	397,3

Bei den Barsicherheiten Collateral Management handelt es sich um Sicherheiten, die die Bank für über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwerte aus dem Derivategeschäft erhalten hat.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind die barwertig erhaltenen Vorauszahlungen von Zinsverbilligungen dargestellt. Diese Zinsverbilligungen verringern die Zinskosten und werden von Bundesländern im Rahmen der Investitionsförderprogramme geleistet. Die Bank gibt sie in Verbindung mit ihren Förderkrediten an die Landwirtschaft weiter.

Die diskontierten Förderbeiträge betreffen die Zinsunterdeckungen und Verwaltungskostenpauschalen von zugesagten, aber noch nicht ausgezahlten Programmkrediten.

Die abzugrenzenden Schulden beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Abschlussvergütungen.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind als größter Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 1,1 Mio. € (1,2 Mio. €) enthalten.

(59) Eigenkapital

	31. 12. 2011	31. 12. 2010	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen			
Hauptrücklage	709,8	651,6	58,2
Deckungsrücklage	137,7	159,1	-21,4
Andere Gewinnrücklagen	1 474,3	1 592,7	-118,4
Gewinnrücklagen insgesamt	2 321,8	2 403,4	-81,6
Neubewertungsrücklage	-763,4	-403,6	-359,8
Konzernbilanzgewinn	12,3	11,8	0,5
Gesamt	1 705,7	2 146,6	-440,9

Die Haupt- und Deckungsrücklage werden im Jahresabschluss der Bank gebildet und in den Konzern übergeleitet. Zum Ausweis des auszuschüttenden Konzernbilanzgewinns wurden die anderen Gewinnrücklagen entsprechend reduziert.

Von der Veränderung der Neubewertungsrücklage von -359,8 Mio. € (-230 Mio. €) entfielen auf die Amortisation für die in 2008 in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere 43,1 Mio. € (74,0 Mio. €).

(60) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	3,1	4,1	-1,0
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	177,5	612,3	-434,8
Gesamt	180,6	616,4	-435,8

Die Eventualverbindlichkeiten beinhalten Ausfallbürgschaften für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite in Höhe von 3,1 Mio. € (3,5 Mio. €). Hierfür bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand zugunsten der Bank, die die Ausfallbürgschaften zu 100 % absichern.

Die anderen Verpflichtungen enthalten unwiderrufliche Kreditzusagen aus dem Kreditbereich.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(61) Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

	Full Fair Value		Hedge Fair Value		(fortgeführte) AK	
	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €
Aktivpositionen						
Held for Trading						
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6 841,9	5 333,4	1 005,7	706,3		
Designated as at Fair Value						
Forderungen an Kreditinstitute	18 030,9	19 707,0				
Forderungen an Kunden	356,0	360,6				
Finanzanlagen	8 212,5	10 265,1				
Loans and Receivables						
Guthaben Zentralnotenbanken					778,4	53,4
Forderungen an Kreditinstitute			31 228,2	27 462,6	2 880,8	2 394,6
Forderungen an Kunden			2 122,9	708,7	390,6	455,6
Sonstige Aktiva					454,3	11,4
Available for Sale						
Finanzanlagen	1 571,6	810,0	12 360,5	11 800,0	118,8	118,8
Held to Maturity						
Finanzanlagen					2 474,3	3 547,8
Summe Aktivpositionen	35 012,9	36 476,1	46 717,3	40 677,6	7 097,2	6 581,6
Passivpositionen						
Held for Trading						
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 264,1	1 284,9	2 998,4	2 056,9		
Designated as at Fair Value						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 778,7	1 234,8				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 584,5	880,0				
Verbriefte Verbindlichkeiten	52 791,3	52 400,7				
Nachrangige Verbindlichkeiten	848,4	830,2				
Other Liabilities						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			788,2	670,2	540,6	589,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			2 706,0	2 616,9	1 857,1	2 132,0
Verbriefte Verbindlichkeiten			10 278,3	8 947,6	5 092,2	3 753,5
Nachrangige Verbindlichkeiten			64,0	59,3	0,0	0,0
Sonstige Passiva					4 422,9	4 008,1
Summe Passivpositionen	58 267,0	56 630,6	16 834,9	14 350,9	11 912,8	10 482,9

Die Kategorie „Loans and Receivables“ enthält für die Forderungen an Kreditinstitute sowie die Forderungen an Kunden beim Hedge Fair Value die entsprechenden Anteile aus der Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte. Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ und Derivate, die dem Hedge Accounting zugeordnet waren und deren Wertveränderungen in das Hedge Ergebnis eingegangen sind, wurden

unabhängig von ihrem Bilanzansatz zum Full Fair Value in der Spalte Hedge Fair Value erfasst.

Für die Verbindlichkeiten der Kategorie „Designated as at Fair Value“ ergab sich ein Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglich vereinbarter Rückzahlung von -270,3 Mio. € (37,7 Mio. €). Dieser Betrag resultierte neben der Bewertung zum beizu-

legenden Zeitwert aus Unterschiedsbeträgen zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlung, insbesondere bei Null-Kupon-Anleihen.

Die Höhe des maximalen Ausfallrisikos zum Bilanzstichtag (Buchwert) für die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden der Kategorie „Designated as at Fair Value“ betrug 18 386,9 Mio. € (20 067,6 Mio. €).

(62) Ergebnis nach Bewertungskategorien

Folgende Ergebnisbeiträge entfielen auf die verschiedenen Bewertungskategorien:

	Zinsertrag/ Amortisation		Zinsaufwand/ Amortisation		Risikovorsorge/Zins- unterdeckung (RV/ZU)		Zinsüberschuss nach RV/ZU	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Held for Trading	1 692,4	1 913,0	1 102,7	1 190,5	0,0	0,0	589,7	722,5
Designated as at Fair Value	376,7	373,1	1 791,7	1 831,2	3,1	4,5	-1 418,1	-1 462,6
Loans and Receivables	1 204,6	1 130,2	1,0	1,0	12,5	0,5	1 191,1	1 128,7
Available for Sale	564,4	541,9	7,8	7,7	0,0	0,0	556,6	534,2
Held to Maturity	68,4	61,1	1,6	1,6	0,0	0,0	66,8	59,5
Other Liabilities	0,0	0,0	639,8	636,4	0,0	0,0	-639,8	-636,4
keine Finanzinstrumente	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	3 906,5	4 019,3	3 544,6	3 668,4	15,6	5,0	346,3	345,9

	Zinsüberschuss nach RV/ZU		Provisions- ertrag		Provisions- aufwand		Zinsüberschuss nach RV/ZU zzgl. Provisionsüberschuss	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Held for Trading	589,7	722,5	0,0	0,0	0,0	0,0	589,7	722,5
Designated as at Fair Value	-1 418,1	-1 462,6	0,0	0,4	1,0	1,3	-1 419,1	-1 463,5
Loans and Receivables	1 191,1	1 128,7	0,3	2,3	0,1	0,1	1 191,3	1 130,9
Available for Sale	556,6	534,2	0,0	0,0	1,3	1,0	555,3	533,2
Held to Maturity	66,8	59,5	0,0	0,0	0,2	0,3	66,6	59,2
Other Liabilities	-639,8	-636,4	0,0	0,0	0,0	0,0	-639,8	-636,4
keine Finanzinstrumente	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	346,3	345,9	0,3	2,7	2,6	2,7	344,0	345,9

	Zinsüberschuss nach RV/ZU zzgl. Provisionsüberschuss		Ergebnis aus Fair Value und Hedge-Bewertung		Sonstiges		Gesamt	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Held for Trading	589,7	722,5	-734,8	12,1	0,0	0,0	-145,1	734,6
Designated as at Fair Value	-1 419,1	-1 463,5	-245,9	-52,9	0,0	0,0	-1 665,0	-1 516,4
Loans and Receivables	1 191,3	1 130,9	754,7	-63,7	0,0	0,0	1 946,0	1 067,2
Available for Sale	555,3	533,2	311,8	45,4	-11,3	-0,1	855,8	578,5
Held to Maturity	66,6	59,2	0,0	0,0	0,0	0,0	66,6	59,2
Other Liabilities	-639,8	-636,4	-438,2	-85,3	0,0	0,0	-1 078,0	-721,7
keine Finanzinstrumente	0,0	0,0	0,0	0,0	-49,6	-49,6	-49,6	-49,6
Gesamt	344,0	345,9	-352,4	-144,4	-60,9	-49,7	-69,3	151,8

Es wurden für die Finanzinstrumente der verschiedenen Kategorien alle wesentlichen, GuV-wirksamen Ergebnisse, wie Ergebnisse aus Zinsen, Provisionen sowie der Fair Value- und Hedge-Bewertung, separat dargestellt. Bei bestehenden Sicherungsbeziehungen wurden die Ergebnisse aus Fair Value- und Hedge-Bewertung der Sicherungsgeschäfte unter „Held for Trading“ und die der Grundgeschäfte unter den „Loans and Receivables“, „Available for Sale“ bzw. „Other Liabilities“ ausgewiesen. Für Erträge und Aufwendungen, die nicht aus Finanzinstrumenten erzielt wurden, erfolgte eine Angabe in der Zeile „keine Finanzinstrumente“. Personalaufwendungen, Verwaltungsaufwendungen, Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Steuern und sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge wurden in der Spalte „Sonstiges“ ausgewiesen.

(63) Hierarchie der ermittelten beizulegenden Zeitwerte

IFRS 7 definiert eine Hierarchie der durch die Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerte, die darauf basiert, ob die Parameter der Bewertungsmodelle beobachtbar sind oder nicht. Beobachtbare Parameter sind Marktdaten aus unabhängigen Quellen. Bei unbeobachtbaren Parametern trifft der Konzern intern Annahmen. Daraus ergibt sich folgende Hierarchie der Bewertungsmethoden:

- Level 1: Auf einem aktiven Markt notierte Preise für dasselbe Instrument
- Level 2: Preise, die auf einem aktiven Markt für einen ähnlichen Vermögenswert oder eine ähnliche Verbindlichkeit notiert sind oder die mittels Bewertungstechniken auf der Basis von beobachtbaren Marktdaten ermittelt werden
- Level 3: Preise, die mittels Bewertungstechniken ermittelt werden, wobei wesentliche Bewertungsparameter auf nicht beobachtbaren Marktdaten beruhen

	Level 1 zum 31. 12.		Level 2 zum 31. 12.		Level 3 zum 31. 12.	
	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	18 030,9	19 707,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	356,0	360,6	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	0,0	7 847,6	6 039,7	0,0	0,0
Finanzanlagen	19 694,7	19 291,7	2 449,9	3 583,4	0,0	0,0
Summe Aktivpositionen	19 694,7	19 291,7	28 684,4	29 690,7	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	1 778,7	1 234,8	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	1 584,5	880,0	0,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	40 508,3	40 871,2	12 283,1	11 529,5	0,0	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	0,0	4 262,5	3 341,8	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	848,4	830,2	0,0	0,0
Summe Passivpositionen	40 508,3	40 871,2	20 757,2	17 816,3	0,0	0,0

In Buchwerten zum 31. 12. 2011 erfolgten folgende Übertragungen zwischen den Leveln 1 und 2:

	Level 1	→	Level 2	Level 2	→	Level 1
	2011 Mio. €		2010 Mio. €	2011 Mio. €		2010 Mio. €
Finanzanlagen	1 074,0		2 723,7	1 507,8		394,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 314,5		213,3	89,3		756,2
Summe	5 325,5		2 937,0	2 748,1		1 151,0

Ursache für die Übertragungen waren das Vorliegen bzw. der Wegfall von Kursen auf aktiven Märkten.

(64) Ergänzende Angaben zum beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten

Für alle Finanzinstrumente, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, erfolgt eine Gegenüberstellung von beizulegendem Zeitwert und Buchwert.

	31. 12. 2011			31. 12. 2010		
	Fair Value Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €	Fair Value Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €
Aktivpositionen						
Barreserve	778,4	778,4	0,0	53,4	53,4	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	34 938,4	34 109,1	829,3	30 490,1	29 857,2	632,9
Forderungen an Kunden	2 532,3	2 513,4	18,9	1 179,6	1 164,3	15,3
Finanzanlagen	2 449,2	2 474,3	-25,1	3 508,8	3 547,8	-39,0
Summe Aktivpositionen	40 698,3	39 875,2	823,1	35 231,9	34 622,7	609,2
Passivpositionen						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 364,0	1 328,8	35,2	1 295,6	1 259,5	36,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 542,3	4 563,1	-20,8	4 871,5	4 748,9	122,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	15 450,8	15 370,5	80,3	12 735,8	12 701,1	34,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	56,2	63,9	-7,7	56,8	59,3	-2,5
Summe Passivpositionen	21 413,3	21 326,3	87,0	18 959,7	18 768,8	190,9

Die Forderungen an Kreditinstitute sowie die Forderungen an Kunden enthalten die entsprechenden Anteile aus der Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte.

Die Finanzanlagen beinhalten eine Beteiligung an einer Bank und mehrere Unternehmensbeteiligungen mit Buchwerten von insgesamt 118,8 Mio. € (118,8 Mio. €). Für diese Beteiligungen ließ sich

der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermitteln. Die Beteiligungen werden nicht auf einem aktiven Markt gehandelt, sodass keine quotierten Preise zur Verfügung stehen. Auch eine Modellbewertung ist nicht möglich, da die zukünftigen Zahlungsströme nicht verlässlich geschätzt werden können. Eine Veräußerung dieser Beteiligungen ist nicht beabsichtigt.

(65) Derivative Geschäfte

Darstellung der Volumina

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsrisiken						
Zinsswaps	84 650	75 408	2 357	1 770	3 435	2 349
– davon EONIA-Swaps	200	0	0	0	0	0
– davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	715	753	38	18	12	33
Swaptions						
– Käufe	0	0	0	0	0	0
– Verkäufe	986	626	0	0	48	35
Sonstige Zinstermingeschäfte	7	7	6	7	0	0
Zinsrisiken – gesamt	85 643	76 041	2 363	1 777	3 483	2 384
Währungsrisiken						
Zins-Währungsswaps	46 888	44 219	5 160	4 213	780	872
– davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	186	181	27	19	5	8
– davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	100	101	0	0	2	5
Währungsswaps	7 235	8 698	324	48	0	85
Währungsrisiken – gesamt	54 123	52 917	5 484	4 261	780	957
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
Aktienindex-Swaps	45	45	1	2	0	1
– davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	45	45	1	2	0	1
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt	45	45	1	2	0	1
Gesamt	139 811	129 003	7 848	6 040	4 263	3 342

Kontrahentengliederung

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Banken in der EU/OECD	127 976	109 249	6 737	4 749	4 093	2 961
Sonstige Kontrahenten in der EU/OECD	11 835	19 754	1 111	1 291	170	381
Gesamt	139 811	129 003	7 848	6 040	4 263	3 342

(66) Liquiditätsanalyse

Aktiva	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute			
bis 3 Monate	9 126,8	8 119,8	1 007,0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4 365,0	6 056,0	-1 691,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	18 299,0	16 650,4	1 648,6
über 5 Jahre	19 249,0	18 257,9	991,1
Forderungen an Kunden			
bis 3 Monate	28,4	14,3	14,1
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	92,4	73,6	18,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2 380,1	952,6	1 427,5
über 5 Jahre	181,0	417,0	-236,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			
bis 3 Monate	305,0	109,0	196,0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	634,0	497,0	137,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2 681,0	2 141,0	540,0
über 5 Jahre	847,0	618,0	229,0
Finanzanlagen			
bis 3 Monate	1 865,9	2 674,5	-808,6
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3 121,2	4 216,3	-1 095,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	14 598,3	14 429,6	168,7
über 5 Jahre bzw. unbestimmt	5 198,0	5 182,0	16,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen			
bis 3 Monate	0,0	0,0	0,0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	177,5	560,0	-382,5
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	52,3	-52,3
über 5 Jahre bzw. unbestimmt	0,0	0,0	0,0

Passiva	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
bis 3 Monate	553,8	294,1	259,7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	85,4	138,3	-52,9
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1 573,8	1 217,6	356,2
über 5 Jahre	880,0	820,0	60,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
bis 3 Monate	512,6	161,0	351,6
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	409,1	307,6	101,5
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1 635,4	1 663,2	-27,8
über 5 Jahre	4 499,0	3 781,1	717,9
Verbriefte Verbindlichkeiten			
bis 3 Monate	10 314,1	10 108,0	206,1
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6 620,0	7 858,1	-1 238,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	35 922,9	33 646,2	2 276,7
über 5 Jahre	13 424,3	12 923,8	500,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			
bis 3 Monate	271,0	225,0	46,0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	51,0	173,0	-122,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	313,0	650,0	-337,0
über 5 Jahre	100,0	125,0	-25,0
Nachrangige Verbindlichkeiten			
bis 3 Monate	5,5	5,9	-0,4
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	17,3	15,4	1,9
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	125,4	120,8	4,6
über 5 Jahre	759,4	789,4	-30,0

Die in der Liquiditätsanalyse angegebenen Beträge sind die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge.

Diese weichen von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten ab.

(67) Restlaufzeitengliederung

Aktiva	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute			
bis 12 Monate	12 330,5	13 271,3	-940,8
über 12 Monate	39 809,4	36 292,9	3 516,5
Forderungen an Kunden			
bis 12 Monate	286,5	293,3	-6,8
über 12 Monate	2 583,0	1 231,6	1 351,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			
bis 12 Monate	1 785,0	1 492,4	292,6
über 12 Monate	6 062,6	4 547,3	1 515,3
Finanzanlagen			
bis 12 Monate	5 458,6	6 980,4	-1 521,8
über 12 Monate	19 279,1	19 561,3	-282,2

Passiva	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
bis 12 Monate	639,5	433,3	206,2
über 12 Monate	2 468,0	2 061,0	407,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
bis 12 Monate	924,1	467,2	456,9
über 12 Monate	5 223,5	5 161,7	61,8
Verbriefte Verbindlichkeiten			
bis 12 Monate	17 201,9	18 769,7	-1 567,8
über 12 Monate	50 960,9	46 332,1	4 628,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			
bis 12 Monate	884,9	885,5	-0,6
über 12 Monate	3 377,6	2 456,3	921,3
Nachrangige Verbindlichkeiten			
bis 12 Monate	8,9	54,0	-45,1
über 12 Monate	903,5	835,5	68,0

Die Restlaufzeitengliederung enthält die Buchwerte sämtlicher Finanzinstrumente, die nach ihren Fälligkeiten bis zu 12 Monaten und über 12 Monaten untergliedert worden sind. Geschäfte mit unbestimmten Laufzeiten (z.B. Beteiligungen) wurden mit einer Fälligkeit von über 12 Monaten berücksichtigt. In den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden sind die entsprechenden Anteile aus dem Bilanzposten Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte enthalten.

Die unter den sonstigen Aktiva bzw. Passiva ausgewiesenen Barsicherheiten aus Collateral Mana-

gement in Höhe von 454,3 Mio. € (11,4 Mio. €) bzw. 4 422,7 Mio. € (4 007,8 Mio. €) weisen eine Fälligkeit von bis zu 12 Monaten auf. Die übrigen Vermögenswerte der Aktivseite wurden aufgrund ihrer Unwesentlichkeit nicht berücksichtigt.

Für die Passivseite bestanden neben den Finanzinstrumenten und den unwesentlichen sonstigen Posten noch die Pensionsrückstellungen, von denen 5,5 Mio. € (5,6 Mio. €) eine Fälligkeit von bis zu 12 Monaten und 85,3 Mio. € (84,4 Mio. €) eine Fälligkeit von über 12 Monaten hatten.

Sonstige Angaben

(68) Eigenkapitalmanagement

Die Anlage des Eigenkapitals im Segment „Kapitalstock“ wird auf Vorschlag des Liquiditätsausschusses durch den Vorstand entschieden. Von zentraler Bedeutung sind dabei die prognostizierten Zinsentwicklungen als auch Fälligkeitsstrukturen. Für weitere Erläuterungen zum Eigenkapitalmanagement verweisen wir auch auf die folgenden Angaben.

(69) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Gemäß IAS 1.135 ist im Konzernabschluss über die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel berichtet.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns wurden nach den Vorschriften der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß dem im § 10a Abs. 7 KWG verankerten Wahlrecht wurde dabei nicht der nach den IFRS aufgestellte Konzernabschluss zugrunde gelegt. Die Ermittlung der Eigenmittel erfolgte gemäß § 64h Abs. 4 KWG nach dem Aggregationsverfahren auf Basis der nach HGB aufgestellten Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften. Somit bestehen in den folgenden ausgewiesenen Posten Abweichungen sowohl zum Konzernabschluss nach IFRS als auch zum Jahresabschluss nach HGB. Beim Aggregationsverfahren werden die Eigenmittel der einbezogenen Gesellschaften nicht konsolidiert, sondern unter Abzug der Beteiligungsbuchwerte addiert. Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital (haftendes Eigenkapital) zuzüglich der Drittrangmittel zusammen.

Die Zusammensetzung der aggregierten Eigenmittel zum 31. 12. 2011 auf Basis der HGB-Werte ist folgender Tabelle zu entnehmen:

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Zusammensetzung der Eigenmittel			
Gezeichnetes Kapital	176	176	0
Offene Rücklagen	842	782	60
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1 304	1 126	178
Immaterielle Vermögensgegenstände	-6	-1	-5
Verlustvortrag	-12	-12	0
Kernkapital	2 304	2 071	233
Nachrangige Verbindlichkeiten	823	900	-77
Übrige Bestandteile	406	289	117
Ergänzungskapital	1 229	1 189	40
Haftendes Eigenkapital	3 533	3 260	273
Dritrangmittel	0	0	0
davon genutzte Drittrangmittel	0	0	0
Eigenmittel insgesamt	3 533	3 260	273

(70) Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte

Das Derivategeschäft wird im Konzern von der Bank ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken getätigt und beschränkt sich auf bonitätsmäßig einwandfreie Geschäftspartner im EU-/OECD-Raum. Die Bank hat mit allen solchen Kontrahenten Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch werden die über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehenden positiven Marktwerte aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei

negativem Marktwert Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die gestellten und erhaltenen Sicherheiten werden täglich mit EONIA verzinst. Die Zinszahlungen erfolgen monatlich. Die Buchwerte der Barsicherheiten aus dem Collateral Management betragen für die gegebenen Sicherheiten 454,3 Mio. € (11,4 Mio. €) und für die erhaltenen Sicherheiten 4 422,7 Mio. € (4 007,8 Mio. €).

Für gedeckte Schuldverschreibungen in Höhe von 2 778,9 Mio. € (3 236,2 Mio. €) sind folgende Vermögenswerte als Sicherheiten in die Deckungsregister eingetragen:

	31. 12. 2011 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	Veränderung Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	8 046,9	9 814,4	-1 767,5
Forderungen an Kunden	636,1	635,3	0,8

Zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft bestanden zum Bilanzstichtag frei verfügbare Refinanzierungsfazilitäten in Höhe von insgesamt nominal 26 958 Mio. € (28 717 Mio. €). Zum 31.12.2011 hatte die Bank besicherte Tages- und Festgelder in Höhe von 510 Mio. € (0 Mio. €) von der Deutschen Bundesbank aufgenommen. Ende 2011 waren – wie im Vorjahr – keine Wertpapiere im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank bei der selbigen in Frankfurt am Main kreditiert.

Zum 31.12.2011 bestanden Forderungen aus Geldgeschäften in Höhe von 5,9 Mrd. € (5,1 Mrd. €) gegenüber der Eurex Clearing AG. Hierfür hatte die Bank Wertpapiere mit einem Nominalwert von 7,0 Mrd. € (5,5 Mrd. €) als Sicherheit erhalten. Im Rahmen der Besicherungsvereinbarung hatte die Bank Wertpapiere aus ihrem Bestand mit einem Nominalwert von 1,2 Mrd. € (1,2 Mrd. €) als Initial Margin hinterlegt.

(71) Darstellung der Volumina der Fremdwährungsgeschäfte

Aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung des Konzerns bestehen grundsätzlich keine offenen Währungspositionen. Das Währungsrisiko ist auf die

täglichen Wechselkursveränderungen der Salden von Korrespondenzbankkonten in Fremdwährung begrenzt.

Die folgende Tabelle stellt hierzu die Fremdwährungsnominalbestände per 31.12.2011 dar:

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
Bilanzaktiva								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	1,0	74,1	0,0	0,0	0,0	6,7	81,9
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	1 026,7	323,7	0,0	272,0	212,2	59,0	0,0	1 893,6
Derivative								
Finanzinstrumente	31 684,8	3 439,2	2 171,8	3 392,3	1 107,0	7 613,1	3 842,4	53 250,6
Summe Aktiva	32 711,6	3 763,9	2 245,9	3 664,3	1 319,2	7 672,1	3 849,1	55 226,1
Bilanzpassiva								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	38,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38,6
Verbindlichkeiten geg. Kunden	166,2	12,0	0,0	49,9	0,0	0,0	0,0	228,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	29 503,7	3 427,2	2 089,5	2 469,1	1 107,0	7 571,0	3 842,4	50 009,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	23,2	0,0	82,3	519,0	0,0	0,0	0,0	624,5
Derivative								
Finanzinstrumente	2 979,8	324,7	74,0	626,3	212,2	101,1	6,7	4 324,8
Summe Passiva	32 711,5	3 763,9	2 245,8	3 664,3	1 319,2	7 672,1	3 849,1	55 225,9
Netto-Währungsposition	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2

Das aus der Bewertung der offenen Währungspositionen entstandene Devisenergebnis des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von 0,0 Mio. € wurde im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die folgende Tabelle stellt hierzu die Fremdwährungsnominalbestände per 31. Dezember 2010 dar:

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
Bilanzaktiva								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	5,8	72,0	0,0	0,0	0,0	33,6	111,5
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	969,5	322,5	0,0	267,5	210,5	0,0	10,3	1 780,3
Derivative Finanzinstrumente	32 727,8	2 530,5	2 163,3	3 475,7	1 242,9	6 696,4	3 202,9	52 039,5
Summe Aktiva	33 697,4	2 858,8	2 235,3	3 743,2	1 453,4	6 696,4	3 246,8	53 931,3
Bilanzpassiva								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	74,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	74,8
Verbindlichkeiten geg. Kunden	82,3	0,0	0,0	46,0	0,0	0,0	0,0	128,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	30 586,5	2 530,5	2 083,3	2 473,1	1 242,9	6 656,1	3 202,7	48 775,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	22,4	0,0	80,0	524,6	0,0	0,0	0,0	627,0
Derivative Finanzinstrumente	2 931,3	328,3	72,0	699,5	210,5	40,3	43,8	4 325,7
Summe Passiva	33 697,3	2 858,8	2 235,3	3 743,2	1 453,4	6 696,4	3 246,5	53 930,9
Netto-Währungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,4

Das aus der Bewertung der offenen Währungspositionen entstandene Devisenergebnis des Geschäftsjahres

2010 in Höhe von 0,0 Mio. € wurde im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(72) Anteilsbesitzliste

	31.12.2011			31.12.2010		
	Gezeichnetes Kapital in Mio. €	Anteil am Kapital in %	Einbezug in den Konzernabschluss	Gezeichnetes Kapital in Mio. €	Anteil am Kapital in %	Einbezug in den Konzernabschluss
LR-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt	28,6	100,0	ja	28,6	100,0	ja
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt	17,9	100,0	ja	17,9	100,0	ja
Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt	7,7	100,0	nein	7,7	100,0	nein
Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt	8,7	25,1	nein	8,7	25,1	nein
LAND-DATA Gesellschaft für Verarbeitung landwirtschaftlicher Daten GmbH, Hannover	0,8	10,9	nein	0,8	10,9	nein
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	10,2	9,8	nein	10,2	9,8	nein
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	0,8	6,3	nein	0,8	6,3	nein
Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, Magdeburg	9,2	5,6	nein	9,2	5,6	nein
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt	3 160,1	3,4	nein	3 160,1	3,4	nein
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	27,5	3,2	nein	27,5	3,2	nein

Die Anteile der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, wurden aufgrund von Wesentlichkeitsaspekten nicht in den Konzernab-

schluss einbezogen. Die restlichen Gesellschaften werden weder im Sinne von IFRS beherrscht noch kann ein maßgeblicher Einfluss auf diese Unternehmen ausgeübt werden. Die Anteile an diesen Unternehmen werden somit unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die aktuell verfügbaren Finanzinformationen nach HGB der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, als assoziiertes Unternehmen stellen sich zusammenfassend wie folgt dar:

	31. 12. 2010 Tsd. €	31. 12. 2009 Tsd. €
Vermögenswerte	8 994,9	9 259,5
Schulden	1 012,5	1 028,0
Jahresfehlbetrag	-0,2	-0,4

(73) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Nach den Vorschriften des IAS 24 sind die Geschäfte zwischen nahestehenden Personen und dem Konzern der Landwirtschaftlichen Rentenbank darzustellen. Als nahestehende Personen gelten die Mitglieder des

Vorstandes und des Verwaltungsrates sowie die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main).

Folgende Geschäfte wurden mit nahestehenden Personen und Unternehmen getätigt:

Angaben in Tsd. €	Vorstand		Tochterunternehmen		Assoziierte Unternehmen	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Einlagen	220,1	145,9	9 281,5	9 381,1	472,6	468,6

Die genannten Einlagen sind unbesichert, variabel verzinst, täglich fällig und entsprechen den allgemein gültigen Konditionen für Mitarbeiter der Rentenbank. Kredit- und Wertpapiergeschäfte wurden nicht getätigt.

Zwischen der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (GiG) und dem Konzern besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Daraus flossen Erträge in Höhe von 90,2 Tsd. € (87,1 Tsd. €) zu. Für Revisionsleistungen des Konzerns wurden von der GiG in 2011 2,5 Tsd. € (4,0 Tsd. €) gezahlt. Aus Pensionsunterdeckungsverpflichtungen hatte die GiG für 2011 einen Anspruch von 153,3 Tsd. € (88,6 Tsd. €) gegenüber dem Konzern. Auf Grundlage eines Ergebnisabführungsvertrags hat der Konzern den Jahresfehlbetrag der GiG in Höhe von 11,7 Tsd. € (46,3 Tsd. €) übernommen.

Aus einem Dienstleistungsvertrag zwischen der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, und

dem Konzern wurden im Jahr 2011 26,6 Tsd. € (26,6 Tsd. €) gezahlt.

Es wurden keine Geschäfte mit Verwaltungsratsmitgliedern abgeschlossen.

Die Bank untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Aufsichtsbehörde), das seine Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen trifft. Die Aufsichtsbehörde trägt dafür Sorge, dass der Geschäftsbetrieb der Bank mit dem öffentlichen Interesse insbesondere an der Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes sowie mit den Gesetzen und der Satzung in Einklang steht.

Wesentliche Geschäftsvorfälle mit der Aufsichtsbehörde oder mit Unternehmen, die ebenfalls unter der Kontrolle oder dem maßgeblichen Einfluss der Aufsichtsbehörde stehen, wurden im Jahr 2011 – ebenso wie im Vorjahr – nicht getätigt.

Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 festgesetzt:

Angabe in Tsd. €	Fixe Bezüge		Variable Bezüge		Sonstige Bezüge		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Hans Bernhardt	485,0	300,0	235,0	355,0	34,7	32,0	754,7	687,0
Dr. Horst Reinhardt	485,0	300,0	235,0	355,0	23,9	22,0	743,9	677,0
Dr. Marcus Dahmen (bis 08.02.2010)	0,0	34,0	0,0	390,0	0,0	837,0	0,0	1 261,0
Gesamt	970,0	634,0	470,0	1 100,0	58,6	891,0	1 498,6	2 625,0

Die Bezüge sind ausschließlich kurzfristige Leistungen, die spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres gezahlt werden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Vorstandsmitgliedern beliefen sich zum 31.12.2011 auf 3 745,1 Tsd. € (3 025,8 Tsd. €). Der Personalaufwandsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen der Vorstandsmitglieder betrug im Jahr 2011 260,0 Tsd. € (242,6 Tsd. €).

Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes sowie früheren Geschäftsführern und ihren Hinterbliebenen bestanden zum 31.12.2011 Pensions- und andere Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 16 174 Tsd. € (16 558 Tsd. €). An laufenden Versorgungsleistungen und anderen Bezügen sind 1 292 Tsd. € (1 269 Tsd. €) gezahlt worden.

Gemäß der geltenden Vergütungsregelung erhält der bzw. die Vorsitzende des Verwaltungsrates eine fixe Vergütung von 25 Tsd. € (25 Tsd. €) und der bzw. die Stellvertreter/in 12,5 Tsd. € (12,5 Tsd. €). Mitglieder, die Vorsitzende eines Ausschusses des Verwaltungsrates sind, erhalten 10 Tsd. € (10 Tsd. €), soweit nicht bereits eine höhere Vergütung bezogen wird. Verwaltungsratsmitglieder mit Ausschusstätigkeit werden mit 8,5 Tsd. € (8,5 Tsd. €), Verwaltungsratsmitglieder ohne Ausschusstätigkeit mit 7 Tsd. € (7 Tsd. €) vergütet. Zusätzlich wird den Verwaltungsratsmitgliedern ein Sitzungsgeld von 0,5 Tsd. € (0,5 Tsd. €) pro Sitzung gezahlt.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 211 Tsd. € (220 Tsd. €), jeweils inklusive Umsatzsteuer.

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgelistet, jeweils ohne Umsatzsteuer:

Angaben in Tsd. €	Mitgliedschaft		Vergütung		Sitzungsgelder	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	25,0	25,0	3,0	3,0
Ilse Aigner *	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	12,5	12,5	1,0	1,5
Dr. Helmut Born	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	1,5	2,5
Bruno Fehse	01.01.–15.11.	01.01.–31.12.	6,1	7,0	1,0	1,0
Udo Folgart	01.01.–30.06.	01.01.–31.12.	3,5	7,0	0,5	1,5
Heinrich Haasis	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	0,0	1,0
Dr. Werner Hildenbrand	16.11.–31.12.	-	0,9	0,0	0,0	0,0
Werner Hilse	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	2,0	1,5
Dr. Benjamin-Immanuel Hoff	01.01.–06.12.	01.01.–31.12.	6,4	7,0	1,5	1,5
Dietrich Jahn	01.01.–30.06.	01.01.–31.12.	4,3	8,5	0,0	1,5
Wolfgang Kirsch	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	1,0	1,5
Dr. Robert Kloos	01.01.–31.12.	01.10.–31.12.	8,5	1,9	1,0	0,5
Franz-Josef Möllers	01.01.–31.12.	01.07.–31.12.	8,5	3,7	1,5	1,0
Klaus-Peter Müller	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	10,0	10,0	1,0	0,5
Manfred Nüssel	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	1,5	2,5
Johannes Rimmel	01.01.–31.12.	15.07.–31.12.	7,0	3,2	0,5	0,5
Brigitte Scherb	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	2,0	2,0
Norbert Schindler	09.08.–31.12.	01.01.–30.06.	2,9	4,3	0,5	1,0
Dr. Klaus Stein	01.07.–31.12.	-	3,7	0,0	1,0	0,0
Eckhard Uhlenberg	-	01.01.–13.07.	0,0	3,8	0,0	1,0
Dr. Jörg Wendisch	-	01.01.–30.09.	0,0	6,4	0,0	2,0
Klaus Wiesehügel	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	8,5	8,5	0,5	1,5
Herbert Wolff	01.01.–31.12.	01.01.–31.12.	7,0	7,0	1,0	1,5

* Spende an Kinderdorf Irschenberg

(74) Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2011			2010		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	127	77	204	120	76	196
Teilzeitbeschäftigte	4	31	35	3	28	31
Gesamt	131	108	239	123	104	227

(75) Abschlussprüferhonorare

	2011		2010
	Neue Prüfungs- gesellschaft Tsd. €	Alte Prüfungs- gesellschaft Tsd. €	
Abschlussprüfungsleistungen	260,0	0,0	281,0
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	83,6	104,3
Sonstige Leistungen	0,0	19,2	120,5

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex ist auf der Internetseite der Rentenbank unter www.rentenbank.de öffentlich zugänglich.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des

Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 9. März 2012

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzernanhang (Notes) - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartun-

gen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 9. März 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard
Wirtschaftsprüfer

Liebermann
Wirtschaftsprüfer

Organe (Stand 01. März 2012)

Vorstand

Dipl.-Kfm. Hans Bernhardt
Dipl.-Volksw. Dr. Horst Reinhardt, MBA

Verwaltungsrat

Vorsitzender:

Gerd Sonnleitner
Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin

Stellvertreterin des Vorsitzenden:

Ilse Aigner, MdB
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz, Berlin

Vertreter des Deutschen Bauernverbands e.V.:

Dr. Helmut Born
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e.V.,
Berlin

Franz-Josef Möllers
Präsident des Westfälisch-Lippischen-
Landwirtschaftsverbands e.V., Münster

Udo Folgart
Präsident des Landesbauernverbands Brandenburg e.V.,
Teltow/Ruhlsdorf (bis 30.06.2011)

Brigitte Scherb
Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands e.V., Berlin

Werner Hilse
Präsident des Landvolks Niedersachsen-Landesbauernverband e.V.,
Hannover

Norbert Schindler, MdB
Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd e.V.,
Mainz (ab 09.08.2011)

Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.:

Manfred Nüssel
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands e.V., Berlin

Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Bruno Fehse
Präsident des Bundesverbands der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.,
Bonn (bis 15.11.2011)

Dr. Werner Hildenbrand
stv. Vorsitzender des Vorstands der Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Berlin (ab 16.11.2011)

Landwirtschaftsminister der Länder:

Berlin:
Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit,
Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Berlin,
Berlin (bis 06.12.2011)

Sachsen:
Herbert Wolff
Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt
und Landwirtschaft, Dresden (bis 31.12.2011)

Nordrhein-Westfalen:
Johannes Rimmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und
Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf (bis 31.12.2011)

Sachsen-Anhalt:
Dr. Hermann Onko Aeikens
Minister für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt,
Magdeburg (ab 01.01.2012)

Rheinland-Pfalz:

Ulrike Höfken

Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,
Weinbau und Forsten, Mainz (ab 01.01.2012)

Schleswig-Holstein:

Dr. Juliane Rumpf

Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (ab 01.01.2012)

Vertreter der Gewerkschaften:

Klaus Wieschügel

Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt,
Frankfurt am Main

**Vertreter des Bundesministeriums für
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Dr. Robert Kloos

Staatssekretär, Berlin

Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:

Dietrich Jahn

Ministerialdirigent, Berlin
(bis 30.06.2011)

Dr. Klaus Stein

Ministerialdirigent, Berlin
(ab 01.07.2011)

Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:

Klaus-Peter Müller

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG,
Frankfurt am Main

Heinrich Haasis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V.,
Berlin

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main

Anstaltsversammlung

Vom Land Baden-Württemberg berufen:

Gerd Hockenberger

Ehrenpräsident des Landesbauernverbands
in Baden-Württemberg e.V., Stuttgart

Werner Räpple

Präsident des Badischen
Landwirtschaftlichen Hauptverbands e.V., Freiburg

Vom Freistaat Bayern berufen:

Werner Reihl

Bezirkspräsident Oberfranken im
Bayerischen Bauernverband,
Arzberg-Bergnersreuth

Jürgen Ströbel

Vizepräsident des
Bayerischen Bauernverbands, Rügland

Von den Ländern Berlin und Brandenburg berufen:

Jürgen Ebel
Oberkrämer-Vehlefan

Karsten Jennerjahn
Präsident des Bauernbunds Brandenburg e.V.,
Schreppow

Bernhard Groß
Vizepräsident des Landesbauernverbands
Brandenburg e.V., Tauche

Von der Freien Hansestadt Bremen berufen:

Hermann Sündermann
Präsident der Landwirtschaftskammer Bremen,
Bremen

Von der Freien und Hansestadt Hamburg berufen:

Heinz Behrmann
Präsident des Bauernverbands Hamburg e.V.,
Hamburg

Vom Land Hessen berufen:

Jürgen Mertz
Präsident des Hessischen Gärtnereiverbands e.V.,
Frankfurt am Main

Friedhelm Schneider
Präsident des Hessischen Bauernverbands e.V.,
Friedrichsdorf

Vom Land Mecklenburg-Vorpommern berufen:

Harald Nitschke
Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH, Ramin

Rainer Tietböhl
Präsident des Bauernverbands
Mecklenburg-Vorpommern e.V., Neubrandenburg

Vom Land Niedersachsen berufen:

Heinz Korte
Vizepräsident des Landesvolks Niedersachsen
Landesbauernverband e.V., Bremervörde

Helmut Meyer
Vizepräsident des Landesvolks Niedersachsen
Landesbauernverband e.V., Betheln

Vom Land Nordrhein-Westfalen berufen:

Johannes Frizen
Präsident der Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen, Alfter

Friedrich Ostendorff, MdB
Landwirt, Bergkamen

Vom Land Rheinland-Pfalz berufen:

Leonhard Blum
Präsident des Bauern- und Winzerverbands
Rheinland-Nassau e.V., Niederbettingen

Michael Prinz zu Salm-Salm
Schloss Wallhausen

Vom Saarland berufen:

Klaus Fontaine
Präsident des Bauernverbands Saar e.V.,
Saarwellingen

Vom Freistaat Sachsen berufen:

Dietmar Berger

Verbandspräsident des Mitteldeutschen
Genossenschaftsverbands e.V., Chemnitz
(bis 15.06.2011)

Gerhard Förster

Vizepräsident des Sächsischen Landesbauernverbands e.V.,
Dresden (ab 16.06.2011)

Roland Freiherr von Fritsch

1. Vizepräsident des Verbands der privaten Landwirte
und Grundeigentümer Sachsen e.V. – VDL, Pfaffroda-Dittmannsdorf

Vom Land Sachsen-Anhalt berufen:

Jochen Dettmer

Mitglied des Vorstands des
Bauernbunds Sachsen-Anhalt e.V., Belsdorf

Torsten Wagner

Mitglied des Vorstands des Landesbauernverbands
Sachsen-Anhalt e.V., Sangerhausen

Vom Land Schleswig-Holstein berufen:

Christoph Freiherr von Fürstenberg,

Nehnten

Werner Schwarz

Präsident des Schleswig-Holsteinischen
Bauernverbands, Rethwisch

Vom Freistaat Thüringen berufen:

Sigmar Arnoldt

Thüringer Bauernverband e.V., Erfurt

Joachim Lissner

Landesverband Gartenbau Thüringen e.V., Erfurt

Treuhänder

Dr. Theodor Seegers

Ministerialdirektor
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

Stellvertreter:

Dr. Karl Wessels

Regierungsdirektor
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31.12.2011 sind durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31.12.2011 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Frankfurt am Main, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2011 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2011.

Berlin, den 29. März 2012

DER VERWALTUNGSRAT
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK



Der Vorsitzende
Gerd Sonnleitner

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 21 400 000,- entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 49 000 000,- werden € 36 750 000,- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den Bilanzgewinn von € 12 250 000,- in der Weise zu verwenden, dass € 6 125 000,- dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank) € 6 125 000,- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Glossar

Adressenausfallrisiken: Das Adressenausfallrisiko wird unterteilt in Kreditausfall-, Wiedereindeckungs- und Settlementrisiko. Die Definitionen befinden sich unter den jeweiligen Bezeichnungen.

Aktiver Markt: Ein aktiver Markt liegt vor, wenn für ein Finanzinstrument Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden.

Amortisation: Prozess, in dem anfängliche Aufwendungen für eine Investition durch dadurch entstehende Erträge gedeckt werden. Für Finanzinstrumente bezieht sich die Amortisation auf eine periodengerechte Abgrenzung von einmaligen Aufwendungen oder Erträgen über die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts.

Annuitätendarlehen: Darlehen, das der Kreditnehmer durch gleich bleibende Jahresleistungen (Annuitäten) zurückzahlt, wobei im Zeitablauf der Zinsanteil abnimmt und der Tilgungsanteil entsprechend zunimmt.

Anschaffungskosten: Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können. Für Finanzinstrumente entsprechen die Anschaffungskosten dem Kaufpreis.

Anstaltslast: Rechtliche Verpflichtung des Anstaltsträgers, eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit den für die Funktionsfähigkeit notwendigen Mitteln auszustatten.

Asset Backed Securities (ABS): Ein forderungsbesichertes Wertpapier (ABS) ist ein verzinsliches Wertpapier, welches Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft zum Gegenstand hat, wobei die Zweckgesellschaft die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger verwendet und zu einem Wertpapier verbrieft. Forderungsverkäufer in einer solchen Transaktion sind in der Regel Banken, die so Teile ihrer Kreditforderungen handelbar machen, um sich wieder Liquidität zu verschaffen.

Assets/Liabilities at Fair Value through Profit and Loss (A/LFVTP&L): Bilanzielle Bewertungskategorie mit den Unterkategorien „Held for Trading“ und „Designated as at Fair Value“. Es wird auf die Definitionen der Unterkategorien verwiesen.

Available for Sale (AFS): „Available for Sale“ ist eine bilanzielle Bewertungskategorie nach IFRS. Die Kategorie „Available for Sale“ enthält alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der anderen aktivistischen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Die Ergebnisschwankungen aus der Bewertung der hier zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen, die eine Teilkomponente des Eigenkapitals darstellt.

Backtesting: Im Backtesting wird unter Verwendung von historischen Daten die Qualität von Modellen bzw. die Gültigkeit von Szenarioannahmen validiert. Negative Ergebnisse aus Markteffekten werden z. B. den prognostizierten maximalen negativen Ergebnissen der VaR Analyse gegenübergestellt. Auf diese Weise kann die angenommene Prognosegüte der VaR Analyse mit der tatsächlichen Prognosegüte verglichen werden.

Barwertsensitivität: Die Barwertsensitivität ist die Veränderung des Barwertes (Fair Value) aufgrund von geänderten Marktparametern (z. B. Zins- oder Spreadänderungen).

Basispunkte (BP): 1 BP entspricht 0,01 Prozentpunkten; 100 BP entsprechen 1,00 Prozentpunkt.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value): Als „beizulegender Zeitwert“ wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument bei Vertragsabschluss unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann. Bei Abschluss des Geschäfts entspricht der beizulegende Zeitwert i. d. R. den Anschaffungskosten. Er kann bei veränderten Marktpreisen starken Schwankungen unterliegen.

Bestimmtheitsmaß: Ein statistisches Maß, mit dem die Güte einer Regression gemessen wird. Das Bestimmtheitsmaß kann Werte zwischen 0 (kein linearer Zusammenhang) und 1 (perfekter linearer Zusammenhang) annehmen. Im Konzern findet das Bestimmtheitsmaß Verwendung bei der Effektivitätsmessung im Rahmen des Hedge Accounting.

Bilanzgeschäfte: Bilanzgeschäfte umfassen originäre Kreditgeschäfte (z. B. Darlehensforderungen und Schuldscheindarlehen) und Wertpapier- bzw. Emissionsgeschäfte (z. B. Anleihen und Schuldverschreibungen). Derivate zählen nicht zu den Bilanzgeschäften.

Collateralized Debt Obligation (CDO): CDO ist ein Überbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe der forderungsbesicherten Wertpapiere (Asset Backed Securities) und strukturierten Kreditprodukte gehören. CDO's bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Das Ausfallrisiko steigt, aufgrund der nachrangigen Bedienung im Fall eines Ausfalls, mit sinkendem Rating.

Continuous Linked Settlement (CLS): CLS ist ein privatwirtschaftliches, globales System zur Abwicklung und Verrechnung von Devisenhandelstransaktionen (z. B. Währungsswaps). Mit der Entwicklung des CLS-Systems reagierte der Bankensektor auf die Forderung der Zentralbanken der Zehnergruppe (G 10, Group of Ten), Maßnahmen zur Reduzierung des „Erfüllungsrisikos im Devisenhandel“ zu ergreifen. Das System basiert auf dem Verfahren „Zahlung gegen Zahlung“. Dadurch wird sichergestellt, dass ein Devisengeschäft (z. B. Währungsswap) nur dann abgewickelt wird, wenn die aus diesem Geschäft resultierenden zwei Zahlungen in unterschiedlichen Währungen gleichzeitig ausgeführt werden können. Die zentrale Abwicklung bei der CLS-Bank erfordert eine entsprechende Systeminfrastruktur. CLS sieht unterschiedliche Teilnahmemöglichkeiten vor. Sogenannte Settlement Member (SM) nehmen an CLS direkt teil und regulieren eigene Transaktionen sowie Transaktionen von sog. Third Parties wie der Rentenbank. Third Parties haben keinen direkten Zugang zur CLS-Bank. Sie bedienen sich zur Abwicklung ihrer Transaktionen über CLS eines SM, mit dem sie in Vertragsbeziehung stehen.

Control and Risk Self Assessments (CRSA): Ziel des CRSA ist es, in einem Prozess potenzielle operationelle Risiken aufzuzeigen um ggf. präventiv Gegenmaßnahmen einzuleiten. CRSA können dezentral mit einer Fragebogentechnik oder mittels Workshops durchgeführt werden. Die Bank nutzt Workshops zur Identifizierung von operationellen Risiken.

CP (Commercial Paper): Inhaberschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von weniger als zwei Jahren, die im Rahmen eines nicht befristeten Programms bis zu einem vereinbarten Gesamtvolumen revolving emittiert werden können. CP's werden in der Regel als abgezinste Papiere begeben.

Credit-Spread: Es wird auf die Definition zu den Spreadrisiken (Credit-Spread) verwiesen.

Credit Support Annex (CSA): CSA sind Vereinbarungen über die Hinterlegung von Sicherheiten, um Marktwertschwankungen aus Derivategeschäften auszugleichen. Die Bank hat mit allen Derivatepartnern CSA abgeschlossen, so dass in diesen Fällen der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen ausschließlich in Euro besichert wird. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen.

Deposit-/Swapkurve: Die Deposit-/Swapkurve setzt sich im Wesentlichen laufzeitgestaffelt bis zu einem

Jahr aus mehreren Deposit-Sätzen und ab zwei Jahren aus mehreren Swapsätzen zusammen. Für Euro leiten sich diese aus dem EURIBOR (EUro InterBank Offered Rate) ab. Dies sind die Zinssätze für unbesicherte Termingelder in Euro im Interbankengeschäft. Der Euribor besteht aus dem Durchschnitt der Zinssätze, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für Ein- bis Zwölfmonatsgelder täglich um 11 Uhr abgibt (Briefsätze). Die Rentenbank nutzt entsprechende am Markt quotierte Deposit-/Swapsätze für die Bewertungskurve.

Derivate: Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstrumentes abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswerts abgeleitet (z. B. Zinssatz, Wechselkurs).

Designated as at Fair Value: Bilanzielle Bewertungskategorie für finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten, für die die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

Eingebettetes Derivat (Embedded Derivative): Derivativer Bestandteil eines strukturierten Finanzinstruments, das auch einen nicht derivativen Basisvertrag enthält. Hierbei stellt das eingebettete Derivat einen integralen Vertragsbestandteil dar und kann nicht separat gehandelt werden.

EONIA (Euro Overnight Index Average): Der EONIA ist der offiziell berechnete Tagesgeldzinssatz für den Euro. Er besteht aus dem gewichteten Durchschnitt der Zinssätze, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für unbesicherte Übernachtkontrakte effektiv abgeschlossen haben. Die am Markt quotierten Sätze für EONIA Swaps werden in der Rentenbank zur Konstruktion einer entsprechenden EONIA Kurve bis 12 Monate verwendet.

Fair Value (Barwert): Es wird auf die Definition zum „beizulegenden Zeitwert“ verwiesen.

Fair Value Hedge: Bilanzielle Abbildung einer Absicherung des Risikos einer Fair Value-Änderung von Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten mit Hilfe eines Swaps. Beim Fair Value Hedge werden die Wertänderungen des abgesicherten Bilanzgeschäfts und die des Sicherungsgeschäfts in hohem Maße kompensiert.

Fair Value Option: Durch die „Fair Value Option“ können Bilanzgeschäfte zum Fair Value bewertet werden. Die Ergebnisschwankungen spiegeln sich dann in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) wider. Die Option wird bei der Bank teilweise bei Bilanzgeschäften ausgeübt, die durch Derivate abgesichert sind. Damit können die Schwankungen der Derivate,

welche durch die verpflichtende Fair Value-Bewertung entstehen, durch die der Bilanzgeschäfte in der GuV weitestgehend ausgeglichen werden.

Finanzinstrumente: Vertragliche Vereinbarung, die bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Förderdividende: Die Förderdividende beinhaltet die zur Verbilligung der im Berichtsjahr ausgereichten Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn, der hälftig an den Förderungsfonds sowie das Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank ausgeschüttet wird, sowie sonstige Förderleistungen des Berichtsjahrs, z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung.

Fortgeführte Anschaffungskosten: Anschaffungskosten abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation sowie abzüglich etwaiger Minderung für Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit.

Fristentransformation: Fristentransformation entsteht, wenn die Fälligkeiten bei der Mittelbeschaffung und Mittelanlage nicht identisch sind. So würden z. B. langfristige Anleihen durch kurzfristige Geldmarktinstrumente refinanziert. Da die Zinssätze für langlaufende Geschäfte meistens höher sind als die für kurzlaufende Geschäfte, kann hierdurch ein Zinsüberschuss aus der Fristentransformation erzielt werden. Sollten die Zinssätze für kurzlaufende Geschäfte höher sein, als die für langlaufende Geschäfte kann es zu einem Verlust im Zinsergebnis kommen. Außerdem besteht ein erhöhtes Liquiditätsrisiko, falls der Zugang zum Geldmarkt nur noch eingeschränkt möglich ist oder nicht mehr vorhanden ist.

Globalanleihe (Global Bond): Anleihe, die aufgrund ihrer Registrierung bei der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) nicht nur außerhalb der USA, sondern auch in den Vereinigten Staaten platziert werden kann.

Hedge Accounting: Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen. Für den in der Rentenbank angewendeten Fair Value Hedge wird auf die entsprechende Definition verwiesen.

Held for Trading (HfT): Bilanzielle Bewertungskategorie für Derivate und Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden.

Held to Maturity (HtM): Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimm- baren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann.

IFRS (International Financial Reporting Standards): Internationale Rechnungslegungsvorschriften, die Standards des IASB (International Accounting Standards Board) enthalten, Standards des IASC (International Accounting Standards Committee) sowie Interpretationen des IFRIC (International Financial Reporting Interpretations Committee) bzw. des ehemaligen SIC (Standing Interpretations Committee).

Inhaberschuldverschreibung: Wertpapier, in dem der Berechtigte nicht namentlich genannt ist, da der Schuldner jedem Inhaber zur Leistung verpflichtet ist.

Kapitalflussrechnung: Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes innerhalb eines Geschäftsjahres aufgeteilt nach der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Kapitalkonsolidierung: Verrechnung der Beteiligungswerte des Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden anteiligen Eigenkapitalbetrag des einzubeziehenden Unternehmens, so dass im Konzernabschluss weder das Eigenkapital der Töchter noch der zugehörige Beteiligungswert der Mutter enthalten sind.

Kategorisierung: Einteilung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in unterschiedliche bilanzielle Kategorien zur Erst- und Folgebewertung.

Korrelation: Die Korrelation ist ein Maß für den Zusammenhang zwischen zwei Variablen (Risikofaktoren). Die Risikofaktoren verändern sich im Falle positiver Korrelation gleichläufig, im Falle negativer Korrelation verändern sich die Risikofaktoren gegenläufig. Existiert zwischen zwei Variablen kein Zusammenhang, so ist die Korrelation gleich Null. In der Value at Risk Analyse werden die Korrelationen zwischen der EONIA- und der Deposit-Kurve berechnet und verwendet.

Kreditausfallrisiken: Unter Kreditausfallrisiko wird der potenzielle Verlust aufgrund von Zahlungsausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern definiert. Das Kreditausfallrisiko subsumiert den potenziellen Verlust von Kontrahenten, Emittenten, Ländern und Branchen.

Latente Steuern: Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltene Ertragsteuern, die aus bilanziellen Differenzen zwischen steuer- und handelsrechtlich ermitteltem Steueraufwand resultieren.

Loans and Receivables (LaR): Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind.

Marktpreisrisiken: Risiken aus veränderten Marktparametern (-daten). Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread- und anderen Marktpreisrisiken. Andere Marktpreisrisiken, wie z. B. Fremdwährungsrisiken, werden nur in sehr geringem Umfang eingegangen. Die Definitionen Zinsänderungsrisiken und Spreadrisiken befinden sich unter den jeweiligen Bezeichnungen.

MTN (Medium Term Notes): Inhaberschuldverschreibungen, die unter einem Emissionsprogramm begeben werden. MTN können in einer Vielzahl von Währungen und Strukturen sowie mit unterschiedlichen Laufzeiten begeben werden. Grundkonzeption wie CP.

Namenschuldverschreibung: Schuldverschreibung, die auf eine bestimmte Person lautet. Der Schuldner hat direkt an den Benannten zu leisten.

Neubewertungsrücklage: Unterposten des Eigenkapitals, in dem Marktwertänderungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral erfasst werden.

Operationelle Risiken: Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen auch Rechtsrisiken, Risiken aus sonstigen strafbaren Handlungen (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umwelttrisiken. Sie beinhalten jedoch nicht unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken.

OTC (Over the Counter): Finanzielle Transaktionen zwischen Finanzmarkt-Teilnehmern, die nicht über die Börse abgewickelt werden.

Other Liabilities (OtL): Kategorie für finanzielle Verbindlichkeiten, für die nicht die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

Pfanddepot: Das Pfanddepot der Rentenbank enthält alle an die Deutsche Bundesbank verpfändbaren Wertpapiere, die entweder erworben oder als Sicherheit übereignet wurden. Im Rahmen von freien Refinanzierungsfazilitäten bei der Deutschen Bundesbank kann in dieser Höhe Liquidität beschafft werden.

Prozesslandkarte: Die Prozesslandkarte stellt die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Geschäftsprozessen dar. Die Prozesslandkarte strukturiert die Geschäftsprozesse in drei Ebenen, Steuerungspro-

zesse, Ausführungsprozesse und Unterstützungsprozesse. Ausführungsprozesse dienen der primären Wertschöpfung. Steuerungsprozesse haben übergreifende und strategische Bedeutung und Unterstützungsprozesse stellen benötigte Ressourcen bereit.

Rating: Bonitätsbeurteilung von Finanzpapieren und ihren Emittenten sowie von Unternehmen durch unabhängige Bewertungsagenturen.

Refinanzierungsfazilitäten: Eine Refinanzierungsfazilität ist allgemein die von einer Bank gegenüber ihren Kunden eingeräumte Möglichkeit, innerhalb festgelegter Bedingungen, kurzfristig Kredite gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten in Anspruch zu nehmen. Der Begriff wird besonders im Zusammenhang mit Zentralbankfazilitäten gebraucht, die Zentralbanken den Geschäftsbanken einräumen, indem sie für diese z. B. Über-Nacht-Liquidität bereitstellen. Refinanzierungsfazilitäten bestehen bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) und der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft).

Rentenbankbriefe/Landwirtschaftsbriefe: Gedeckte festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

Risikogerechtes Zinssystem (RGZS): Mit dem „Risikogerechten Zinssystem“ werden die Kreditnehmer von Förderkrediten in Abhängigkeit von der Bonität und der Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten von den Hausbanken in Preisklassen mit maximalen Zinssätzen eingruppiert. Damit setzen die deutschen Förderbanken die Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II) um.

Settlementrisiken: Das Settlementrisiko (Vorleistungsrisk) als Teil des Adressenausfallrisikos ist der potenzielle Verlust, der entsteht, wenn die eigene Leistung erbracht wird, die Gegenleistung bzw. die Lieferung aber nicht erfolgt.

Spreadrisiken (Basisswap-Spread): Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeiten (z. B. 3 Monate vs. 6 Monate) in gleicher Währung mittels Zinsswap werden am Markt durch sogenannte Basisswap-Spreads ausgedrückt. Durch die Veränderung dieser Spreads ergeben sich bei der Bewertung der Basisswaps Marktwertänderungen.

Spreadrisiken (Credit-Spread): Bei Abschluss eines Geschäfts (ausgenommen Derivate) wird eine risiko-adäquate Marge in Form eines Credit Spreads auf die Deposit-/Swapkurve kalkuliert. Der Credit-Spread enthält eine Vielzahl von Einzelkomponenten, wie z. B. die Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), die zugrundeliegenden Sicherheiten, die Marktliquidität, möglicherweise aber auch Markt-

spreads für den Tausch von Fremdwährungsliquidität in Euro, Staatsanleihespreads des entsprechenden Sitzlandes oder den Einfluss von Arbitrageeffekten.

Spreadrisiken (Cross Currency (CCY) Basisswap-Spread): CCY-Basisswapkosten sind relevant beim Tausch von Zinszahlungsströmen mit gleicher Zinsbindung zwischen unterschiedlichen Währungen. Der sich hieraus ergebende Spread ist Bestandteil der Gesamtmarke. Der Zinszahlungstausch erfolgt über Derivate, die zur Absicherung von Fremdwährungs- und Zinsrisiken abgeschlossen werden. Die zu sichern Fremdwährungspositionen bestehen nahezu ausschließlich bei begebenen Emissionen. Dabei stehen den Emissionen aktivische Fremdwährungskomponenten der Derivate gegenüber (Die Rentenbank erhält Fremdwährungszahlungen). Steigende Spreads führen bei dem bestehenden derivativen Aktivüberhang zu entsprechend niedrigeren Marktwerten.

Spreadrisiken (EONIA- und Deposit-Sätze): Diese Spreadrisiken beschreiben die Bewertungsrisiken aufgrund einer Ausweitung der Risikomargen im Interbankenmarkt. Hierbei wird zwischen der Zinskurve für Interbankkredite (Deposit) und für Derivate (Eonia) unterschieden. Die Eonia-Sätze dienen der Preisfeststellung von Eonia-Swaps und kurzlaufenden Euro-Zinsswaps, die Deposit-Sätze dienen der Bewertung von Interbankkrediten und -einlagen. Etwaige Spreadveränderungen zwischen den Eonia- und den Deposit-Sätzen wirken sich direkt auf den gesamten Barwert unserer Geldhandelsposition mit Zinsbindung von maximal einem Jahr aus.

Swaps: Finanzinstrumente, bei denen der Austausch von Zahlungsströmen über einen festgelegten Zeitraum vereinbart wird.

Szenarioanalysen: Zur Berechnung einer möglichen Inanspruchnahme der Risikodeckungsmasse werden Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden die zugrundeliegenden Risikofaktoren einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Es werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle

und Liquiditätsrisiken Standard- und Stressszenarien analysiert.

VaR (Value at Risk): Der VaR prognostiziert den maximalen Verlust in Euro aufgrund von Markteffekten unter Verwendung von historischen Marktdaten bei einer Haltedauer von 10 Tagen und einer Prognosegüte von 99 %.

Verbriefte Finanzierungen: Die verbrieften Finanzierungen entsprechen Schuldverschreibungen, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Allgemeingebäuchlich werden diese Schuldverschreibungen auch als Inhaberschuldverschreibungen oder Wertpapiere bezeichnet. Zu den verbrieften Finanzierungen gehören keine ABS-Strukturen.

Verbriefte Verbindlichkeiten: Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

Volatilitäten: Die Volatilität ist ein Maß für die Schwankung einer Variablen in einem vorgegebenen Zeitraum. Man unterscheidet zwischen impliziten und historischen Volatilitäten. Während erstere ihre Anwendung in der Optionspreisberechnung finden, werden historische Volatilitäten aus Zeitreihen abgeleitet. Eine historische Zinsvolatilität zeigt z. B. wie stark die Zinsen in der Vergangenheit über eine bestimmte Periode schwankten. Die Zinsvolatilität findet u. a. im Value at Risk Modell Anwendung.

Wiedereindeckungsrisiken: Das Wiedereindeckungsrisiko als Teil des Adressenausfallrisikos ist der zusätzliche Aufwand, der bei Neuabschluss eines ausgefallenen Geschäfts entsteht. Er entspricht der Höhe des positiven Marktwerts des Geschäfts.

Zinsänderungsrisiken: Das Zinsänderungsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes, der aufgrund nachteiliger Veränderungen von Zinsen oder preisbeeinflussenden Parametern eintreten kann.

Dieser Geschäftsbericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0
Telefax 069 2107-6444
office@rentenbank.de
www.rentenbank.de

Produktion:
Ariel Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Fotos:
Robert Lichtenberg

Gestaltung:
Rottmar/Peter/Lang

Dieser Geschäftsbericht wurde CO₂-neutral produziert. Das Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. Beides ist entsprechend zertifiziert.

